

Alle Macht geht vom Volke aus

Stößt die Occupy-Bewegung ein neues
Staatsbürgerverständnis in
Deutschland an?

Bachelorarbeit
von Franziska Maier aus Backnang

Betreuender Dozent:	Prof. Dr. Karsten Fischer
Studiengang:	Public Management and Governance
Matrikelnummer:	10100031
Anschrift:	Herderstraße 8, 71522 Backnang
E-Mail Adresse:	f.maier@zeppelin-university.net
Datum:	25.04.2013

Zusammenfassung

Das repräsentative System erlebt in entwickelten Demokratien, besonders unter dem Einfluss von Mehrebenenregierung, handelspolitischen Abhängigkeiten und wachsender sozialer Ungleichheit, eine Krise. Die Occupy Bewegung ist ein Ausdruck dieser Unzufriedenheit mit dem Ziel, das aktuelle politische System neu zu konzipieren. In welchem Verhältnis sollen Staat und Bürger laut der Bewegung zueinander stehen? Welche Rolle soll im Rahmen dieser Vorstellungen ein Bürger im Staat einnehmen? Stößt die Bewegung gar ein neues Konzept von Staatsbürgerschaft an? Die vorliegende Analyse beantwortet diese Fragen anhand der Ergebnisse qualitativer Interviews mit fünf Bewegungsteilnehmern in Deutschland. Als Ergebnis werden drei mögliche Ansätze eines künftigen Staatsbürgerverständnisses vorgestellt, die liberale wie republikanische Auffassungen beinhalten.

Abstract

The representative system in developed democracies, which remains influenced by multi-layered government, market dependencies, and growing social inequalities, is in a state of crisis. The Occupy movement is an expression of this dissatisfaction aiming at a renewed conception of the political system. In which relation should state and citizen stand according to the movement? Which role within the state is envisioned for the citizen? Does the movement even trigger a new concept of citizenship? The analysis on hand answers these questions using the results of qualitative interviews with five participants of the movement in Germany. The result presents three possible approaches to a future concept of citizenship which include liberal and republican lines of thought.

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	II
1. Einleitung: Der Staatsbürger im politischen System	1
2. Theoretischer Hintergrund: Ansätze des Staatsbürgerverständnisses	6
2.1. Die Entwicklung von Staatsbürgerschaft nach T.H. Marshall und der liberale Staatsbürgerbegriff	6
2.2. Der gemeinwohlorientierte Bürger und der republikanische Staatsbürgerbegriff	11
3. Fallbeispiel und Methode: Wir sind die 99%	15
3.1. Hintergrund, Formierung und Kontextualisierung der Occupy-Bewegung in Deutschland	16
3.2. Methoden und Vorgehen der Analyse	21
4. Analyse: Alle Macht geht vom Volke aus	24
4.1. Ansatzpunkt: Die Aufgaben von Staat und Institution	25
4.2. Politik ohne Staat: Vergesellschaftung und Ermächtigung des Bürgers	28
4.3. Das Wiedererlangen von Freiheit: Zwischen Moral und individueller Selbstbestimmung	32
4.4. Eine starke Gemeinschaft: Innere und transnationale Solidarität	36
5. Ergebnisse: Das Staatsbürgerverständnis bei Occupy	38
5.1. Modell 1: Ein starker Nationalstaat	38
5.2. Modell 2: Eine Basisdemokratie	40
5.3. Modell 3: Selbstverwaltende Gemeinschaften	42
6. Abschlussdiskussion und Fazit: Ein neues Staatsbürgerverständnis?	44
6.1. Abschlussdiskussion	44
6.2. Fazit	48
Anhang	
Interview mit Lionel am 14.03.2013	IV
Interview mit Thomas am 15.03.2013	XI
Interview mit Moritz am 19.03.2013	XX
Interview mit Dirk am 20.03.2013	XXIX
Interview mit Barbara am 25.03.2013	XXXIX
Interviewleitfaden	XLVIII
Literaturverzeichnis	LI
Ehrenwörtliche Erklärung	LVIII

1. Einleitung: Der Staatsbürger im politischen System

„Da aber der Staat ein Zusammengesetztes ist, so muß, wie bei allem, was ein Ganzes ist und viele Teile hat, zuerst diese Teile in Betracht zu nehmen sind, ebenso auch bei ihm zuerst der Begriff des Staatsbürgers gesucht werden, da der Staat eine Vielheit von Bürgern ist.“ (Aristoteles, 1995, S. 76)

Sei es durch die Beteiligung an Wahlen, das Befolgen verabschiedeter Gesetze oder das Einbringen in die Zivilgesellschaft: Die Funktionalität des politischen Systems hängt auch von der Akzeptanz und Handlung der Bevölkerung ab. In modernen westlichen Demokratien herrscht die Vorstellung vor, dass es Institutionen und Prozesse sind, die bestimmen wie gut oder schlecht der Staat funktioniert (z.B. Frazer, 2007; z.B. Müller, 2009). Tatsächlich aber kommen nur autokratische Systeme ohne staatsbürgerliche Akzeptanz aus, während der Staatsbürger für eine Demokratie eine überlebensnotwendige Rolle spielt (Dalton, 2008). Da die Teilhabe an politischen Prozessen zur Systembeschreibung der Demokratie gehört, muss der Bürger diese zumindest in einem Mindestmaß auch erfüllen, damit die Bezeichnung der Demokratie für den Staat überhaupt zutreffend ist.

Doch auch in weniger extremem Ausmaß und über die einfache Teilnahme an Wahlen hinaus ist die Rolle des Staatsbürgers bestimmend für die Funktionsweise von Politik und Gesellschaft. Unter den Bedingungen der Komplexität können Staatsbürger dem Staat als Experten dienen, beispielsweise bei wirtschaftlichen oder wissenschaftlich-technischen Entscheidungen. Staatsbürger sind es, die sich letztendlich für politische Ämter aufstellen oder sich in Parteien engagieren, um angehende oder amtierende Politiker zu unterstützen. Auch zivilgesellschaftliches Bürgerengagement abseits staatlicher Institutionen kann die Politik entlasten, beispielsweise indem sie Bedürftigenhilfe oder Bildungsprogramme selbst organisiert. Wie gut ein politisches System also funktioniert und wie flüssig Amtsinhaber in ihm arbeiten können hängt durchaus davon ab, wie der Staatsbürger zu diesem System steht und sich gegebenenfalls in es einbringt. Daraus lässt sich schlussfolgern, wie wichtig es für ein politisches System ist, dass der Staatsbürger es akzeptiert und sich in es einfügt.

Zumindest innerhalb traditionell etablierter Institutionen jedoch scheinen moderne Staatsbürger sich immer weniger in ebendieses System einzubringen: Die Partizipation an Wahlen nimmt stetig ab ("Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen seit 1949 nach

Ländern," 2012) und das Vertrauen der Staatsbürger in Amtsinhaber sowie deren politische Institutionen sinkt in nahezu allen entwickelten westlichen Demokratien (Thierse, 2008). Manche Theoretiker sehen in dieser lange anhaltenden negativen Tendenz ein Anzeichen für eine Krise der liberalen repräsentativen Demokratie (z.B. Dahrendorf & Polito, 2003; z.B. Leggewie & Schneider, 2009; z.B. Wilke, 2009). Da der Souverän der Demokratie, nämlich sein Volk, sich zunehmend von diesem System zu distanzieren scheint, fehlt ihr ein essentieller Bestandteil ohne den sie nicht funktioniert. Empirische Untersuchungen jedoch sprechen nicht unbedingt für den Wunsch nach einem kompletten Abschaffen der Demokratie, denn nach wie vor wird sie bei Umfragen in entwickelten Demokratien als beste Staatsform empfunden (Dalton, 2008).

Doch woher diese neue kritische Haltung gegenüber unserem politischen System, dessen grundsätzlicher Gedanke scheinbar breitflächige Befürwortung findet? Möglicherweise ist es demokratischen Systeme noch nicht gelungen, angemessen auf die zahlreichen gesellschaftlichen und politischen Veränderungen der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts einzugehen. Immenses Wirtschaftswachstum durch und nach der Industrialisierung führte zu Verstädterung, der Umstrukturierung des Arbeitsmarktes und einem veränderten Fokus auf individuelle Leistungsfähigkeit. Gleichzeitig sorgt die Informationsgesellschaft für den breitflächigeren Zugang zu Bildung für die Bevölkerung und technologische Neuerungen ermöglichen Menschen Zugänge zu vielfältigen Informationsquellen und die Zugehörigkeit zu verschiedenen Gruppen. Staatliche Aktivitäten weiten sich zunehmend aus, beispielsweise auf den Schutz des globalen Umweltsystems und, noch viel wichtiger, durch den Auf- und Ausbau des Sozialstaats (Dalton, 2008). Oftmals geht diese Globalisierung einher mit einer Liberalisierung des Wirtschaftssystems, welche für die Politik das Anlegen der „*Golden Straightjacket*“¹ bedeutet. Politische Entscheidungen beschränken sich dabei auf die mögliche Verringerung staatlicher Aktivität, liberale Wirtschaftspolitik und finanzielle Sparpolitik (Vodovnik, 2011). Nicht zuletzt sorgt die Ausweitung der Medienvielfalt und –zugänglichkeit für einen „*Dauerwahlkampf*“ (Geisler, 2012, S.11), in dem sich Politiker immerzu profilieren und inszenieren müssen.

Die zahlreichen Beteuerungen einer Krise der liberalen repräsentativen Demokratie lässt auf die Reformnotwendigkeit unseres Systems schließen. Zweifelsohne stellen neue gesellschaftliche Entwicklungen neue Ansprüche an den Staat. Zunehmend wird die Legitimität politischer Entscheidungen hinterfragt, was laut Dalton unter anderem auf die

¹ Der Begriff *Golden Straightjacket* wurde von dem amerikanischen Ökonomen Milton Friedman geprägt, der eine möglichst weitgehende Freiheit des Markts befürwortete.

höheren Ansprüche der Bürger durch Bildung und demokratische Kultur zurückzuführen ist (Dalton, 2008). Dies wirft die große Frage auf, inwiefern der einzelne Bürger am öffentlichen Leben beteiligt werden soll, welche Leistungen er vom Staat erwartet und was er selbst bereit ist, einzubringen. Um insbesondere diesen hohen Ansprüche an Legitimität und dem Wandel der Gesellschaft gerecht zu werden, muss der Bürger im Mittelpunkt einer mögliche Reform des politischen Systems stehen. Wie in dem eingangs angebrachten Zitat durch Aristoteles sind die Staatsbürger diejenigen Bestandteile des Staates, von denen aus der Staat aufbaut. Eine Untersuchung von möglichen neuen Ansprüchen an die Konzeption des Staatsbürgers ist im Angesicht dessen die grundlegendste Untersuchung zu einer möglichen Systemreform. Aus all diesen Gründen ist die Untersuchung des Staatsbürgerverständnisses unserer Zeit unumgänglich.

Die bereits erwähnten Herausforderungen unserer Demokratie regen in der Wissenschaft bereits seit langem zum Nachdenken über mögliche Neukonzeptionen des politischen Systems an (z.B.Barber, 2003; z.B.Buchstein, 2009; z.B.Carter, 1999; z.B.Helfrich, 2012; z.B.Klein, 2008). Mehrere Faktoren führten dazu, dass ab 2011 auf verschiedenen Kontinenten der Erde auch gesellschaftliche Gruppen, Bewegungen und Individuen großflächige Kritik gegenüber dem System äußerten. Die globale Occupy-Bewegung, welche ihren Ursprung im September 2011 in New York fand, spricht wirtschaftliche, politische und soziale Aspekte der Gesellschaftskritik an. Die relativ heterogene Natur der Bewegungsteilnehmer (Brunngräber, 2012) spricht dafür, dass es sich nicht um Forderungen einer bestimmten gesellschaftlichen Gruppe, sondern im Gegensatz dazu um den Ausdruck von Unzufriedenheit aus verschiedenen Motivationen heraus handelt. Da die Bewegung trotz ihrer verhältnismäßig geringen Anhängerzahl in Deutschland größtenteils verständnisvolle oder unterstützende Reaktionen aus der Politik hervorgerufen hat (z.B. N-TV, 2011; z.B. Rüb, 2011), kann ihr durchaus eine gesamtgesellschaftliche Relevanz beigemessen werden.

Eine Neukonzeption von Staatsbürgerschaft und deren Durchsetzung bedarf Unzufriedenheit mit dem Status Quo und öffentlichen Dialog über Alternativen. Mit der Occupy-Bewegung ersucht diese Arbeit Ansätze einer Staatsbürgertheorie bei einer Gruppe von Menschen, die sich durch ein hohes Maß an Unzufriedenheit mit dem aktuellen System auszeichnen. Durch ihre eigene Initiative zum Protest ist der Reformwunsch hier besonders ausgeprägt. Es besteht Grund zur Annahme, dass ein Staatsbürgerkonzept bei den

Teilnehmern² bereits relativ weit entwickelt ist, da eine ausführliche Auseinandersetzung mit gesellschaftspolitischen Wunschvorstellungen im Vorhinein zum und während des Protests stattgefunden hat. Die breite Sympathie für die Bewegung lässt vermuten, dass die Ansätze, für die die Bewegung steht, auch außerhalb ihres Teilnehmerkreises Anerkennung findet. Aus diesen Gründen stellt die Occupy-Bewegung ein geeignetes Fallbeispiel zur Untersuchung eines neuen staatsbürgerlichen Verständnisses dar. Aufgrund des Umfangs dieser Arbeit und dem Mangel an vorherigen Untersuchungen in diesem spezifischen Themenbereich können dabei lediglich die wichtigsten Aspekte eines solchen Staatsbürgerverständnisses aufgezeigt werden. Außerdem beschränkt sich die Arbeit zunächst auf den deutschen Staat.

Diese Schwerpunkte werden anhand von drei Fragen beantwortet: In welchem Verhältnis sollen Staat und Bürger laut Teilnehmern der Occupy-Bewegung zueinander stehen? Diese Fragestellung zielt darauf ab, herauszufinden, wie die Aufgabenverteilung zwischen Bürger und Staat aussieht. Die Rolle des Staats ebenso wie der Aufbau des politischen Systems sind Ausdruck dieser Vorstellung. Aus dieser Aufgabenverteilung wird die Antwort der zweiten Frage abgeleitet: Welche Rolle soll im Rahmen dieser Vorstellungen ein Bürger im Staat einnehmen? Hierbei stehen vor allem mögliche Charaktereigenschaften und Qualifikationen des Bürgers im Mittelpunkt, die ihm ermöglichen, einem bürgerlichen Ideal nahe zu kommen. Schließlich sollen die herausgearbeiteten Punkte mit der Realität abgeglichen werden, um die letzte Frage zu beantworten: Stößt die Bewegung gar ein neues Konzept von Staatsbürgerschaft an? Darüber hinaus sollen sich daraus mögliche neue Forschungsfelder ergeben, die an den Ergebnissen ansetzen.

Um diese Ziel zu erreichen, werden zunächst die zwei prominentesten Stränge der existierenden Staatsbürgertheorie dargestellt. Sie sollen dazu dienen, die relevanten Aspekte einer Staatsbürgertheorie darzustellen und grundsätzliche Unterschiede in theoretischen Überlegungen darzustellen. Daraufhin werden Fallbeispiel und Methode dargestellt. Dies dient zum einen dazu, die Untersuchung in den breiteren Kontext der Occupy-Bewegung zu setzen und verdeutlicht erneut die Relevanz des Fallbeispiels. Zum anderen wird das Vorgehen der Datenerhebung und -analyse dargestellt. Die darauf folgende Analyse systematisiert die Ergebnisse der Datenerhebung und fasst sie in ihren wichtigsten Kernpunkten zusammen. Basierend auf dieser Analyse soll schließlich eine Anwendung der Theorie auf den Datensatz erfolgen. Im Rahmen der Festlegung von Ergebnissen und

² In der nachfolgenden Arbeit wird zur besseren Lesbarkeit die männliche Form verwendet, die selbstverständlich weibliche wie männliche Vertreter gleichermaßen umfasst.

deren Diskussion werden die Forschungsfragen beantwortet. Die ersten zwei Fragen werden im Rahmen drei verschiedener Modelle behandelt, die drei mögliche Ansätze für künftige Staatsbürgerkonzepte aufzeigen. Außerdem wird im Rahmen der Schlussbetrachtung die letzte Forschungsfrage beantwortet. Hierzu wird basierend auf den vorhergehenden Teilen eine Einschätzung darüber getroffen, ob die Occupy-Bewegung ein neues Staatsbürgerverständnis anstößt. Das Fazit umreißt Handlungsimplicationen für politische Entscheidungsträger, Ansätze zur weiteren Forschung und die Limitationen der erzielten Ergebnisse.

2. Theoretischer Hintergrund: Ansätze des Staatsbürgerverständnisses

“a theory of citizenship must also produce a theory of the state” (Kalu, 2003, S.420)

Die Beziehung zwischen Staatsbürger und Staat wirkt sich maßgeblich auf den Aufbau des politischen Systems und die Art und den Umfang staatlicher Aktivitäten aus. Das Verständnis von Staatsbürgerschaft bestimmt, wie der Staat organisiert ist und inwieweit er an der Organisation des privaten Lebens beteiligt ist. Daraus folgt auch, dass mit jeder Staatstheorie auch eine Theorie von Staatsbürgerschaft einhergeht. Im Folgenden sollen die zwei wohl prominentesten Ansätze der Staatsbürgertheorie, das republikanische und das liberale Verständnis, dargestellt werden.

Die theoretischen Ansätze können hier nur grob umrissen werden, ohne sie aber kritisch zu hinterfragen oder deren Praxistauglichkeit zu durchleuchten. Vielmehr soll die empirische Untersuchung dazu dienen, bestimmte Aspekte der Theorie kritisch zu behandeln. Weiterhin wird im Laufe der Arbeit aufgezeigt, welche Aspekte der Theorien möglicherweise einer neuen Diskussion oder einer Aufnahme in ein neues Staatsbürgerverständnis bedürfen.

2.1. Die Entwicklung von Staatsbürgerschaft nach T.H. Marshall und der liberale Staatsbürgerbegriff

Ausgangspunkt der liberalen Konzeption von Staatsbürgerschaft ist der Gedanke, dass jedem Menschen natürliche Rechte innewohnen, die unveräußerlich sind. Diese sind es, die den Menschen als solchen ausmachen und die die grundsätzlichen Bedingungen für menschliches Handeln darstellen (Oldfield, 1990). Die grundlegende Funktion des Staates liegt in der Umsetzung dieser Rechte, also ihrer Institutionalisierung und ihrem Schutz. Er spielt insofern eine ermöglichende Rolle, als dass er die Freiheit seiner Bürger garantiert, indem er ihnen einen gleichen Zugang zu Rechten verschafft (Abowitz & Jason, 2006).

Somit zeichnet sich der Staatsbürger hauptsächlich über seine Eigenschaft als Inhaber von Rechten aus. Dieses Verständnis prägte insbesondere der Soziologe T.H. Marshall Mitte des 20. Jahrhunderts. Er arbeitet dabei drei verschiedene Kategorien von Rechten aus, die im Laufe der Geschichte auf den Bürger übertragen

wurden. Diese bauen zwar nicht unmittelbar aufeinander auf oder bedingen einander, ermöglichen aber dennoch erst bei der Erfüllung aller drei Kategorien die volle Kapazität des Bürgers in einer entwickelten liberalen Demokratie (Cohen, 2010). Zunächst entstanden laut Marshall die zivilen Rechte im 17. Jahrhundert, die hauptsächlich individuelle Freiheitsrechte, wie Meinungs- oder Handlungsfreiheit garantieren. Ebenso wurden in dieser Phase die Eigentumsrechte als Grundannahme politischer, wirtschaftlicher und juristischer Überlegungen festgeschrieben. Im 18. Jahrhundert folgten die politischen Rechte, welche die repräsentative Demokratie ermöglichten. Hierzu zählt beispielsweise das universelle Wahlrecht ungeachtet sozialer Klasse, Geschlecht oder ursprünglicher Herkunft. Diese Rechte führten unter anderem zur Entstehung von Arbeiterparteien. Schließlich verzeichnet Marshall im 20. Jahrhundert das Entstehen der sozialen Rechte, welche nach der großen Depression der 30er Jahre etabliert wurden. Sie umfassen Versicherungssysteme, Lohnverhandlungen, die Institutionalisierung von Gewerkschaften und die Garantie minimaler Lebensstandards durch einen sozialen Wohlfahrtsstaat. Dadurch ermöglichen die sozialen Rechte eine Koexistenz der liberalen Wirtschaft mit sozialer Sicherheit. Obwohl der zeitliche Ablauf sich unterscheidet, sind sich Theoretiker einig, dass die Reihenfolge auf die Entwicklung in nahezu allen westlichen Demokratien zutrifft (Murray, 2007).

Die Entstehung des liberalen Gedankens ist dabei geprägt von Erfahrungen, bei denen Unterschiede zwischen Gesellschaftsgruppen die öffentliche Ordnung bedrohten. Während bei Hobbes religiöse Konflikte zum Bürgerkrieg führten (Reese-Schäfer, 2007), erfährt Marshall die zunehmende Beschäftigung mit sozialen Klassen im Zuge der Debatte um Wohlfahrtsstaatlichkeit (Cohen, 2010). In ihrem Grundgedanken sind liberale Gesellschaften daher grundsätzlich darauf ausgerichtet, auch unter der Bedingung von Pluralismus zu funktionieren (Neufeld, 2005). Der Pluralismus, mit dem eine Vielfalt an Lebensentwürfen einhergeht, führt hier eher zu Fremdarten als Gemeinsamkeiten innerhalb einer Gesellschaft.

Der liberal-demokratische Staat begegnet der Herausforderung der Vielfalt, indem er ein Aushandeln verschiedener Interessen und moralischer Standpunkte ermöglicht. Gleichzeitig respektiert er die Individualität des Einzelnen, indem er privaten Freiraum wahrt und Regeln aufstellt, die auch andere Staatsbürger dazu anhält, dies zu tun (Kalu, 2003). Konflikte aufgrund von Unterschiedlichkeiten in

vielen Lebensbereichen wie Familie, ethnischer Zugehörigkeit oder religiöser Gruppe werden dadurch vermieden, dass sie im öffentlichen Leben nicht behandelt werden, sondern sich alleine im Privaten abspielen sollen (Allman, 2005). Die liberale Theorie erreicht dadurch eine Trennung zwischen Staat und Privatsphäre (Ku, 2002).

Dementsprechend konstituiert sich die Freiheit des Staatsbürgers nach Hobbes in der *“silence of the law”* (Oldfield, 1990, S.185), also der Möglichkeit eines unbehelligten Lebens des Einzelnen im Privaten. Die Vorgaben des Staates sind auf einem Minimum zu halten, so dass der Einzelne selbst beurteilen kann, was für ihn richtig oder falsch ist oder womit er sein Leben verbringen möchte. Vielmehr bleibt jegliche staatliche Aktivität Mittel zum Zweck der größtmöglichen Freiheit des Einzelnen. Die Funktion des Staates liegt im Eröffnen von Möglichkeiten für den Bürger, innerhalb derer er sein Leben frei bestimmen kann. Staatliche Aktivität, welche über diese ermöglichende Rolle hinausgeht, wird als Bevormundung des Einzelnen bewertet (Liebermann, 2006).

Viel wichtiger, als dass der Staat über sein Bürger regiert, ist die Vorstellung, dass der Einzelne über sich selbst regieren kann (Abowitz & Jason, 2006), also seine eigenen Wertvorstellungen entwickelt, seinen Weg zum Glück findet und hauptsächlich in seinem Privatleben aufgeht. Hier wird also deutlich, dass das liberale Staatsbürgerverständnis sich um die Bedürfnisse des Einzelnen dreht, die sehr individuell und damit sehr unterschiedlich sein können. Um dieser Unterschiedlichkeit Rechnung zu tragen, legt der Staat lediglich die Grundbedingungen dafür, dass jeder gemäß eigener Vorstellungen ein gutes Leben führen kann.

Das Verhältnis zwischen Bürger und Staat ist in Marshalls Konzeption darüber definiert, dass der Staat dem Bürger seine Dienste als Wahrer der Rechte anbietet. Ähnlich eines Marktmechanismus kann der Bürger das staatliche Angebot ebenso gut annehmen wie ausschlagen. *“Die BürgerInnen lassen den Staat walten, da er in ihrem Interesse arbeitet”* (Riederer, 2006, S.375). Dem Staat wird die politische Entscheidungsfähigkeit übertragen und so ein Stück weit auch vertraut. Dennoch soll der Staat gleichzeitig stets kritisch hinterfragt werden. Es herrscht eher eine Distanz zu Autorität vor, weshalb eine Vielzahl von Schutzrechten die Möglichkeiten des Staates einschränken und den Einzelnen vor seinem Einfluss schützen sollen (Abowitz & Jason, 2006). Nur so kann gewahrt bleiben, dass der Staat seine eigenen Grenzen nicht überschreitet und nach wie vor im Interesse der Bürger

handelt. Auch dieses Übertragen von Verantwortung ist ein wichtiger Beitrag zur Verwirklichung und Selbstbestimmtheit des Einzelnen. So muss der Bürger sich nicht alltäglich um politische Belange kümmern, wenn er andere Prioritäten in seinem Leben erkennt.

Die Partizipation an politischen Prozessen bleibt dabei rein instrumentell. Sie gibt Individuen die Möglichkeit, Partikularinteressen zu artikulieren und dient der politischen Willensbildung. Der Staat erhält die Funktion, gesellschaftliche in politische Belange zu übersetzen und so allgemein verbindliche Entscheidungen zu treffen. Vereinbarungen werden dabei vorrangig durch Kompromisse getroffen. Prinzipiell hat der Mensch innerhalb seiner politischen Rechte die Option, am öffentlichen Leben teilzunehmen. Das Engagement oder Nicht-Engagement hat jedoch keine normativen Implikationen (Habermas, 1994). Vollkommene Partizipation ist demnach kein ultimatives Ziel des liberalen Gedankens. Vielmehr wird es nur für realistisch empfunden, dass nicht jeder Einzelne sich täglich mit politischen Belangen befasst. Manche Theoretiker der liberalen Schule gehen noch einen Schritt weiter: Vollkommene Partizipation ist hier nicht wünschenswert, da die Entscheidungsfindung mit mehr Teilnehmern am Entscheidungsprozess zusätzlich erschwert und verlängert wird (Riederer, 2006). Dass also nur ein kleiner Bruchteil der Gesamtbevölkerung an politischer Debatte teilnimmt, macht erst die Funktionalität und Effizienz unseres politischen Systems aus.

Staatsbürgerschaft wird hier als Vertrag zwischen den Bürgern untereinander ebenso wie zwischen Bürger und Staat verstanden (Tilly, 1997). Entsprechend des Gesellschaftsvertrags nach Hobbes gibt der Einzelne zum Zweck des Selbstschutzes freiwillig sein Recht auf alles auf, welches im Naturzustand besteht. Er wird dadurch Staatsbürger. Hierbei wird der Staat, der Leviathan, einzig zur gewaltsamen Sicherstellung der Einhaltung des Vertrags eingesetzt und schützt somit in erster Linie die Staatsbürger voreinander (Reese-Schäfer, 2007). Die Mitglieder eines Staates werden daher in der liberalen Theorie nicht durch gemeinsame Wertvorstellungen oder die Identifikation mit der Gesamtgesellschaft zusammengehalten, sondern organisieren sich der Praktikabilität halber gemeinsam (Oldfield, 1990). Demnach sind Staat und Politik künstlich erschaffene Produkte (Frazer, 2007), die das gemeinsame Leben organisieren und keinen intrinsischen Wert darüber hinaus innehaben.

Trotz dieser Einschränkungen der politischen Sphäre lassen sich Eigenschaften festlegen, die den Einzelnen als guten Staatsbürger auszeichnen. Diese umfassen zum einen die Toleranz gegenüber Mitmenschen, so dass auch diese ihre Freiheit in größtmöglichem Maß nutzen können. Zum zweiten bedient der gute Staatsbürger sich seiner eigenen Freiheit und führt ein autonomes Leben. Um ein harmonisches Zusammenleben in der Gesellschaft zu ermöglichen, wird vom Einzelnen erwartet, dass er anderen Meinungen oder Lebensentwürfen tolerant gegenüber tritt (Abowitz & Jason, 2006). Dazu ist es nötig, dass der Einzelne seine Mitbürger unter den Bedingungen der Unterschiedlichkeit dennoch als gleichwertig akzeptiert. Beschränkt ist er in seiner Freiheit lediglich insofern, als dass er auch die freie Ausübung von Rechten durch die anderen Gesellschaftsmitglieder respektieren muss (Damico, 2002). Innerhalb der durch den Staat ermöglichten Freiheit soll der Mensch seine eigene Definition eines guten Lebens selbst finden und ausleben. Dabei ist er nicht an politisch oder gesellschaftlich vorgegebene Wertesysteme oder Ideale gebunden, sondern vielmehr dazu angehalten, seine eigenen zu etablieren (Neufeld, 2005).

Der Staatsbürger ist so tatsächlich nur sich selbst verpflichtet und widmet sich der Suche nach dem eigenen Wohlbefinden und Glück (Kalu, 2003). Getreu des Sprichwortes *Wenn jeder an sich selbst denkt, ist an jeden gedacht* erfüllt der Staatsbürger seine Rolle bereits, wenn er sich im Rahmen seiner Möglichkeiten um sich selbst kümmert. Die wichtigste Eigenschaft eines guten Staatsbürgers in dieser Definition ist die Fähigkeit, autonom zu denken und zu handeln. Nach dem Theoretiker John Rawls umfasst die individuelle Autonomie eine moralischen Urteilskraft, ein individuelles Gerechtigkeitsempfinden und die Fähigkeit, schlüssig gemäß dieses Moralsystems zu handeln und zu argumentieren (Christman, 2004).

Für die Akzeptanz der demokratisch getroffenen Entscheidungen ist entscheidend, dass der Bürger zumindest das Rechtssystem des liberalen Staats verinnerlicht, so dass er es selbst respektiert und schützt (Kahane, 1998). Dies spricht für eine ausführliche politische Bildung des Einzelnen. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, Bürger unter anderem in ihrer Argumentationsfähigkeit, ihrer Neugierde gegenüber Unterschiedlichkeit (Josephson, 2004), ihrem logischen Sachverständnis und ihrer kritischer Selbstreflektion (Christman, 2004) zu schulen.

2.2. Der gemeinwohlorientierte Bürger und der republikanische Staatsbürgerbegriff

Auf einer anderen Grundannahme über Freiheit baut der republikanische Staatsbürgerbegriff auf. Freiheit besteht dabei in dem Zusammentreffen von Pflichten und eigenen Interessen (Oldfield, 1990). Wer also seine Verpflichtung als Interesse wahrnimmt und erkennt, dass deren Wahrnehmen auch ihn persönlich weiter bringt, findet zur Freiheit. Was formell als Verpflichtung festgeschrieben ist, wird im Idealfall vom Staatsbürger in einem solchen Maße verinnerlicht, dass es mit Freiwilligkeit übereinstimmt. Die Verankerung von Pflichten beim Bürger spielt im republikanischen Verständnis daher eine entscheidende Rolle. Wie die Rechte in der liberalen Auffassung den Staatsbürger ausmachen, tun es in der republikanischen Auffassung die Verpflichtungen. Dennoch kommt das republikanische Modell nicht ohne Rechte aus, vielmehr halten sich Rechte und Pflichten des Bürgers in dieser Konzeption die Waage. Ohne die feste Verankerung von Pflichten jedoch werden auch die Rechte nutzlos (Abowitz & Jason, 2006).

Automatisch geht diese Idee mit verschärften Bedingungen einher: Nur wer seine bürgerlichen Pflichten wahrnimmt wird als Staatsbürger anerkannt (Kalu, 2003). Da die Pflichterfüllung als Weg zur Freiheit betrachtet wird, geht ein Vernachlässigen der bürgerlichen Pflicht mit einer Verachtung der Freiheit einher. Laut dem Philosophen Jean-Jacques Rousseau bedeutet die Nicht-Wahrnehmung von Verpflichtung das Abtreten der bürgerlichen Freiheit und damit des Menschen-Seins (Perkinson, 1965). Gleichzeitig ist ein Staat, dessen Bürger ihre Pflichten vernachlässigen, dem Untergang geweiht (Rousseau, 1977). Sowohl Bürger als auch Staat haben so ein Interesse daran, dass politische Pflichten wahrgenommen werden. Die bürgerlichen Rechte werden im republikanischen Verständnis vielmehr als positive Rechte wahrgenommen, welche nicht nur eine Möglichkeit, sondern eine tatsächliche Wahrnehmung implizieren (Habermas, 1994). Zu diesen Pflichten gehören eine Vielzahl von Verhaltenseigenschaften, Verantwortungen und politische Handlungen, wie die Verpflichtung zur steuerlichen Verantwortung, die Selbstinformation über gesellschaftlich relevante Themen und die aktive Teilnahme an der politischen Willensbildung (Abowitz & Jason, 2006).

Einzig und allein über die eigene Aktivität und somit das Handeln wird das Individuum zum Staatsbürger. Der Staatsbürger definiert sich über das, was er für Ge-

meinschaft und Staat tut. Er bestimmt damit nicht nur, ob er selbst ein guter oder schlechter Bürger ist, sondern auch ob der Staat gut oder schlecht funktioniert. Die Bürger sind so zentrales Element des Staates, die dessen Qualität maßgeblich bestimmen (Rousseau, 2007). Statt Rechte zu respektieren und zu achten, nimmt der Bürger hier als deren Mit-Urheber eine aktivere Rolle im Staat ein (Crick, 2007). Politik wird so zum gemeinsamen Unterfangen von Staat und Bürger, in dem beide sich Verantwortung und Aufgaben teilen. Aus diesem Grund ist die Einbindung der Bürger in die Regierung an sich hier ein essentieller Teil des politischen Prozesses. Der Staat soll diesen Prozess aktiv fördern, indem er dem Bürger nicht nur Rechte einräumt, sondern ihn darüber hinaus zur Wahrnehmung seiner Teilnahmepflicht befähigt (Frede, 2001).

Im Handeln des Einzelnen besteht so sein Beitrag zum Allgemeinwohl. Das Allgemeinwohl entspricht dem Gemeinwillen und besteht aus dem besten Interesse aller Gesellschaftsmitglieder (Rousseau, 1977). Es ist das Ziel politischen Handelns und sollte daher zentrales Interesse aller Bürger sein. Im Gegensatz zum liberalen Ansatz geht das republikanische Verständnis also davon aus, dass eine politische Lösung möglich ist, welche für alle Gesellschaftsmitglieder die richtige ist. Statt Kompromisslösungen ersucht das republikanische Modell stets die Lösung, die ein Einverständnis zwischen allen Bürgern darstellt. Notwendige Bedingungen eines solchen Einverständnisses sind die Möglichkeit zur öffentlichen Diskussion sowie die Gleichheit aller Bürger zumindest was ihre politische Macht angeht (Sunstein, 1988). Das republikanische Verständnis verlässt sich hierbei auch auf ein geteiltes Wertesystem, welches allen Staatsbürgern gemein ist und auf dem politische Entscheidungen fußen können. Jede Überlegung und Handlung basiert auf diesem geteilten Wertesystem (Matheson, 1897).

Zudem führt politische Aktivität zu einem gemeinsamen Zweck auch zur Identifikation des Einzelnen mit der politischen Gemeinschaft (Oldfield, 1990). Anstatt der Unterschiede zwischen den Bürgern eines Staates betont der republikanische Ansatz viel eher das, was sie zusammenhält. Ein Verantwortungsbewusstsein für die Gemeinschaft, das Hinarbeiten auf ein gemeinsames Ziel und die Konsensfindung sind hier wichtige Bestandteile eines funktionierenden Staates. Das Aushandeln und kritische Hinterfragen privater Interessen in der Öffentlichkeit führen zu einem besseren Verständnis der Bürger untereinander und ermöglichen ein allgemein akzeptier-

tes moralisches Leben (Habermas, 1994). Es ist bemerkenswert, dass Staat und Privatleben dadurch notwendig miteinander einhergehen.

Auch eine Bindung der Mitglieder einer Gesellschaft untereinander, Solidarität und ein starkes Wir-Gefühl sind Elemente der Staatsbürgerschaft. Ganz selbstverständlich geht damit einher auch die Loyalität gegenüber dem Vaterland und die grundsätzliche Priorität der politischen Gemeinschaft vor anderen Lebensbereichen (Abowitz & Jason, 2006). Die Handlungen des Staatsbürgers, welche den politischen Prozess bestimmen, finden entsprechend nahezu ausschließlich öffentlich statt (Habermas, 1994). Im öffentlichen Handeln findet der Einzelne seinen Platz in der Gesellschaft und wird so frei (Sunstein, 1988). Dementsprechend verstehen sich Staatsbürger eher als Mitglied eines großen Ganzen statt als Individuen. Über die Gemeinschaft sollen sie sich identifizieren und ihr Leben zu jeder Zeit in ihren Kontext setzen. Andere Lebensbereiche unterstehen in der logischen Konsequenz immer der politischen Verpflichtung für Staat und Gemeinschaft.

Diese tugendhafte Gemeinschaft, die nach dem Allgemeinwohl strebt, ist nach Aristoteles überhaupt erst der Grund zur Formierung eines Staates. Ein Zusammenleben ohne gemeinsame Sinnesstiftung, so wie es auf vertraglicher Basis im liberalen Denken existiert, empfindet er nicht als Staat (Aristoteles, 1995). Der gemeinsame Einsatz für das Allgemeinwohl ist es, was die Menschen maßgeblich zusammenhält und die Formierung des Staates organisiert dieses Streben in politischem Format. Aristoteles grenzt so auch den Staatsbegriff klar ab von vertraglichen Verhältnissen oder losen Bündnissen.

All diese Ausführungen zeigen, dass gesellschaftliche Belange Priorität vor individuellem Belangen haben. Dies bedeutet jedoch nicht, dass der Einzelne einem Zwang unterliegt oder sich für die Gemeinschaft opfert. Vielmehr ist das Aufgehen in gemeinschaftlichen Aufgaben und das Leben inmitten der Gesellschaft der Weg, auf dem der Mensch zu sich selbst findet. Erst im Rahmen der Gesellschaft wird er zu dem, was er wirklich ist (Oldfield, 1990). Durch die vorher beschriebene Identifikation mit der Gemeinschaft muss es möglich sein, dass Handeln im Sinne des Gemeinwohls auf der autonomen Entscheidung des Einzelnen beruht (Wokler, 1999). So ist die Gesellschaft die Plattform, auf der der Einzelne sein volles Potential entfaltet. Der Aufruf zur Verpflichtung bei der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben ist so nicht nur dazu da, den Staat zu tragen. Er ist auch das Mittel, welches den Einzelnen beim Finden seines persönlichen Glücks unterstützt. Die Partizipation im Staat hat

so nicht nur einen instrumentellen Wert, sondern vermittelt darüber hinaus die Werte, die in diesem Modell so ausschlaggebend für ein funktionierendes System sind. Durch Partizipation erlernt der Bürger erst, Bürger zu sein (Habermas, 1994).

All die Fähigkeiten, die ein autonomes Individuum im Liberalismus ausmachen, sind auch im republikanischen Verständnis relevant: Gegenseitiger Respekt, Verantwortungsbewusstsein und das Finden des eigenen Glücks (Kalu, 2003). Dies bedeutet für den Staat, dass er ebenso die Rechte seiner Bürger wahren muss. Darüber hinaus ist es aber ebenso wichtig, Bürgern Räume zu geben, in denen sie aktiv werden und ihre aktive Staatsbürgerschaft praktizieren können. Dies geschieht beispielsweise durch das Bereitstellen von Beteiligungsstrukturen, der Dezentralisierung und einer weitreichenden Möglichkeit der Selbstverwaltung (Sunstein, 1988).

Die Wahrnehmung politischer Verpflichtung fällt dem Menschen nicht auf natürlichem Wege zu. So sind Kinder beispielsweise unfertige Bürger, da sie sich ihrer Verpflichtung noch nicht vollkommen bewusst sind und sich auch so noch nicht in den Dienste des Staates stellen können (Aristoteles, 1995). Erst über Erziehung und Bildung wird dem Einzelnen der Weg zur vollen Staatsbürgerschaft vermittelt. Ein großer Bestandteil dieser Befähigung besteht in den Strukturen zur Teilhabe selbst, mittels derer auch der Staat selbst zum Lehrer wird (Wokler, 1999). Da der Staat so sehr von der Qualität seiner Staatsbürger abhängt, gehört es auch zu seinen Aufgaben, sie zu einer vollen Erfüllung dieser Rolle zu befähigen (Aristoteles, 1995). Daraus lässt sich ein öffentlicher Bildungsauftrag für den Staat ableiten und gleichermaßen der Sinn dieses Bildungssystems: Er besteht primär im Hervorbringen guter Bürger, die für ihr Handeln innerhalb des Staates befähigt werden.

3. Fallbeispiel und Methode: Wir sind die 99%

“Es sind die Bürger selbst, die sich präsentieren. Ihr Protest richtet sich gegen Institutionen, ohne dass sie sich selbst institutionalisieren. Sie kommen zusammen, obwohl sie vollkommen unterschiedlich sind. Sie ergreifen individuell die Initiative und werden im Protest zur Gemeinschaft - aber weder auf destruktive noch auf folgenlose Art. (...) Mit ein wenig analytischer Kühnheit ließe sich Folgendes behaupten: Die "Occupy"-Bewegungen sind kein gewöhnlicher Protest, sondern der Phänotyp eines kommenden Typs politischer Partizipation. Diese bürgerliche Teilhabe orientiert sich zwar noch an bekannten Formen, beruht aber auf völlig neuen Mechanismen. Schon jetzt zeigt sie enormes Mobilisierungspotential. Vor allem zeichnet sie sich durch eins aus: Sie überwindet die politische Mutlosigkeit” (“Dann machen es die Bürger eben selbst. Die Occupy-Bewegungen sind mehr als nur Protest,” 2011).

Die Occupy-Bewegung entstand 2011 inmitten eines Jahres des Protests. Ihre Teilnehmer gingen auf die Straße um Abstand zu nehmen von einer Vielzahl der in der Einleitung geschilderten Probleme, beispielsweise die sozialen Auswirkungen des liberalen Wirtschaftssystems, hohe Komplexität bei mangelnder Transparenz und die abnehmenden Entscheidungsmacht des Bürgers. Inspiriert wurde die Bewegung von einer Saison des Protests nach den Ausschreitungen gegen diktatorische Regierungen im Arabischen Frühling und weitere nationale Bewegungen auf der ganzen Welt, welche 2011 ihren Lauf nahmen (Mörtenböck & Mooshammer, 2012).

Zum Höhepunkt der Bewegung gingen Menschen in 150 Städten in 82 Ländern auf die Straßen, darunter mehrere deutsche Städte (Gerbaudo, 2012). Im Folgenden wird gezeigt, dass die Bewegung eine Vielzahl der Herausforderungen moderner repräsentativen Demokratien aufnimmt, welche auch in wissenschaftlicher Debatte schon einen festen Platz gefunden haben (z.B. Crouch, 2008; z.B. Dahrendorf & Polito, 2003; z.B. Dalton, 2008; z.B. Wilke, 2009). Obwohl es der Bewegung nicht gelang, große Massen zum aktiven Protest zu bewegen (Kraushaar, 2012), erfreute sie sich dennoch einer hohen Sympathie. Nahezu 200.000 Menschen gefällt die zentrale *Occupy Wall Street* Seite im sozialen Netzwerk Facebook (*"Occupy Wall Street,"* 2013) und Politiker von US-Präsident Barack Obama (Rüb, 2011) bis Innenminister Wolfgang Schäuble (N-TV, 2011) erkennen die Bedenken der Bewegung als verständlich an. Dies zeigt, dass Occupy eine Debatte anstößt, die notwendig geworden ist. Es gelang der Bewegung zumindest zeitweise, die Krise des liberalen repräsentativen Systems in die öffentliche Debatte zu integrieren und ihr somit eine zivilgesell-

schaftliche Dimension zu verleihen. Die Vielzahl ihrer Sympathisanten und das große öffentliche Interesse (Brunngräber, 2012) an der Bewegung zeigen, dass hinter den Forderungen tatsächlich Bedürfnisse einer breiteren Masse stehen. Alleine die Organisationsstruktur der Bewegung, welche im Folgenden näher behandelt wird, stellt den Staatsbürger als Individuum ins Zentrum der Politik. Jenseits institutioneller Strukturen oder etablierter Gruppen soll eine Diskussion über eine Reform der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Ordnung angestoßen werden. Gleichzeitig zeichnet sich die Bewegung durch die hohe Zugänglichkeit und Heterogenität ihrer Teilnehmer aus (Brunngräber, 2012).

Die Bewegung eignet sich aus diesen Gründen besonders für das Ziel der vorliegenden Untersuchung. Erstens greift sie den beschriebenen Wandel unter den Einflüssen internationaler Abhängigkeiten, des liberalen Wirtschaftssystems und der gesellschaftlichen Fragmentierung auf und nimmt sie als Anlass zur Veränderung in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Zweitens schafft sie damit neue Ideen zur politischen Rolle des Einzelnen und impliziert eine Veränderung der Aufgabenverteilung zwischen Bürger und Staat. Drittens zeichnet sich die Bewegung durch ihre Zugänglichkeit und institutionelle Ungebundenheit aus, was eine breitflächige Debatte ohne vorgefertigte Basis oder Grundannahmen ermöglicht. Obwohl dies zu der oft bemängelten fehlenden Konkretisierung von Forderungen führt, (Roth, 2012) ermöglicht es doch das Entwickeln komplett neuer Vorstellungen und Konzeptionen.

Im Folgenden soll das Fallbeispiel kurz dargestellt werden. Da die Untersuchung Implikationen für den deutschen Staat hervorbringen soll, steht die Bewegung in Deutschland im Mittelpunkt. Der internationale Kontext und die globalen Ausmaße der Bewegung werden der Verständlichkeit halber dennoch angerissen. Im Anschluss wird gezeigt, inwiefern die Bewegung als Grundlage der Beantwortung der Forschungsfragen dieser Arbeit dient. Dazu sind Hintergründe der Erhebung und die genutzte Methode dargestellt.

3.1. Hintergrund, Formierung und Kontextualisierung der Occupy-Bewegung in Deutschland

Die amerikanische Zeitschrift Time Magazine kürte als einflussreichste und mächtigste Figur des Jahres 2011 keine Einzelperson, sondern den Demonstranten als Figur (Roth, 2012). Damit tut sie es ein Stück weit der Occupy-Bewegung gleich: Macht und Einfluss liegen nicht beim Einzelnen, sondern bei der Gruppe, die ihrer Unzufriedenheit Ausdruck verleiht. Keine einzelne Heldenfigur oder Führungsperson

son bewirkt Veränderung, sondern die Unterstützung einer Mehrheit der Bevölkerung ist dazu nötig. Gemäß des Slogans *“We are the 99%”* wird die Verteilung der Entscheidungskraft auf die Mehrheit statt auf Eliten gefordert (*Bürgerbeteiligung 3.0 : zwischen Volksbegehren und Occupy-Bewegung / Oekom e.V. - Verein für Ökologische Kommunikation (Hrsg.). Mithrsg. vom Wissenschaftlichen Beirat des BUND, 2011*).

Einige äußere Umstände begünstigten die Entstehung der Occupy-Bewegung. Zum einen zählt hierzu das bereits erwähnte globale Klima des Protests, zum anderen dienten die globale Wirtschafts- und Finanzkrise und ihre Folgen der thematischen Ausrichtung der Empörungen. Der Arabische Frühling, bei dem Menschenmassen zumindest zum Teil tatsächlich ein Umsturz des politischen Systems gelang, gilt als ursprüngliche Motivation der weltweiten Proteste 2011. Es erscheint logisch, dass Menschen weltweit Hoffnungen aus dem großen Veränderungspotential des Arabischen Frühlings schöpften. Weitere Proteste entstanden zunächst in einzelnen Ländern der Welt, zu denen über das Jahr hinweg die Besetzung der Avenida da Liberdade in Lissabon, der Puerto del Sol in Madrid, des Plaza de Armas in Santiago de Chile und der Rothschild-Boulevard in Tel Aviv zählen (Kraushaar, 2012). Zunehmend wurde so der öffentliche Protest als Form der politischen Aktivität neu etabliert. Vor allem die spanische Bewegung des 15. Mai lieferte Occupy eine Vielzahl ihrer Organisations- und Arbeitsweisen, welche auch hier auf dem friedlichen Besetzen öffentlicher Plätze, hierarchieloser Organisation und Entscheidungsfindung in täglichen Vollversammlungen basierte (Mörtenböck & Mooshammer, 2012).

Der Ursprung der Occupy-Bewegung bildete sich in New York unter dem Titel *Occupy Wall Street*, und diente zunächst dem konkreten Protest gegen die Macht der Finanzmärkte. Im deutschen Kontext lassen sich mindestens zwei bedrohliche Großereignisse erkennen, welche den Protest thematisch anregten. Die Macht des Finanz- und Währungssystems wurde mehr denn je durch die unkontrollierbare Staatsverschuldung Griechenlands demonstriert. Die Stabilität des Staatenbundes und die finanzielle Sicherheit aller europäischer Bürger waren mit diesem Ereignis nicht mehr gesichert (Kraushaar, 2012). Gleichmaßen greift die Bewegung Themenfelder auf, die in Deutschland bereits seit Ende des 20. Jahrhunderts Bestandteil von öffentlicher Debatte sind und daher ein großes Mobilisierungspotential besitzen. Dazu zählen zum Beispiel die durch die Atomkatastrophe in Fukushima zusätz-

lich befeuerte Atom- und Umweltdebatte oder Globalisierungskritik im Angesicht internationaler Handelsstrukturen (Brunngräber, 2012).

Trotz vielfältiger Aufrufe in sozialen Netzwerken lief die anfängliche Besetzung des Zuccotti Parks in New York, den die Mitglieder der Bewegung *Liberty Square* taufen, nur langsam an. Erst mit einer Großdemonstration auf der Brooklyn Bridge Anfang Oktober gewann die *Occupy Wall Street* Bewegung endgültig eine feste Mitgliederbasis und großes öffentliches Interesse. Daraufhin gelang es, in weiteren Städten der USA ähnliche Bewegungen unter dem Titel Occupy ins Leben zu rufen (Gerbaudo, 2012). Bereits über den Herbst hinweg zeichnete sich ab, dass die Bewegung auch international Anklang fand. Endgültig etablierte sich Occupy schließlich am 15. Oktober 2011, als weltweite Proteste gegen deregulierte Finanzwirtschaft stattfanden. Neben Protesten unter anderem in Sydney, Tokio, Manila, Seoul, London, New York und Vancouver demonstrierten Menschen auch in ganz Deutschland. Um die 1.000 Menschen demonstrierten jeweils in Berlin, Köln, Hamburg, Hannover, Leipzig und Stuttgart, während die Demonstrationen in Frankfurt 5.000 Menschen mit sich zogen und eine Kundgebung vor der Europäischen Zentralbank (EZB) beinhalteten. Seit der Demonstration bildeten sich auch in Deutschland besetzte öffentliche Orte, an dem die Aktivisten Camps aufschlugen um ihrem Unmut rund um die Uhr Ausdruck zu verleihen ("Occupy Wall Street. Die Protestwelle erfasst alle Kontinente," 2011). Das größte Camp blieb die Frankfurter Besetzung der EZB (Kraushaar, 2012), während das Camp in Hamburg als weltweit fast letzter besetzter Ort bis zum heutigen Tag besteht (I5: 56).

Obwohl der größte Anstoß für die Proteste sicherlich die globale Wirtschafts- und Finanzkrise und deren Konsequenzen für die Bevölkerung war, zeichnete sich die Bewegung doch durch eine große Offenheit gegenüber vielseitigen weiteren Themen aus. Allgemein zielt die Kritik an einem unkontrollierbaren Wirtschaftssystem in der Regel darauf ab, den großen Einfluss des Kapitalismus auf Politik und Gesellschaft einzudämmen (Riederer, 2006). Dies erklärt die breit angelegte Kritik durch Occupy, die verschiedene Gesellschaftsbereiche umfasst. Einer Berichterstattung der Frankfurter Zeitung zufolge geht es der Bewegung so vielmehr um eine "*grundsätzliche Kritik am System*" ("Weitere Proteste gegen Banken: Attac, DGB und Occupy organisieren Demonstration," 2011). Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat sozio-ökonomische Ungleichheiten zu einer realistischen Möglichkeit für viele Bürger gemacht, was als weiterer Auslöser der Beliebtheit von Occupy gesehen werden kann.

(Roth, 2012) Beispielhaft machen alleine die Arbeitslosigkeitsquoten das soziale Ausmaß der Wirtschaftskrise deutlich, welche ganz besonders zum Wunsch einer Systemveränderung führen: Im Entstehungsjahr 2011 hatte Spanien die höchste Arbeitslosenquote in der EU von insgesamt 21,7%, während die Arbeitslosigkeit im krisenerschütterte Griechenland um 40,5% im Vergleich zum Vorjahr stieg (Eurostat, 2012).

Eindeutige, konkrete oder konstruktive Forderungen bleiben beim Protest von Occupy jedoch zumeist aus (Kraushaar, 2012). Oftmals bezeichnen Anhänger von Occupy selbst eben die Abwesenheit fester Forderungen oder eines klaren Manifests als größte Stärke: Dies macht es möglich, jeden zu integrieren (Hauser, 2012) und verschiedene Meinungen ernst zu nehmen (Locke, 2012). Dennoch geht die Bewegung selbstverständlich oft den Weg der Empörung und polarisiert mit Schlagwörtern oder Parolen, beispielsweise: *“Diese Revolution wird nicht privatisiert,”* *“Wenn die Welt eine Bank wäre, hätten wir sie längst gerettet,”* *“99% besetzen die Welt - erwartet uns”* (OccupyDeutschland, <http://www.occupydeutschland.de/bilder.html>). Es mag sein, dass eben diese vagen Forderungen das hohe Mobilisierungspotential von Occupy ausmachen.

Durch ihre hohe Offenheit identifizierten sich auch Bündnisse wie Attac, Parteien wie die Linke oder Gewerkschaften mit der Bewegung. Innerhalb der Bewegung selbst blieben jedoch jegliche Organisationssymbole verboten. Der Bürger tritt also tatsächlich nur als Einzelperson statt als Repräsentant auf (Mörtenböck & Mooshammer, 2012). Auch die Organisationsform der Bewegung selbst bricht eindeutig mit traditionellen politischen Strukturen. Eine hierarchielose Ordnung soll eine absolute Gleichwertigkeit aller Teilnehmer garantieren. Dies zeichnet sich ganz besonders in der Abwesenheit jeglicher Führungspersonen oder gar fester Sprecher der Bewegung aus (Roth, 2012). Stattdessen organisiert sich Occupy von Anfang an über die Aufgabenverteilung in Arbeitsgruppen (Kraushaar, 2012). Am Ende eines Tages findet im Camp jeden Abend die General Assembly statt, bei der mit allen Teilnehmern aktuelle Themen diskutiert und verabschiedet werden. Der egalitäre Ansatz spiegelt sich auch hier wieder: Eine große Zustimmung der Gruppe wird so beispielsweise durch Fingerwedeln kommuniziert (*“Im Porträt: Der Occupy Aktivist. Der Maskenmann,”* 2011). Das human microphone, welches sich ursprünglich aus der Not abwesender Lautsprecher heraus entwickelte, wurde ebenfalls zum festen Ritual. Hierbei wird das von einer Person gesagte von allen Anwesenden wie-

derholt (*Bürgerbeteiligung 3.0 : zwischen Volksbegehren und Occupy-Bewegung / Oekom e.V. - Verein für Ökologische Kommunikation (Hrsg.). Mithrsg. vom Wissenschaftlichen Beirat des BUND, 2011*), was zusätzlich ein aktives Zuhören und Verstehen des Gesagten, ebenso wie eine ernstes Herangehen an jeden Beitrag signalisiert. Diese Eigenschaften demonstrieren die Unabhängigkeit der Bewegung von Institutionen, Gruppen oder Strukturen.

Dass Occupy nicht nur mittels Protest Kritik übt, sondern auch ein eigenes ideales Gesellschaftsmodell vorlebt lässt sich weiter daran festmachen, dass in dem Camp tatsächlich eine Gemeinschaft entstand, die sich zumindest am Anfang selbst versorgte und verwaltete. Im Frankfurter Camp stand so beispielsweise eine gemeinsame Küche für die tägliche Versorgung der ca. 200 Teilnehmer bereit, es bildete sich ein hauseigener Friseur, der seine Dienstleistung bei Bedarf auch umsonst anbot, eine Gruppe sorgte für das friedliche Zusammenleben und die Sicherheit im Camp und die Bewegung stellte ein Informationszentrum für Interessenten bereit (Becker, 2012). Es entsteht den Beschreibungen nach so eine geschlossene Gemeinschaft, die sich neue Regeln des gesellschaftlichen Lebens und der politischen Entscheidungsfindung selbst setzt.

Monatelang polarisierte die Bewegung mit ihrer Besetzung öffentlicher Orte in einzelnen Städten. Während sich Politiker und Bürger positiv wie negativ äußerten und die Aktivisten teilweise wohlwollend von Autoritäten geduldet wurden, war eine Auflösung der Besetzungen auf lange Sicht unausweichlich. Das Ursprungs-Camp in New York wurde bereits Anfang November 2011 von Stadt und Eigentümer geräumt (Gerbaudo, 2012). Die meisten weiteren Camps wurden aufgrund den mangelhaften Hygienezuständen oder Bedenken der Eigentümer der besetzten Plätze Anfang 2012 schließlich geräumt (Maak, 2012; Zschke, 2012; "Zeltlager in Washington geräumt: Occupy Bewegung in den Vereinigten Staaten beendet," 2012). Auch das Frankfurter Camp wurde am 06.08.2012 geräumt ("Nach Gerichtsentscheid: Polizei räumt Occupy-Camp in Frankfurt," 2012), nachdem Occupy die Kosten für Müllentsorgung und Wasserversorgung nicht mehr tragen konnte ("Occupy zahlt Rechnungen nicht: Besetzer haben 22.000 Euro Schulden," 2012) und zunehmend Externe wie Obdachlose und Roma-Familien das Camp heimsuchten, was Zweifel am Protestcharakter der Besetzung hervorrief ("Occupy-Camp kaum noch politischer Protest," 2012). Die Bewegung selbst kündigte trotz Verlusts ihres Hauptstandortes die Fortführung seiner Aktivitäten an (Koch, 2011). Die Frankfurter Gruppe plant so bei-

spielsweise eine Wiederholung der bereits 2012 durchgeführten großen Blockupy Demonstration im Mai 2013 (I2: 44). Die wissenschaftliche Debatte jedoch bezweifelt ein Überleben der Bewegung über die Besetzung hinaus (z.B. Kraushaar, 2012; z.B. Mörtenböck & Mooshammer, 2012; z.B. Roth, 2012).

3.2. Methoden und Vorgehen der Analyse

Mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Occupy-Bewegung untersucht diese Arbeit genau diejenige Gruppierung, die große Unzufriedenheit mit Politik, Wirtschaft und Gesellschaft äußert und gleichzeitig eine deutlich distanzierte Position zum politischen System bezieht. Dennoch weist die Bewegung durch die Vielzahl an angesprochenen Themen und Offenheit für verschiedene Standpunkte und Anliegen eine ausreichende Meinungsheterogenität auf.

Aus diesem Grund wurde zur Untersuchung nach neuer Auffassungen vom Verhältnis zwischen Bürger und Staat auf die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Occupy-Bewegung zurück gegriffen. Zur Akquise von Interviewpartnern wurden die E-Mail Adressen auf den Homepages sowie die Profile auf Facebook der Occupy-Bewegungen in Frankfurt, Hamburg, Hildesheim, Freiburg, Flensburg, Karlsruhe, Kassel, Mannheim, München, Wiesbaden, Bonn, Berlin, Regensburg, Düsseldorf, Aachen und Köln genutzt. Bei der Suche nach Interviewpartnern fiel die gemischte Reaktion der TeilnehmerInnen auf. Während viele offen reagierten, traten einige dem Vorschlag mit Skepsis entgegen und empörten sich gar darüber, kein Studienobjekt sein zu wollen.

Die Untersuchung fand mittels eines problemzentrierten Leitfadeninterviews zwischen dem 14. - 25. März 2013 statt. Ziel der Interviews war es, die Ursache für die Unzufriedenheit der Aktivisten zu erfahren und aus diesen ihre normative Vorstellung des Verhältnisses zwischen Bürger und Staat herauszuarbeiten. Diese sehr abstrakte Vorstellung erfordert ein offenes Gespräch mit dem Interviewpartner, bei dem er seine Antworten und Vorstellungen in einen Kontext setzen kann. Wie bereits einleitend erwähnt beruht das Staatsbürgerkonzept grundsätzlich auf der Staatsphilosophie des Einzelnen, weshalb eine ganzheitliche Vorstellung des politischen Systems mit besonderem Schwerpunkt auf der Rolle des Bürgers relevant ist. Weiterhin basiert die vorliegende Arbeit nicht auf der Validierung einer bereits erarbeiteten Theorie, sondern soll die ersten wichtigen Punkte einer möglichen neuen Theorie

herausarbeiten. Unter diesen Umständen eignet sich ein qualitatives Vorgehen zur Untersuchung besonders gut. Ziel ist das Festlegen neuer Ansätze, von denen aus künftige Staatsbürgertheorien denkbar sind.

Mit den fünf Teilnehmern wurden jeweils zwei Gespräche geführt. Das erste diente dem Klären der Rahmenbedingungen des Interviews, einem ersten Kennenlernen und dem Aufbau von Vertrauen. Beim zweiten Gespräch fand das Interview selbst statt, welches circa 30 Minuten dauerte. Die Interviews deckten die Kernbereiche Staatsbürgerdefinition, Kapazität und Qualität des Staats, individuelle Freiheit und Erfüllung sowie Gesellschaft und Identifikation ab. Um die Aussagen auch im Kontext der Beteiligung bei Occupy verstehen zu können, zielten Einstiegs- und Abschlussfragen auf das Engagement bei Occupy und die Zukunftsperspektiven der Bewegung ab (s. Interviewleitfaden).

Während sich insgesamt acht Männer freiwillig für ein Interview meldeten, fiel auf, dass keine persönliche Rückmeldung durch Frauen erfolgte. Erst auf Anfrage über Occupy Hamburg konnte eine Frau für ein Interview gewonnen werden, was die ungleichmäßige Verteilung von vier Männern und einer Frau unter den Interviewpartnern erklärt. Die Interviewpartner sind zwischen 29 und 54 Jahre alt, wobei außer dem 29-jährigen Teilnehmer alle über 40 Jahre alt sind. Berufe und Bildungsabschlüsse dagegen sind breit gestreut, unter den Teilnehmern sind zwei Handwerker, ein Sozialarbeiter, ein Frührentner und ein Arzt. Auch geographisch sind die Teilnehmer über Deutschland hinweg verteilt und kommen aus Frankfurt, Hamburg, Kassel, Köln und München. Zwei Teilnehmer waren an den Protesten in Frankfurt beteiligt. Es lassen sich so zwei unterschiedliche Perspektiven auf dieselbe Protestgruppe interpretieren. Die Mitgliedschaft in anderen Verbänden fällt beim Vergleich der Teilnehmer sehr unterschiedlich aus. Eine Teilnehmerin nahm nach ihrem Parteiaustritt aus Bündnis 90/Die Grünen keine feste Mitgliedschaft mehr auf. Stattdessen engagiert sie sich auf unregelmäßiger Basis beim globalisierungskritischen Bündnis Attac; ein weiterer Teilnehmer ist unverbindlich bei der Organisation Echte Demokratie Jetzt aktiv. Ein weiterer Teilnehmer ist Mitglied in politischen Verbänden, die anderen zwei Teilnehmer engagierten sich vor der Teilnahme bei Occupy zumindest nicht aktiv politisch.

Es fällt also durchaus auf, dass trotz des hohen Interesses am Weltgeschehen und ihrem durchweg breitflächigen Engagement bei Occupy relativ wenige der Teilnehmer institutionalisierte Formen politischer Beteiligung aufgesucht haben. Zur Teil-

nahme am Interview war durch die erfragte Rückmeldung durchaus ein gewisses Maß an Eigeninitiative der Interviewpartner nötig, weshalb sicherlich vor allem diejenigen sich bereit erklärten, die konkrete Vorstellungen, ein hohes Selbstbewusstsein und besonders großes Engagement haben. Eine möglichst konkrete und kohärente Vorstellung eines Staatsbürgerverständnisses sowie ein besonders großes Engagement durch hohe Unzufriedenheit waren allerdings Kriterien für die Auswahl des Fallbeispiels, weshalb diese Eigenschaften der vorliegenden Analyse eher dienen als sie einzuschränken.

Alle Interviews wurden transkribiert und anschließend mittels der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring ausgewertet. Die einzelnen Schritte beinhalten die Zusammenfassung der Interviews, die Explikation der Aussagen mit enger Kontextanalyse und die inhaltliche Strukturierung des Materials (Mayring, 2003). Die Ergebnisse der Interviews wurden entsprechend der Antworten in die Kategorien Institutionenkritik, politische Entscheidungen, Öffentlichkeit und Freiheit aufgeteilt. Alle vier sollen auf eine Definition des Staatsbürgerbegriffs angewandt werden, weshalb diese Kategorie nicht noch einmal auftaucht. Auf Grundlage der Analyse wurden die Ergebnisse nach ihrer Relevanz ausgewertet und abschließend diskutiert.

4. Analyse: Alle Macht geht vom Volke aus

“Die innere Unruhe über gesellschaftliche Missstände darf, muss auf die Straße getragen werden. Solche Unruhe ist Bürgerrecht und Bürgerpflicht” (“Das Grundgesetz gilt auch in Frankfurt,” 2012).

Im Folgenden werden die Ergebnisse der qualitativen Leitfadeninterviews analysiert. Der Schwerpunkt der Analyse liegt auf den Aussagen zum Verhältnis zwischen Bürger und Staat. Es werden sowohl Bewertungen der Teilnehmer zur Rolle des Staatsbürgers im aktuellen politischen System als auch normative Vorstellungen verarbeitet. Vor allem soll sich daraus ergeben, auf welchen Schwerpunkten das Staatsbürgerideal der Beteiligten beruht, so dass die anschließende Diskussion mögliche Ansätze eines neuen Staatsbürgerbegriffs aufgreifen kann. Nichtsdestotrotz steht fest, dass aufgrund des begrenzten Umfangs dieser Arbeit und somit auch der begrenzten Zeit für die Interviews in der Erhebung nur einige Teildimensionen des Staatsbürger-Seins behandelt werden können.

Hierzu werden zunächst die Ansprüche der Befragten an den Staat behandelt. Es wird herausgearbeitet, welche Aufgaben dem Staat zufallen und wie die Befragten deren Erfüllung im aktuellen politischen System bewerten. Im Gegenzug dazu wird im nächsten Teil auf die Aufgaben des Bürgers im Staat eingegangen. Hierbei wird vor allem das Verhältnis zwischen Gesellschaft und Politik herausgearbeitet. Da in diesem Teil vor allem die Aufgaben des Bürgers für die Gemeinschaft im Mittelpunkt stehen, wird im nächsten Teil auf individuelle Freiheiten, Autonomie und das Erlangen des persönlichen Glücks eingegangen. Am Ende der Analyse steht ein gesamtgesellschaftliches Ideal, bei der vor allem unterschiedliche Solidaritätsvorstellungen eine Rolle spielen.

Ziel dieses Teils ist es so, die Ergebnisse der Interviews zusammenfassend darzustellen und so die in den Interviews dargestellten Forderungen zu systematisieren. Eine Interpretation, die über die Darstellung hinausgeht und zu Ansatzpunkten eines Staatsbürgerverständnisses führt, wird erst im folgenden Diskussionsteil unternommen.

4.1. Ansatzpunkt: Die Aufgaben von Staat und Institution

Mit ihrer Kritik an der Macht der Finanzmärkte wurde die Occupy-Bewegung ursprünglich berühmt. Es ist so kaum überraschend, dass vier der Aktivisten direkt Kritik am Einfluss der Wirtschaft- und Finanzwelt auf die Politik üben. So wird beispielsweise angeführt, dass die Politik sich aktiv Wirtschaft und Kapital unterwirft (z.B. I1: 60 f.; z.B. I2: 215 f.) und dass Politiker eher Lobbyisten als die Mehrheit der Bürger bedienen (I1: 228 ff.).

“Nun, es liegt ja auf der Hand, (...) dass unsere Politiker das Spiel der Finanzmärkte und Großindustrie spielen und die Bevölkerung nicht mehr vertreten.” (I1: 60 ff.)

Politiker treffen dieser Interpretation nach bewusst Entscheidung zu Gunsten der liberalisierten Wirtschafts- und Finanzmärkte und handeln dadurch oftmals zu Ungunsten der Bevölkerung. Interessant ist die Feststellung, dass das politische System aus diesem Grund seine Funktion als Repräsentationsmechanismus der Bürger nicht mehr erfüllen kann. Die Beobachtung, dass sich Repräsentanten dem Markt unterwerfen deutet darauf hin, dass sie einen Teil der ihnen verliehenen politischen Macht freiwillig abgeben.

Die Probanden machen diese Machtverschiebung unter anderem daran fest, dass der Markt Aufgaben übernimmt, die eigentlich dem Staat zugeschrieben sind (z.B. I2: 181). Zu diesen Aufgaben zählen unter anderem die Garantie der inneren und äußeren Sicherheit sowie der Grundversorgung, beispielsweise mit Wasser und Energie (I2: 170). Außerdem wird die Rolle des Staates darin gesehen, die sozio-ökonomische Grundversorgung der Bürger sicher zu stellen, was vorrangig durch Umverteilung geschehen soll. Auch diese Aufgabe sehen die Befragten im Moment unzureichend wahrgenommen (z.B. I4: 185; z.B. I5: 185; z.B. I2: 187).

Die Verschiebung öffentlicher Interessen ins Private stellt für einen Probanden die Politisierung aller Lebensbereiche dar, denn er beklagt die Allgegenwärtigkeit einer liberalen Doktrin, von der Politik bis hin zur Kindererziehung oder zu privaten Kaufentscheidungen (I3: 58 ff.). Zusätzlich fallen viele bürokratische Detailregelungen an, die eine unnötigen Komplexität und Einschränkung der Handlungsfreiheit des Bürgers im Alltag zur Folge haben (I3: 260 ff.). Hier werden also zwei Aspekte der politischen Entwicklung angesprochen: Zum einen geht es um die Privatisierung staatlicher Aufgaben, die zu einer liberalen Denkweise in

selbst denjenigen Lebensbereichen führt, die vom Staat unberührt bleiben sollten. Zum Zweiten führen Verflechtungen der Politik mit der Privatwirtschaft zu einer hohen Komplexität, die die Handlungsfreiheit des Bürgers beschränkt und ihn in eine Abhängigkeitssituation gegenüber Politik und Wirtschaft versetzt. Dies ist vor allem dahingehend bedeutend, dass das politische System nicht als liberal beurteilt wird, da der Neoliberalismus³ eine allumfassende Doktrin ist, welcher der Einzelne sich anpassen muss und die ihm so die Wahlfreiheit seines eigenen Lebensstils nimmt.

Die Probanden sind sich einig, dass nicht nur der Einzelne sondern auch die Politik dadurch ihre Entscheidungsmacht verliert. Statt dass politische Handlung dem Allgemeinwohl zu Gunsten kommt, bedient sie vor allem diejenigen Bürger oder Gruppen, die besonders kapitalstark sind (I4: 216 ff.). Zusätzlich stellen drei der Teilnehmer fest, dass zwischen den von der Politik angebotenen Alternativen kaum ein Unterschied besteht. Vorrangig wird hierfür die Parteienpolitik verantwortlich gemacht (I2: 289 ff.; I1: 79 ff.). Den Teilnehmern fällt also auf, dass die Parteien immer weiter zusammenrücken und sich somit für den Bürger die Möglichkeiten verschmälern, mit seiner Stimme etwas an der Politik zu verändern. Es werden so Zweifel am grundsätzlichen Konzept der Parteipolitik laut, die lediglich das Wählen eines Gesamtpakets erlaubt (I5: 144). Ein Bürger kann so seine Partikularinteressen nicht verwirklichen.

Gleichzeitig haben die Probanden keinen Bezug zu gewählten Repräsentanten und stehen ihnen sehr misstrauisch gegenüber. Unter anderem wird angebracht, dass Politiker die Realität nicht widerspiegeln (I3: 100 ff.), gesetzwidrig handeln (I1: 125) und unaufrichtig sind (z.B. I5: 113; z.B. I1: 119). Ein Proband beschimpft Politiker und die Polizei geradeheraus und nimmt damit noch entschiedener Abstand von ihnen (I3: 26; I3: 154 ff.). Mit der *“Willkür von einer Elite, die sich politisch nennt”* (I1: 98 f.) werden politische Entscheidungen verglichen. Damit werden den Repräsentanten politische Motive komplett abgesprochen. Stattdessen sind sie reine Machteliten, was das Verfolgen eigener Interessen statt dem Gemeinwohl impliziert.

Ein weiterer Grund dafür, dass den Probanden der Bezug zur Politik fehlt, liegt in der wahrgenommenen Undurchsichtigkeit politischer Entscheidungen. Alle wün-

³ Der Interviewpartner hat Neoliberalismus nicht definiert, man kann seine Aussagen aber eher mit grundsätzlicher wirtschaftlicher Liberalisierung verbinden.

schen sie sich eine transparentere Politik, wobei genannte Beispiele die Angebote zu Rentenversicherungen der Banken (I2: 315), große Infrastrukturprojekte (I1: 125) oder Verträge des Staates mit Privatunternehmen im Fall von Public-Private-Partnerships (I2: 142) umfassen.

Eine entscheidende Rolle bei der Herstellung von Transparenz spielt für die Probanden die öffentliche Debatte in den Medien. Vier der Teilnehmer messen den Medien eine bedeutende Rolle im politischen Meinungsbildungsprozess zu und drei von ihnen merken an, dass sie unzufrieden mit einer einseitigen Medienberichterstattung sind. Die Berichterstattung wird als falsch (I5, 125 ff.), zensiert (I3, 400 ff.), und als *“Gehirnwäsche”* (I2: 252 ff.) beurteilt. Alle verleihen dem Wunsch nach einer breiter gefächerten Medienberichterstattung den Ausdruck, die eine Meinungsvielfalt widerspiegelt. Diese Kritik kann so verstanden werden, dass die Medien ihre Rolle als Kontrollorgan gegenüber der Politik nicht erfüllen und so kaum eine kritische Debatte entsteht.

Insgesamt zeichnet sich also eine Privatisierung öffentlicher Interessen seitens des Staats ab. Dies führt zu einer Dominanz liberaler Denkmuster in privaten Lebensbereichen wie Erziehung und Bildung. Politische Repräsentanten bedienen dadurch hauptsächlich wirtschaftliche Eliten und haben selbst keinen Bezug zur Lebenswelt der Bürger. Für die Mehrheit der Bürger bleiben politische Entscheidungen intransparent, was unter anderem an der mangelhaften Medienvielfalt liegt. Die Entscheidungsmacht der Bürger wird durch ihre mangelnde Informationsbasis, eingeschränkte Entscheidungsalternativen und eine hohe Komplexität verringert.

All diese Punkte machen deutlich, dass die Aktivisten den Staat als solches als gescheitert betrachten. Für sie bringt er vorrangig Eliten hervor, lässt sich für die Finanzwirtschaft instrumentalisieren und nimmt seine Aufgaben nicht wahr. Der Staat repräsentiert für einen Befragten keine demokratischen Grundsätze mehr (I1: 93.). In keinem Aspekt des Staates finden sie ein Entgegenkommen der Politik. Dementsprechend stellen viele von ihnen Forderungen, die das Entstehen eines neuen Systems erfordern. Über die Forderung nach Transparenz hinaus werden außerdem keine konkreten Forderungen an den Staat laut.

4.2. Politik ohne Staat: Vergesellschaftung und Ermächtigung des Bürgers

Der vorhergehende Teil hat gezeigt, dass die Aktivisten sich vom Staat keine Verbesserung der aktuellen Situation erhoffen. Um die Fehler im System aufzuheben, wünschen sie stattdessen eine komplette Systemreform. Dabei schlagen drei der Befragten explizit eine Umverteilung von Macht auf die Gesellschaft vor, wobei ihre konkreten Vorstellungen relativ weit auseinandergehen (z.B. I1; z.B. I4; z.B. I5).

Eine angebrachte Möglichkeit der Machtverschiebung liegt in der Einführung flacher Hierarchien in politischen Entscheidungsstrukturen (z.B. I1; z.B. I3; z.B. I5). Drei der Befragten haben Sympathien für Ideen und Anliegen, die von unten aus der Gesellschaft heraus entstehen. Hierbei nennen die Befragten bereits sehr konkrete Lösungsvorschläge, so zum Beispiel das Herausbilden einer Basisdemokratie, welche durch unfeste staatlichen Strukturen ermöglicht wird (I1: 97 ff.), das Einsetzen von Bürgerkonventen, deren Teilnehmer in einem Rotationsprinzip festgelegt werden (I3: 285 ff.) oder das Hervorbringen politischer Veränderungen durch Graswurzelbewegungen⁴ (I5: 141 f.). Gemein ist diesen Vorschlägen die Tendenz zu einem starken Bürger im Staat, der sich auf fester Basis bei politischen Entscheidungen mit einbringt.

Die Probanden bringen dabei auch Voraussetzungen für eine größere Bürgerteilnahme an. Ein wichtiges Element dieser Ermöglichung ist dabei zunächst ein besserer Informationszugang der Bürger.

“wenn man (...) eine größtmögliche Transparenz herstellen würde, dann denke ich würde einmal das politische Engagement der Bürger wachsen.” (I2: 157ff.)

Wer sich im politischen Prozess besser auskennt, wird dabei automatisch zu mehr Teilhabe angeregt. Dies geht einher mit dem Wunsch nach mehr Transparenz und einer umfassenderen Medienberichterstattung im vorherigen Teil. Für einen Probanden reicht die Transparenz seitens der Politiker jedoch nicht aus und er fordert die Absicherung durch Expertengruppen. Als vierte Säule neben Exekutive, Legislative und Judikative soll die Expertise eingeführt werden, innerhalb derer unabhängige Experten Gutachten für politische Fragestellungen abgeben und sie dem Volk

⁴ Eine Graswurzelbewegung wird definiert als soziale Bewegung aus der Gesellschaft heraus entsteht und noch keine institutionalisierte Strukturen hat. (Röbke, 2008)

zur Debatte stellen. Damit soll sichergestellt werden, dass politische Teilhabe auf einer korrekten Informationsgrundlage beruht (I1: 102 ff.).

Eine weitere Voraussetzung für mehr Teilhabe liegt für die Probanden in der Möglichkeit, öffentliche Diskussionen zu führen. Beispielsweise wird dabei die Idealvorstellung eines Dorfs angebracht, in dem alle Bürger bei einer wöchentlichen Versammlung gemeinsam Beschlüsse fällen. Insgesamt steht die Hoffnung im Mittelpunkt, dass alle Bürger öfter *“auf der Straße”* miteinander diskutieren und so die Vielfalt an debattierten Themen verbreitert wird (I3: 155 ff.). Zudem ermöglicht die offene Diskussion einen effektiveren Minderheitenschutz, da individuelle Hintergründe und Beweggründe offengelegt und somit nachvollziehbar werden. Sie können so in politische Entscheidungen übersetzt werden (I5: 376 ff.).

Ein höherer Öffentlichkeitscharakter der Politik bringt so zwei Vorteile mit sich: Zum einen werden dabei diejenigen Themen behandelt, die den Menschen am wichtigsten sind. Zum anderen erlaubt der offene Austausch miteinander, dass sich die Vielfalt der Gesellschaft auch in politischer Debatte widerspiegelt. Diese Hoffnung entspricht einem egalitären Ansatz der Gleichheit in der politischen Debatte. Er kann als Lösungsmöglichkeit für die im vorherigen Teil angesprochene Kritik einer Herrschaft durch Eliten gesehen werden. Die Befragten sehen in der Öffnung politischer Diskussion darüber hinaus also eine Zunahme an Gerechtigkeit und erhoffen sich, dass das Gemeinwohl dadurch im Mittelpunkt der Politik steht.

Es zeigt sich jedoch, dass die Beteiligten nicht nur aus schlichter Skepsis gegenüber etablierter Strukturen und durch Zweifel an der Kompetenz von Politikern heraus eine größere Teilhabe des Bürgers wünschen. Vielmehr geht es ihnen um die grundsätzliche Richtigkeit der Mit-Herrschaft des Bürgers:

“Im Endeffekt ist die Demokratie immer so stark wie ihre Mitglieder” (I3: 203)

Der aktive Bürger ist ein integres Element der Demokratie, ohne welches sie nicht auskommt. Außerdem klingt an, dass der Bürger die Qualität des Staates weitestgehend bestimmt. Dennoch wird die Schuld für eine mangelnde Beteiligung selten beim Bürger selbst gesucht. Nur einmal wird die Dummheit des Einzelnen als Grund für Nicht-Beteiligung genannt (I3: 181). Darüber hinaus wird angebracht, dass die Befragten selbst keinen Weg gefunden haben, sich abseits von Parteien politisch zu engagieren (I5: 129 f.). Zusätzlich wiegt für die Probanden besonders

schwer, dass Menschen gesellschaftlich isoliert werden und so Angst vor politischer Beteiligung haben (I1: 68 ff.; I3: 183 f.).

Alle erwähnten Punkte zeigen Wege auf, den Bürger zur Teilhabe an politischen Prozessen zu qualifizieren. Zusätzlich dazu fällt jedoch auf, dass die Gesellschaft als solches vermehrt Schauplatz für Politik werden soll:

“dafür braucht es keine Institution um denen [den Lebensgemeinschaften] diese Kraft zu geben. Man muss die im Grunde einfach nur in Ruhe lassen.” (I5: 170ff.)

Auf verschiedenen Wegen soll ein aktives gesellschaftliches Leben die Ermächtigung des Bürgers unterstützen. Staatliche Institutionen spielen dabei lediglich insofern eine Rolle, als dass sie die Gesellschaft ermächtigen müssen.

Die systemkonformste Vorstellung einer solchen Ermächtigung liegt dabei in der vermehrten Förderung von Kultur und gesellschaftlichem Austausch. Auch hier wird die Vorherrschaft des Kapitals dafür verantwortlich gemacht, dass staatliche Investitionen gesamtgesellschaftliche Projekte vernachlässigen (I4: 233 ff.). Der Schwerpunkt dieser Forderung liegt auf der Möglichkeit, gesellschaftlichen Austausch und politische Debatte auch außerhalb fester Strukturen regelmäßig zu praktizieren und sie gar mit einer Freizeitaktivität zu verbinden.

Zwei weitere Probanden gehen bei ihren Wünschen zur Ermächtigung der Gesellschaft so weit, dass sie die Auflösung des Staates fordern. Zum einen wird darin der Strukturwandel der Gesellschaft hin zu einer *“Gemeinwohlökonomie”* verstanden, womit vor allem das Gemeinwohl grundlegendes Ziel jeglichen Handelns werden soll. Politik und Wirtschaft werden hier lediglich als Teilaspekte der Gesellschaft gesehen, in welcher der Mensch vorrangig sein Leben organisieren soll (I1: 155 ff.). Als zweite Alternative wird vorgeschlagen, dass politische Entscheidungen von einzelnen Lebensgemeinschaften selbst getroffen werden. Innerhalb dieser selbstverwalteten Gemeinschaften sollen egalitäre Strukturen vorherrschen und so jedes Mitglied als gleich angesehen werden. Die einzelnen Gemeinschaften würden sich gegenseitig unterstützen und wären offen genug, um neue Mitglieder jederzeit aufzunehmen (I5: 163 ff.). Damit ist zum einen das normative Ziel politischen Handelns, nämlich die Orientierung am Gemeinwohl abgedeckt. Zum zweiten wird die normative Struktur der politischen Entscheidungsfindung durch Offenheit, Egalität und Selbstverwaltung charakterisiert.

Trotz eines relativ eindeutigen Wunsches nach einer Ermächtigung des Bürgers werden auch Vorbehalte solcher Modelle gegenüber angebracht. Diese liegen sowohl in der Umsetzungsbereitschaft durch die Politik als auch in der Umsetzungsfähigkeit der Bürger.

Zum einen wird ein bedeutendes Hindernis darin gesehen, dass eine Zunahme an Bürgerbeteiligung seitens der Politik nicht gewünscht ist (z.B. I1: 52 f.; z.B. I2: 259 f.; z.B. I3: 149 f.). Es wird angebracht, dass politische Institutionen gesellschaftlichen Strömungen hinterherhinken und sich deshalb der erwünschten Ermächtigung nicht widmen (P5: 378 f.). Hier geht es also um die Rigidität politischer Strukturen und ihre mangelnde Offenheit. Zum zweiten wird die Unmöglichkeit einer Mitbestimmung des Bürgers mit dem notwendigen Aufrechterhalten internationaler Handelsabkommen begründet (I3: 291 ff.). Die Erwähnung internationaler Verbindlichkeiten ist insofern interessant, als dass auf eine scheinbar unausweichliche Verpflichtung der Politik aufmerksam gemacht wird. Auch hier kommt also die eingeschränkte Bandbreite politischer Wahlmöglichkeiten zum Tragen.

Doch auch an der Möglichkeit der Bürger, in solch weitreichendem Umfang an politischen Entscheidungen beteiligt zu sein, zweifeln zwei Probanden. Im Zuge dessen werden die Vorteile eines repräsentativen Systems unterstrichen:

“man (...) muss dann eben eine Vertrauensperson finden wo man sagt, die vertritt in dem Moment die Meinung, so wenn der das sagt, dann find ich das auch oder so. Also man kann nicht alles entscheiden, wie soll denn das gehen? Ohne Arbeitsteilung geht hier doch gar nichts mehr.” (I4: 303 ff.)

Obwohl politische Prozesse gerechtere Ergebnisse für alle Teile der Bevölkerung erzielen sollen (I4: 257 f.), ist dem Befragten wenig daran gelegen, selbst an jeder Entscheidung beteiligt zu werden. Gründe, die gegen ein basisdemokratisches System sprechen, liegen für ihn in den begrenzten zeitlichen Kapazitäten der Bürger (I4: 282 ff.) und in ihrer mangelnden politischen Qualifizierung. Beispielhaft kritisiert er so, dass gerade innerhalb der Occupy-Bewegung Diskussionen oftmals schwer fielen, weil nicht alle Teilnehmer eine gute Bildung oder *“demokratische Kultur”* (I4: 264 ff.) haben. Weiter wird die Umsetzung hoher bürgerlicher Aktivität als schwierig empfunden, da der Mensch *“grundsätzlich faul”* sei (I3: 192).

Innerhalb dieser Argumentation werden nicht jedem die Qualitäten zugesprochen, die zur politischen Entscheidungsfähigkeit nötig sind. Insgesamt entsteht der Ein-

druck, dass es dem Probanden wohler dabei ist, wenn er primär seinem Leben und Beruf nachgehen kann und der Staat nach wie vor wichtige politische Entscheidungen für ihn trifft. Obwohl er Entscheidungen und Prioritäten der Politik kritisiert, möchte er die Verantwortung nicht an seine Mitbürger übergeben. Es lässt sich schlussfolgern, dass zum einen manche Menschen zur Politik besser qualifiziert als andere sind und sich der Proband zum anderen freier fühlt, wenn er seinen eigenen Prioritäten nachgehen kann.

Zusammenfassend beinhalten eine Vielzahl der hier geschilderten Ansätze die zunehmende Verankerung politischer Prozesse und Entscheidungen in der Gesellschaft und die Rückführung von Entscheidungsfreiheit zum Bürger. Dazu wird unter anderem eine neue Gesellschaftsstruktur mit basisdemokratischen Elementen vorgeschlagen, welche durch vermehrte öffentliche Diskussionen auf der einen Seite und die Wertschätzung und Befähigung des Einzelnen auf der anderen Seite erreicht werden soll. Mögliche Hindernisse eines solchen Systems liegen vor allem in der mangelnden Bereitschaft oder Wandlungsfähigkeit politischer Institutionen. Eine geringfügige Rolle spielt auch die mangelnde Qualifizierung des Bürgers zur Teilhabe. Für einen Probanden überwiegen hingegen die Vorteile eines repräsentativen Systems.

4.3. Das Wiedererlangen von Freiheit: Zwischen Moral und individueller Selbstbestimmung

Die bisherigen Überlegungen der Teilnehmer beleuchten ihre Kritikpunkte gegenüber politischen Institutionen und ihre normative Vorstellung eines guten politischen Systems. Dieses scheint tendenziell darin zu bestehen, den Staat zu entmächtigen und die Politik stärker in der Gesellschaft und damit unmittelbar beim Bürger zu verankern. Diese Vorstellung führt zu einem Grundkonflikt zwischen republikanischem und liberalen Verständnis zurück: Wie lässt es sich bewerkstelligen, dass sich der Einzelne innerhalb eines solchen Systems auch tatsächlich politisch einbringt? Während das republikanische Verständnis die Lösung unter anderem in bürgerlichen Pflichten sieht, hat dem liberalen Verständnis nach die Freiheit und Selbstbestimmung des Einzelnen Vorrang, weshalb lediglich eine Plattform für freiwilliges Engagement geboten werden soll. Im Folgenden sollen die Lösungsvorschläge der Aktivisten für diesen uralten Konflikt angerissen werden.

“Ein guter Staatsbürger ist erstmal ein freier Staatsbürger.” (I1: 179 f.)

Drei der Befragten nennen die Freiheit direkt im Zusammenhang mit Eigenschaften eines guten Bürgers und auch eines guten Staats. Ein Proband erwähnt explizit, dass er den Zwang in jeglicher Hinsicht vermeiden möchte, weshalb er sich gegen die Verpflichtung zu politischer Teilhabe ausspricht (I1: 195 ff.). Auch die Grenzen einer möglichst weitreichenden Freiheit des Einzelnen durch die Achtung der Rechte Dritter werden angesprochen (I5: 298 f.). Ein Proband lässt aus seiner Beschreibung eines guten Staatsbürgers noch eine weitreichendere Freiheit anklingen:

“Der nicht nervt, der nicht stresst und nicht meine Brieftasche klaut.” (I4: 342 f.)

Daraus lässt sich ableiten, dass er weitestgehend unbehelligt leben möchte und sich auch einer Verpflichtungen seiner Mitbürger gegenüber ungern unterstellen würde.

Die Ermöglichung der Freiheit sieht derselbe Proband als Aufgabe des Staates, indem er die Rahmenbedingungen für ein glückliches Leben schaffen soll. Besonders verpflichtet er den Staat zur Garantie der inneren und äußeren Sicherheit seiner Bürger, wobei er hierzu auch den Unterhalt eines weitreichenden Sozialsystems zählt (I4: 356 ff.). Für ihn ist es also der Staat, der durch die Sicherstellung von Grundversorgung auf der einen Seite und der Garantie von Rechten auf der anderen Seite die Freiheit des Einzelnen bewerkstelligt. Innerhalb dieser Auffassungen herrscht das Verständnis vor, dass Freiheit eben die Abwesenheit von Verpflichtungen darstellt. Der Staat fungiert dabei eher als Wahrer der Freiheit durch die Garantie von Rechten und durch die Bereitstellung eines Rahmens für ein glückliches Leben.

Andere Teilnehmer sehen dagegen in der Übernahme von Verantwortung einen Weg zum selbstbestimmten Handeln. Es wird herausgestellt, dass die Übernahme von Eigenverantwortung dazu den ersten Schritt darstellt (I5: 321 ff.). Fast alle Befragten wünschen sich eine Befähigung der Bürger zum selbstbestimmten Handeln innerhalb politischer Prozesse, sei es durch den Staat oder durch die Gesellschaft (z.B. I1: 63 ff.; z.B. I2: 245 ff.; z.B. I4: 295 ff.; I5: 173 ff.).

“Die meisten Menschen sind gar nicht dazu in der Lage, wirklich zu entscheiden, dass sie etwas zu entscheiden haben.” (I2: 250)

In erster Linie fehlt somit eine Befähigung des Einzelnen zur Selbstbestimmtheit, wofür die Befragten verschiedene Lösungen vorschlagen.

Dabei wird erwähnt, dass der Einzelne Freiheit erlangt, indem er Anerkennung und Gehör innerhalb der Gesellschaft findet (I1: 63 ff.). Innerhalb dieser Darstellungen wird das größte Hindernis zur Freiheitsfindung in der mangelnden Anerkennung von Individuen durch die Gesellschaft gesehen. Vor diesem Hintergrund hoffen die Befragten auf mehr gegenseitigen Respekt, gegenseitiges Zuhören (z.B. I3: 278 ff.), Offenheit und Vorurteilsfreiheit (z.B. I5: 285 ff.). Weiterhin bewirkt die Fragmentierung der Gesellschaft, dass dem Menschen eine eingeschränkte Bandbreite an Lebensweisen innerhalb seines eigenen Umfelds offen steht. Stattdessen soll die Gesellschaft eine Vielfalt an Möglichkeiten, Lebensweisen und Ansichten widerspiegeln, so dass der Mensch sich nicht dazu verpflichtet fühlt, sich einer bestimmten Gruppe anzupassen (I3: 336).

Allgemein wiegt die Verpflichtung zur Moral für fast allen Befragten relativ schwer. In diese Verpflichtung beziehen sie den Bürger, aber auch Wirtschaft und Politik mit ein. So wird beispielsweise erwähnt, dass die Politik zur Karrieremöglichkeit verkommen ist und darin hauptsächlich egoistische Karrierebestreben von Politikern einen Platz finden (I3: 100 ff.; I5, 111ff.). Zusätzlich wird das kapitalistische System als unmoralisch bezeichnet und im Rahmen dessen Besinnung auf Anstand in der Wirtschaft gefordert (I2: 217 ff.). Eine stärkere Moralität vor allem von Entscheidungsträgern soll hier zu einer moralischeren Gesamtkultur führen. Vor allem soll also ein moralisches Handeln des Einzelnen dazu führen, dass jeder von seiner Freiheit in vollem Maße Gebrauch machen kann.

Doch auch seitens des einzelnen Bürgers wird ein höheres Pflichtgefühl und die Übernahme von Verantwortung für die Gesellschaft als Ganzes gefordert. Die Befragten sehen die Übernahme von Verantwortung als Möglichkeit des Bürgers, die Gesellschaft aktiv mit zu gestalten und so sein Umfeld selbst zu bestimmen. Ausgedrückt wird dies in Forderungen von einer Aktivierung der Bürger bis hin zu einer politischen Verpflichtung des Bürgers zur politischen Teilhabe.

Zum ersten wird hier erwähnt, dass ein guter Bürger auch aktiv Ausschau nach Möglichkeiten halten soll, zur Gesellschaft beizutragen (z.B. I2: 385 ff.). Ganz besonders das freiwillige Leisten eines Beitrags zur Gesellschaft wird hierbei gewünscht:

*“Halt in dem Sinne, jeder macht das, was nötig ist und was er gut kann. (...)
Man soll nicht dafür mit Geld belohnt werden, dass man mehr arbeitet als ande-*

re sondern jeder sollte so viel arbeiten, wie er kann und wie es gebraucht wird auch.” (I5: 297 ff.)

Über die Freiwilligkeit hinaus gehen zwei Interviewpartner, die sich ganz konkret die Einführung einer Wahlpflicht wünschen (I2: 206 f.; I3: 176 f.). Das Zahlen von Steuern dagegen vermittelt dieser Auffassung nach den Eindruck, der Bürger habe seine Verpflichtungen gegenüber Staat und Gesellschaft bereits erfüllt (I2: 311 ff.). Der Staat hat hier die Funktion inne, dem Bürger Werte aktiv näher zu bringen.

Bildung und Sozialisation sollten die Vermittlung eigenverantwortlichen Handelns unterstützen, kommen dieser Aufgabe aber nicht nur unzureichend nach (I3: 288 ff.), sondern wirken ihr gar entgegen. Die Probanden beobachten, dass das aktuelle Bildungssystem eher einen Verlust von zwischenmenschlicher Kompetenz mit sich bringt:

“Erwachsene sind intellektuell geschult und emotional verödet. Die Kinder sind emotional wach und intellektuell noch nicht geschult.” (I2: 399 ff.)

Ausbildung und Sozialisation sorgen hier dafür, dass der Mensch seine natürliche Freiheit verliert. Stattdessen wird ein Ausbildungssystem gesucht, welches den natürlichen Zustand des Menschen erhält.

Mit dem Wunsch nach Freiheit sind hier also zwei verschiedene Verständnisse verbunden: Zum einen wird die Freiheit mit der Abwesenheit von Pflichten und dem sicheren Leben innerhalb eines vom Staat gesetzten Rahmens gesehen. Zum anderen wird Freiheit darüber erlangt, dass der Einzelne die Gesellschaft aktiv mitgestaltet. Hierbei sollen die Bürger zur Teilhabe befähigt werden, indem sie zur Moral erzogen werden, ihnen Verantwortungsbewusstsein übermittelt wird und sie in gewissem Maße gar zu politischem Engagement verpflichtet werden. Die Anerkennung durch die Gesellschaft und das Bildungssystem spielen hierbei eine große Rolle dabei, die natürliche Freiheit des Einzelnen zu unterstützen.

⁵ Natürliche Freiheit wird darin gesehen, dass der Mensch sich nicht einer Moralauffassung unterstellt, sondern er selbst bleibt und sich seinen Leidenschaften weitestgehend hingibt. (Van De Haar, 2009)

4.4. Eine starke Gemeinschaft: Innere und transnationale Solidarität

Entsprechend der Vorstellungen eines anständigen Miteinanders spielt auch die Gesamtgesellschaft eine bedeutende Rolle für das Verständnis des Bürgers im Staat. Entgegen aktueller Individualisierungstendenzen und einer Fragmentierung der Gesellschaft wird zunächst der Wunsch nach individueller Anerkennung und Sicherheit laut. Dieser wird aber auf sehr unterschiedlichen Wegen erreicht.

Beispielsweise sprechen drei der Teilnehmenden ihren Wunsch nach einem starken Gemeinschaftsgefühl an. Sie betonen vor allem den ordentlichen Umgang miteinander (z.B. I₃: 407 f.), eine stabile Gemeinschaft (z.B. I₃: 218 f.) und Zugehörigkeit innerhalb dieser Gemeinschaft (z.B. I₁: 168 f.).

“grundsätzlich ist der Einzelne ein Glied der Gesellschaft, ist eingebettet in die Gesellschaft (...). Die Gesellschaft besteht aus Individuen und jedes Individuum braucht die Gesellschaft.” (I₁: 170 ff.)

Für manche Probanden ist die Gesellschaft eine wichtige Bezugsgröße und das Individuum kann losgelöst von der Gesellschaft nicht existieren. Eine starke öffentliche Gemeinschaft steht hier im Zentrum der Forderung, was die Notwendigkeit einer Identifikation des Einzelnen mit dieser Gemeinschaft andeutet.

Andere Probanden hingegen schreiben die Vermittlung von Zugehörigkeit und Stabilität eher ihren privaten Kreisen zu. Für einen Probanden ist beispielsweise der Freundeskreis der vorrangige gemeinschaftliche Bezugspunkt (I₃: 233 f.), für einen anderen die Familie. Diese Einheiten dienen dazu, ein harmonisches Zusammenleben mit anderen zu ermöglichen und bieten darüber hinaus ein soziales Sicherungssystem (I₄: 324 ff.). Innerhalb dieses privaten Verständnisses von Gemeinschaft werden Zugehörigkeit und Sicherheit im Privatleben statt in der Gesellschaft als Ganzes gesucht.

Obwohl die Identifikation mit der Gemeinschaft für manche Probanden eine geringfügigere Rolle spielt, fordern vier der Teilnehmer eine vermehrte Förderung von sozialer Solidarität und gesellschaftlichem Zusammenhalt. In diesem Zusammenhang wird besonders das große Maß an Ungerechtigkeit, welches in der Regel mit einer Forderung nach Umverteilung von Reich nach Arm einhergeht (I₂: 327 ff.; I₁: 63 ff.). Zusätzlich soll ein vermehrter gesellschaftlicher Austausch gefördert werden, wie er bereits in Teil 4.2 zur Stärkung der Gesellschaft erwähnt wird.

Von zwei Probanden wird statt der nationalen eher die globale Ungerechtigkeit be-
dauert und dabei eine stärkere Solidarität mit der Weltgemeinschaft gefordert. Als
Beispiele werden hier Nahrungsmittelspekulationen westlicher Länder (I2: 259 ff.)
oder Asylpolitik (I5: 207 ff.) angebracht. Diese Solidarität gründet nicht nur auf dem
Gerechtigkeitsempfinden der Befragten, sondern auch auf ihrem Staatsbürger-
verständnis. So lehnen beide den Begriff Staatsbürger grundsätzlich ab, weil sie sich
dem Nationalstaat wenig verbunden fühlen (I5: 226 ff.; I4: 413ff.). Stattdessen wol-
len sie eher als Weltbürger oder loses Mitglied einer Gemeinschaft verstanden wer-
den und wünschen nicht über ihre Nationalität definiert zu werden. Beide berufen
sich im Lauf des Interviews darauf, dass sie auf lange Sicht ein Verschwinden des
Nationalstaates sinnvoll fänden, welcher durch eine internationale Ordnung ersetzt
würde (z.B. I5: 220 ff.; z.B. I4, 424 ff.).

Die Menschenrechte werden dabei von einem Probanden als relevante universale
Rechtsgrundlage betrachtet, die jedem Menschen ungeachtet der Nationalität inne-
wohnen. Ihre weltweite Verwirklichung ist Grundlage dieses gesellschaftlichen Ide-
albilds. Hierbei werden Nationalstaaten als künstlich erschaffene Konstrukte gese-
hen, welche zufällig oder durch Willkür entstanden sind (I5: 245 ff.). Damit ver-
vollständigt sich eine relativ kohärente Vorstellung eines globalen Ordnungssystems,
welche dem heutigen in nahezu keinen Aspekten mehr gleicht: Entscheidungen
werden per Selbstverwaltung innerhalb von Gemeinschaften gefällt, Staatsgrenzen
und Regierungen aufgelöst und überall auf der Welt herrscht ein ähnlicher Rechts-
schutz durch die Menschenrechte vor.

Auch innerhalb der Solidaritätsvorstellungen gehen so die Meinungen weit ausei-
nander. Einstimmig wird eine größere Gerechtigkeit vor allem in Verbindung mit
Umverteilung gewünscht. Manche Teilnehmer fordern hier eine stärkere Solidarität
innerhalb des Nationalstaats, während andere darüber hinausgehen: Sie wollen
weltweite Solidarität durch ein globales Ordnungssystem verstärkt etablieren.
Gleichzeitig hoffen manche Teilnehmer auf eine starke Bindung und Identifikation
durch die Gemeinschaft, während andere das Vermitteln von Anerkennung und
Zugehörigkeit eher als private Angelegenheit empfinden.

5. Ergebnisse: Das Staatsbürgerverständnis bei Occupy

„Die Occupy-Bewegung zeigt, wie Revolution im 21. Jahrhundert geht.“ (Roth, 2012, S.21)

Die vorhergegangene Analyse zeigt auf, welches die Prioritäten einer protestierenden Generation sind. Der rasante Wandel, mit dem die Politik innerhalb der letzten Jahrzehnte konfrontiert war, versetzt auch den Bürger heute in eine andere Position als beispielsweise zu Zeiten der Entstehung des territorialen Nationalstaats oder von Massendemokratien. Selbstverständlich geht mit diesem Wandel auch ein Wandel der Staatsbürgerschaft einher.

Die Analyse zeigt, dass sich zwar Kernbereiche auszeichnen, die für die Befragten wichtig sind, die Vorstellungen eines guten Staatsbürgers und dessen Rolle im Staat dennoch weit voneinander abweichen. Eine einheitliche Tendenz des Staatsbürgerverständnisses kann so nicht gefasst werden. In einem Versuch, aus den Aussagen der Probanden kohärente Staatsbürgerkonzepte abzuleiten, werden im Folgenden drei verschiedene Modelle vorgestellt.

Das erste Modell stellt eine Renationalisierung auf Grundlage einer weitestgehend liberalen Staatsbürgertheorie dar. Auch im zweiten Modell soll staatliche Handlungsmacht wiedergewonnen werden, jedoch geht dies mit einer Abschaffung des repräsentativen Systems einher. Hierbei werden liberale mit republikanischen Elementen miteinander kombiniert. Das dritte Modell erfordert eine komplette Abschaffung des territorialen Nationalstaats, dessen Aufgaben von selbstverwaltenden Gemeinschaften übernommen werden. Dieses Modell beruht auf der republikanischen Staatsbürgertheorie.

Bei der Darstellung werden für das jeweilige Modell folgende Fragen beantwortet: In welchem Verhältnis sollen Staat und Bürger laut dieser Stimmen zueinander stehen? Welche Rolle soll im Rahmen dieser Vorstellungen ein Bürger im Staat einnehmen?

5.1. Modell 1: Ein starker Nationalstaat

Trotz des großen Misstrauens gegenüber Politikern und institutionalisierter Politik sehen einige der Befragten Vorteile in einem repräsentativen System und befinden dessen Aufrechterhaltung als Möglichkeit, ihre persönliche Freiheit zu bewahren. Aus diesem Grund entscheiden sie sich für die Existenz politischer Strukturen, die die Interessen des Bürgers repräsentieren. Wie in der liberalen Staatsbürgertheorie soll der Bürger mit möglichst wenigen Einschränkungen konfrontiert werden. Da-

mit der Staat diese minimalen Einschränkungen aufrechterhalten kann, muss er seine politische Macht vollständig erhalten. Dies bedeutet eine Unabhängigkeit gegenüber Wirtschafts- und Finanzmärkten ebenso wie von internationalen Organisationen oder anderen Ländern. Zum einen müsste dieser Nationalstaat also besonders unabhängig von wirtschaftlichen Vertretern sein und Lobbyisteneinflüsse einschränken; stattdessen bleiben Wirtschaft und Politik komplett unabhängig voneinander. Der Konsequenz halber geht damit auch einher, dass der Staat nicht in den Markt eingreift. Zum anderen müssten internationale Abhängigkeiten gemindert werden. Dies macht beispielsweise die volle Mitgliedschaft in der Europäischen Union und Handelsabkommen mit anderen Ländern kaum mehr umsetzbar. Diese Forderung ist im Angesicht der momentanen Währungskrise der Europäischen Union zusätzlich attraktiv.

Die sozio-ökonomischen Nachteile, die dadurch für manche Bevölkerungsgruppen entstehen werden durch einen Ausbau der sozialen Rechte ausgeglichen. In Marshalls Sinne dient die liberale Staatsbürgerschaft hier als Mittler zwischen wirtschaftlicher Freiheit und sozialer Sicherheit (Susen, 2010).

Die Unabhängigkeit der Politik würde ihr ermöglichen, die eigenen Entscheidungsmöglichkeiten zu verbreitern und dem Bürger tatsächliche Wahlalternativen zu bieten. Gewählte Repräsentanten sollen dabei einige normative Idealvorstellungen erfüllen: Sie verpflichten sich bei ihren Handlungen dem Allgemeinwohl, haben Bezug und Einsicht in die Lebenswelt der Bürger und sind ehrlich und aufrichtig. Hier werden also eher republikanische Elemente zu einem moralischen Verhalten angebracht, die allerdings auf politische Entscheidungsträger beschränkt sind.

Ähnlich der Vorstellung im liberalen Modell ist Vielfalt in diesem Modell erwünscht und es obliegt dem Staat, sie zu ermöglichen. So fördert er zivilgesellschaftliche Aktivität und Möglichkeiten des gesellschaftlichen Austauschs und Miteinanders. Der Bürger soll dadurch die Möglichkeit haben, sich gesellschaftlich oder politisch zu engagieren.

Inwieweit jedoch ein Leben in der Öffentlichkeit oder eine Beteiligung stattfinden soll, obliegt dem einzelnen Bürger. Seine Freiheit besteht darin, dass der Staat ihm viele Möglichkeiten eröffnet, so dass unterschiedliche Bürger ihre ebenso unterschiedlichen Vorstellungen eines guten Lebens ausführen können. Eine Identifikation des Bürgers mit der Gesamtgesellschaft muss nicht zwingend bestehen. Aner-

kennung und Sicherheit findet er vorrangig innerhalb seines Privatlebens. Als Bürger wird er auch anerkannt, wenn er keine gesamtgesellschaftliche Verantwortung übernimmt. Dieses negative Freiheitsverständnis, welches in der möglichst weitreichenden Abwesenheit von Beschränkungen und Hindernissen liegt, entspricht dem liberalen Freiheitsverständnis.

Ähnlich der Vorstellung im liberalen Modell soll Politik kritisch hinterfragt werden. Politische Prozesse werden dazu transparent gestaltet und sind so für den Bürger jederzeit kontrollierbar. Ein kritisches Hinterfragen der Politik wird zusätzlich durch eine unabhängige und ideologisch vielfältige Medienlandschaft sichergestellt. Damit die Kontrollfunktion des Bürgers erfüllt wird, muss dieser im Rahmen seiner Bildung zu unabhängigem und kritischem Denken erzogen werden, was das Entwickeln eigener Wertesysteme mit sich bringt. Abgesehen davon soll er so weit wie möglich seine natürliche Freiheit erhalten.

Innerhalb dieses Modells ist somit ein unabhängiger, starker Nationalstaat die Lösung für die angebrachten Probleme. Der Staat sorgt für soziale Gleichheit, welche dem Bürger so viele Möglichkeiten der Selbstverwirklichung wie möglich bietet. Dabei steht der Bürger in keiner Bringschuld, sondern soll sein eigenes Wertesystem entwickeln. Auf Basis dessen kann er staatliche Handlungen unabhängig beurteilen und kritisch hinterfragen. Dieses Modell gründet also auf dem liberalen Staatsbürgergedanken, wobei der Nationalstaat zu dessen Umsetzung seine Macht wiedererlangen muss. Als einziges republikanisches Element des Modells werden moralische Ansprüche an gewählte Repräsentanten gestellt, die sich einzig und allein in die Dienste der Bürger stellen und im Sinne des Gemeinwohls handeln.

5.2. Modell 2: Eine Basisdemokratie

Auch im zweiten Modell soll der Staat auf gleichem Wege seine Unabhängigkeit gegenüber der Wirtschaft und der internationalen Ordnung behaupten. Wie im ersten Modell soll so bewerkstelligt werden, dass breite politische Entscheidungsalternativen tatsächlich zur Debatte stehen. Alltägliche politische Entscheidungen werden jedoch nicht durch gewählte Repräsentanten gefällt, sondern durch die Bürger selbst. Institutionalisierte Strukturen verankern Bürgerbeteiligung fest in die politische Entscheidungsfindung. Politiker fungieren dabei vielmehr als Bürokraten, die

den Willen der Bevölkerung umsetzen. Dieses hohe Maß an politischer Teilhabe ist Merkmal des republikanischen Staatsbürgerverständnisses.

Auch hier erweitert ein ausführliches soziales Sicherungssystem die bloße juristische Gleichheit aller Staatsbürger. Ganz besonders soll dem Bürger genug individuelle Anerkennung und Selbstvertrauen vermittelt werden um sich zu politischer Beteiligung ermächtigt zu fühlen. Hierzu ist vor allem eine starke Zivilgesellschaft nötig, die alle Mitglieder gleichermaßen anerkennt. Wie im liberalen Modell wird ganz besonders die Toleranz gegenüber andersartigen Meinungen und Lebensweisen wichtig, so dass jede Meinung anerkannt und aufgenommen wird. So soll die öffentliche Entscheidungsfindung auch durch einen öffentlichen Diskurs gestützt werden, bei dem Staatsbürger sich untereinander austauschen und miteinander diskutieren.

Automatisch entsteht so auch ein Zugehörigkeitsgefühl zur Gesellschaft und ein Leben in der Öffentlichkeit, welche im republikanischen Verständnis zu finden sind. Allerdings wird das Maß an Verpflichtung zur Teilhabe hier eingeschränkt: Der Einzelne kann sich öffentlicher Debatte und Teilhabe entziehen und sich stattdessen für ein vollständiges Leben im Privaten entscheiden. Nach wie vor soll die natürliche Freiheit des Einzelnen garantiert bleiben. Während eine Förderung öffentlicher Aktivität gewährleistet ist, wird sie nicht aktiv eingefordert.

Weiterhin wird an den Bürger der Anspruch gestellt, in allen Lebensbereichen verantwortungsvoll zu handeln. Dies geschieht beispielsweise dadurch, dass er seine eigenen Handlungen kritisch hinterfragt und sicherstellt, dass er damit der Gesellschaft zumindest nicht schadet. Obwohl der Einzelne sich der Gesellschaft gegenüber verantwortlich zeigt, bleiben die politische Aktivität ebenso wie die gesellschaftliche Teilhabe eine Möglichkeit, die nicht per Verpflichtung auferlegt wird. Das Handeln des Bürgers wird so lediglich insofern kritisch hinterfragt, als dass sie in ihrem Charakter nicht unmoralisch sein darf. Die Art und Weise wie er seine Verantwortung gegenüber der Gemeinschaft jedoch erfüllt bleibt ihm überlassen. Das vorherrschende negative Freiheitsverständnis wird so dadurch eingeschränkt, dass nicht nur die Rechte anderer, sondern auch das Wohlbefinden der Gemeinschaft geachtet werden soll; der Freiheit wird so eine moralische Begrenzung gesetzt.

Innerhalb dieses Modells bleibt so nach wie vor der Staat politischer Machthaber, allerdings wird diese Macht statt durch Repräsentanten durch die Bürger selbst praktiziert. Der Staat befähigt sie zu politischem Engagement institutionalisiert feste

Teilhabemöglichkeiten. Während Politiker die Entscheidungen des Volkes organisieren und implementieren, sind die Bürger selbst Entscheidungsträger. Bürgerliche Ideale nach republikanischem Verständnis, bürgerliche Teilhabe und ein moralisches Handeln spielen hier so eine stärkere Rolle. Dennoch wird die negative Freiheit nach dem liberalen Verständnis gewahrt. So verbindet dieses Modell liberale mit republikanischen Vorstellungen.

5.3. Modell 3: Selbstverwaltende Gemeinschaften

Während die Macht des politischen Systems bereits im vorhergehenden Konzept weitgehend eingeschränkt wird, verschwindet sie innerhalb dieses Modells vollständig. Der Nationalstaat als solches und damit auch Nationalgrenzen werden aufgelöst. Staatlichen Institutionen wird jegliche politische Funktion abgesprochen. Eine zurückbleibende Institution erfüllt nur noch eine juristische Funktion, indem sie universell gültige Gesetze wahrt. Diese sind jedoch auf die Menschenrechte und wenige weitere Regelungen beschränkt, da innerhalb dieser Konzeption die Bürokratie schmal gehalten werden soll.

Politische Entscheidungen sowie die allgemeine Organisation des Zusammenlebens werden durch die Gemeinschaft getragen. Sie übernimmt dabei die Aufgaben, die in den vorherigen Modellen durch den Staat getragen werden. Hierzu zählen die Bereitstellung von Entscheidungsstrukturen und Organisationsabläufen, die Eröffnung individueller Möglichkeiten für ihre Mitglieder und deren politische und moralische Bildung. Einzelne Gemeinschaften sind international miteinander verbunden und zeichnen sich durch ihren offenen Charakter aus. Wie die ersten Modelle einen unabhängigen Staat umfassten, arbeiten auch hier die Gemeinschaften voneinander weitestgehend autonom. Dennoch steht den Bürgern das Übergehen in andere Gemeinschaften jederzeit offen. Ein Verständnis des Staatsbürgers ohne Staat wird von keiner der dargestellten Theorien abgedeckt.

Darüber hinaus zeichnet sich die Organisationsstruktur durch die Gleichheit aller Gemeinschaftsmitglieder aus, welche die Verwaltung der Gemeinschaft sicherstellt. Die Gleichheit bezieht sich hier nicht nur auf gleiche politische und sozio-ökonomische Rechte, sondern auch auf die gleichen gesellschaftlichen Pflichten aller Mitglieder. Jedes Mitglied übernimmt volle Verantwortung für die Funktionsfähigkeit sei-

ner Gemeinschaft und wird sowohl in administrativen Fragen als auch in der politischen Entscheidungsfindung aktiv.

Da jeder an der Organisation des öffentlichen Lebens beteiligt ist, wird eine umfassende öffentliche Diskussion notwendig. Politische Entscheidungen beruhen so auf einem Austausch, der den Beitrag jedes Gemeinschaftsmitglieds und somit das öffentliche Abwägen individueller Standpunkte gegeneinander beinhaltet. Der Einzelne muss so auch akzeptieren, dass seine individuellen Interessen Thema öffentlicher Debatte werden. Sein Leben findet zumindest zu einem großen Teil in der Öffentlichkeit statt und er charakterisiert sich entsprechend des republikanischen Verständnisses vorrangig über seine Eigenschaft als Gemeinschaftsmitglied.

Auch über die Wahrnehmung öffentlicher Pflichten hinaus geht dieses Modell mit republikanischen Ansprüchen an das Gemeinschaftsmitglied einher. Wie in den vorherigen Modellen ist es durch eine gute Ausbildung sowohl zu autonomem Denken und Handeln als auch zu politischer Aktivität qualifiziert. Von ihm wird erwartet, dass es nicht nur Verantwortung für sich selbst, sondern auch für die komplette Gemeinschaft übernimmt. Hierbei soll er moralisch aufgrund der geteilten Wertvorstellungen der Gemeinschaft beruht handeln. Die Gemeinschaft muss diese Werte entsprechend des republikanischen Bildungsideals aktiv innerhalb der Sozialisation des Einzelnen fördern. Erforderlich ist hier auch eine starke Identifikation des Einzelnen mit der Gemeinschaft und eine ausgeprägte Solidarität der Mitglieder untereinander.

Hier stehen im Vordergrund so nicht die Bestreben des Einzelnen, seine Vorstellung eines guten Lebens erst noch selbst zu entwickeln. Stattdessen definiert er sich in erster Linie über seine Rolle als Gemeinschaftsmitglied und stellt diese Verpflichtungen in den Vordergrund seines Handelns. Wie im republikanischen Verständnis übernimmt der Bürger hierbei Verantwortung für die Gesellschaft und trägt sie mit. Ausschlaggebend ist die Fähigkeit der Bürger, diese Ansprüche zu erfüllen, für die Qualität und Funktionsfähigkeit der gesamten Gemeinschaft.

6. Abschlussdiskussion und Fazit: Ein neues Staatsbürgerverständnis?

„Citizenship is both the outcome and the vehicle of social struggles.“ (Susen, 2010, S.269)

Offensichtlich sind die Teilnehmer der Occupy-Bewegung durch einige Anliegen motiviert, die ein neues Staatsbürgerverständnis mit sich bringen. Doch ist ihr auch gelungen, dieses Staatsbürgerverständnis politisch oder gesellschaftlich zu etablieren? Auf Grundlage der drei möglichen Ansätze für eine künftige Staatsbürgertheorie wird abschließend die letzte Forschungsfragen beantwortet: Stößt die Bewegung gar ein neues Konzept von Staatsbürgerschaft an?

6.1. Abschlussdiskussion

Die angebrachten Modelle zeichnen sehr unterschiedliche Vorstellungen einer künftigen Staatsbürgerschaft. Die Unterschiede liegen dabei hauptsächlich in der Frage, wie Politik organisiert werden soll, um den individuellen Bedürfnissen der Bürger nachzukommen. Den entscheidenden Unterschied macht hierbei zumeist die persönliche Befürwortung entweder von negativer oder von positiver Freiheit.

Die Befürworter negativer Freiheit wollen vor allem eine größtmögliche Autonomie des Bürgers erreichen, innerhalb derer er ein eigenes Wertesystem entwickeln kann. Dieser Freiheitsbegriff kommt dem Staatsbürgerverständnis nahe, der dem politischen System der Bundesrepublik Deutschland zu Grunde liegt. Die Befürworter positiver Freiheit dagegen sehen in Rechten implizite Pflichten und betrachten die Übernahme von Verantwortung des Einzelnen für die Gemeinschaft als bürgerliches Ideal. Die Modelle zeigen, dass ein unterschiedliches Grundverständnis von Freiheit auch zu einem grundsätzlich unterschiedlichen Staatsbürgerverständnis führt. Es ist daher sinnvoll, dass die Garantie der Freiheit des Einzelnen auch vorrangiges Ziel beim Nachdenken über neue Staatsbürgertheorien ist.

Dass innerhalb dieser Erhebung liberales und republikanisches Freiheitsverständnis etwa gleich viele Unterstützer fanden, spricht zumindest dafür, dass im vorherrschenden liberalen Verständnis Mängel gesehen werden. Zumindest eine stärkere Verpflichtung zu verantwortungsvollem Handeln innerhalb von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft ist dabei erwünscht. Ein guter Bürger soll so zunehmend allgemeingültige moralische Anforderungen erfüllen. Diese Forderung findet sich auch bei

dem amerikanische Autor Stephen Carter, der für ein ziviles Miteinander plädiert: *“Civility requires a commitment to live a common moral life, so we should try to follow the norms of the community if the norms are not actually immoral”* (Carter, 1999, S.280).

Auch die globalisierungskritische Wissenschaftlerin Naomi Klein ging in einer Ansprache an die Occupy-Bewegung auf die Forderung ein, Mitbürger gut zu behandeln, anzuerkennen und gar zu lieben (Klein, 2011). Sie betont damit die Anerkennung des Individuums durch ein starkes Gemeinschaftsgefühl. Diese Aussage bedeutet zum einen, dass ein guter Bürger auch eine Verpflichtung gegenüber der Gesellschaft hat und sich mit seinen Mitbürgern verbunden fühlt. Weiterhin wird impliziert, dass der Einzelne durch öffentliche Aktivität zum Glück finden kann.

Eine solidarische Gemeinschaft wird in allen Modellen in unterschiedlich starkem Ausmaß gefordert. Eine größere politische Gleichheit geht hierbei mit einer größeren sozio-ökonomischen Gleichheit einher. Im Angesicht der Wirtschafts- und Finanzkrise wird der zusätzliche Wunsch nach sozialer Sicherheit besonders verständlich. Die politische Realität vieler qualifizierter Hochschulabsolventen ohne eine Perspektive auf einen Arbeitsplatz (Lunghi, 2012) sowie der hohen Jugendarbeitslosigkeit vor allem in Südeuropa (Eurostat, 2013) stellen dabei sicherlich für die Protestierenden eine Bedrohung dar, weshalb sie sich die Absicherung durch Staat und Gesellschaft erhoffen. Die Süddeutsche Zeitung analysiert gar, dass die Proteste im Rahmen von Occupy hauptsächlich davon ausgelöst wurden, dass eine ganze Generation einen Wohlstandsverlust fürchtet. Statt großer, ideeller Ziele geht es dieser Auffassung nach vor allem um den Erhalt des Lebensstandards (*“Defensive Revolutionen,”* 2012). Möglich wäre also, dass dieser Wunsch vor allem im Angesicht einer unmittelbaren Bedrohung laut wird und nicht unbedingt auf einer ideologischen Vorstellung eines guten Staatsbürgers beruht.

Allgemein ist die Angst eines Kontrollverlustes des Bürgers groß: Bei den Entscheidungen über die Bankenrettung im Besonderen zeigte sich, wie wenig die Stimme des Bürgers bei zukunftsweisenden Entscheidungen Platz findet. Das am häufigsten genannte Beispiel, die empörten Reaktionen auf den Vorschlag des griechischen Präsidenten Papandreou zu einer Volksabstimmung zum Euro-Rettungsplan, führte auch zur Empörung des Soziologen Jürgen Habermas, der beteuerte: *“Eine Konzentration der Macht bei einem intergouvernementalen Ausschuss der Regierungschefs,*

die ihre Vereinbarungen den nationalen Parlamenten aufs Auge drücken, ist der falsche Weg” (Habermas, 2011).

Die Arbeit zeigt, dass der Einzelne wieder das Gefühl haben möchte, dass politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Situationen kontrollierbar sind. Die britische Organisation *The Free Association* sieht die Ursache für unkontrollierbar gewordene Tatsachen im mangelnden Hinterfragen alltäglicher Begebenheiten. Der Gewohnheit wegen entsteht hier oft Akzeptanz für Tatsachen, die auch anders sein könnten. Die Lösung wird hier im Hinterfragen von Alltäglichkeiten gesehen. Als Beispiel hierfür wird das Nachdenken über eine Alternative zu Geld als Basis für gesellschaftliche Interaktion angestoßen. (Lunghi, 2012)

Eine zunehmende Komplexität politischer Sachverhalte macht die Politik für den Einzelnen schwerer überschaubar. Vorrangig wird für diese Entwicklung die Macht des freien und kapitalistischen Marktes verantwortlich gemacht. Eine Alternativlosigkeit des Liberalismus durch dessen Tendenz, Entscheidungen zu Gunsten des Markts zum Systemerhalt treffen zu müssen wird auch in der Literatur festgestellt (z.B. Crouch, 2008; z.B. Lunghi, 2012).

Aus politischen Abläufen fühlt der Einzelne sich zunehmend verdrängt. Diese Tatsachen geben dem Bürger das Gefühl, nicht einmal seine Rolle als Kontrollinstanz wahrnehmen zu können. *“Occupy ist zeitgleich mit einer internationalen Krise der repräsentativen Demokratie entstanden - und diese Krise ist vor allem eine ihrer Repräsentanten”* (Maak, 2012). Oftmals drehen sich die Forderungen um mehr Demokratie und einen stärkeren Bürger im Staat, wofür die Modelle zwei unterschiedliche Lösungsansätze bieten: Durch verantwortungsvollere und unabhängiger handelnde Politiker oder durch eine Ausweitung der bürgerlichen Aktivität.

Es steht somit fest, dass die Befragten sich, wenn nicht zwingend einen aktiveren, doch einen mächtigeren Bürger im Staat wünschen. Diese Forderung entspricht sowohl dem liberalen als auch dem republikanischen Staatsbürgerverständnis, denn beide sehen die Einflussmöglichkeit unter anderem auf politische Entscheidungen als Bestandteil der individuellen Selbstbestimmung. Um diesen Wunsch zu verwirklichen, müsste der deutsche Staat öfter mutig genug sein, konsequent die Bürgerbeteiligung anzubieten, selbst wenn dies möglicherweise weitreichende Folgen haben könnte. Im Sinne wäre beispielsweise das von Premierminister David Cameron versprochene Referendum zu Großbritanniens Verbleib in der Europäischen Union

(Watt, 2013). Politische Repräsentation darf so nicht zum Vernachlässigen von Bürgerinteressen und Allgemeinwohl führen.

Eine breite bürgerliche Beteiligung sieht die Basisdemokratie des Modells 2 vor; ein Vorschlag, der in der Literatur immer wieder ausführlich diskutiert wird. Dieses Modell versucht, eine starke Demokratie mit einem weitestgehend liberalen Ansatz unter wenigen Einschränkungen zu vereinen. Der Bürger soll so die Wahlfreiheit auch in seinem politischen Leben haben: Entweder er entscheidet sich für ein Leben im Privaten und lässt politische Entscheidungen für sich treffen, oder er wird zum aktiven Bürger, der Politik maßgeblich mitbestimmt. Eine Grundvoraussetzung hierfür ist sicherlich die ausreichende Information und Qualifikation des Bürgers, so dass politisch aktive Bürger ein politisches Grundverständnis und Analysefähigkeiten besitzen. Interessant ist hierbei, dass zumindest einzelne Themen innerhalb der letzten Jahre auf föderaler Ebene zur öffentlichen Abstimmung gestellt wurden, so zum Beispiel beim Volksentscheid über Stuttgart 21 in Baden-Württemberg ("Kretschmann gesteht Niederlage der S-21-Gegner ein," 2011) oder dem Volksbegehren zur Abschaffung der Studiengebühren in Bayern ("Erfolgreiches Volksbegehren: Studiengebühren in Bayern vor der Abschaffung," 2013). Dies macht eine weitere Nutzung thematischer Abstimmungen auch für die Zukunft wahrscheinlich.

Das dritte Modell hingegen sieht keine Lösungsmöglichkeiten innerhalb staatlicher Strukturen vor und zweifelt stattdessen das grundsätzliche Konzept des territorialen Nationalstaats an. Das Treffen von Entscheidungen und die Organisation mittels selbstverwaltender Gemeinschaften kann aus heutiger Perspektive sicherlich als Utopievorstellung verstanden werden. Diese geht mit einer allgemein zunehmenden Tendenz zur Transnationalität einher, die in der Theorie des Anthropologen Arjun Appadurai geschildert wird. Vergrößerte Mobilität, Migration und eine Verbindung verschiedener Teile der Welt auf technologischem Wege erlauben dabei die Zugänglichkeit mehr verschiedener Kulturen und Lebensweisen als je zuvor. Dies führt zu einer verringerten Identifikation mit dem Nationalstaat und stattdessen mit Subkulturen oder -gemeinschaften (Appadurai, 2003). Die Erhebung zeigt, dass diese Form des Zusammenlebens vermehrt gewünscht wird.

Außerhalb langfristig umsetzbarer Gesellschaftsutopien besteht kurzfristig realistisch gesehen kaum die Möglichkeit, die internationale Ordnung, die staatliche Abhängigkeit vom Finanzmarkt und globale Handelsabhängigkeiten abzuschaffen. Am nächsten kommt der geäußerten Vorstellung eines unabhängigen Staates das Modell

der Schweiz, die sich zumindest innerhalb der nationalen Ordnung neutral verhält. Das Abkapseln vom globalen Wirtschaftsmarkts wäre für Deutschland nur bei der Akzeptanz weitreichender Verluste im Bruttosozialprodukts zu leisten. So scheint es lediglich realistisch, dass der Ausbau des Sozialstaats ein verlässliches soziales Sicherheitsnetz unter der Bedingung einer zunehmenden Unsicherheit schafft.

6.2. Fazit

Stößt die Occupy-Bewegung ein neues Konzept von Staatsbürgerschaft an? Im Anbetracht dessen, dass der Bewegung selbst heute nur noch wenig Aufmerksamkeit geschenkt wird ist es unwahrscheinlich, dass innerhalb ihres Rahmens die hier dargestellten Konzepte weiter entwickelt werden. Dennoch hat die Occupy-Bewegung ein kritisches Hinterfragen der Rolle des Bürgers im Staat angestoßen. Sie macht auf seine mangelnde Entscheidungsmacht und seine hohe Unsicherheit in einem komplexen Währungs- und Wirtschaftssystem in der Krise aufmerksam. Im Sinne des Autors Stephane Hessel ruft sie zu politischem Engagement auf, welches zu einer Systemänderung führen soll (Hessel, 2013).

Es ist so durchaus möglich, dass die durch Occupy angestoßenen Diskussionen zu einer erneuten Thematisierung der Rolle des Bürgers im Staat vor allem in der Zivilgesellschaft führen. Die Arbeit zeigt jedoch, dass die Vorstellungen eines guten Bürgers selbst innerhalb der Bewegung weit auseinandergehen und so sehr unterschiedliche Ansätze für Systemreformen verfolgt werden. Die Bewegung an sich kann so lediglich das Ermutigen der zivilgesellschaftlichen Diskussion leisten.

Die vorliegende Untersuchung konnte so zwar Möglichkeiten für ein neues Staatsbürgerverständnis aufzeigen, dabei aber keine eindeutige Tendenz erkennbar machen. Durch die Darlegung von lediglich liberaler und republikanischer Theorie lässt die Arbeit selbstverständlich viele möglicherweise aktuellere Theorien außer Acht. Hierzu zählen beispielsweise die Theorie über eine differenzierte Staatsbürgerschaft zum Minderheitenschutz (Abowitz & Jason, 2006), transnationale Bürgertheorien (Vodovnik, 2011) oder Theorien über die Zivilgesellschaft als öffentliche Sphäre des Bürgers (Mai, 2012), welche sicherlich eine weitgehendere Analyse erlaubt hätten. Bei lediglich fünf Teilnehmern erschließt die Analyse nur einen geringen Bruchteil der Bewegungsteilnehmer, was möglicherweise zu einseitigen oder unpräzisen Schlussfolgerungen führt. Mit Teilnehmern der Occupy-Bewegung

deckt die Arbeit außerdem nur Ansichten derjenigen ab, die sich zu politischem Engagement außerhalb fester Strukturen entschieden haben. Es ist so gut möglich, dass zwei Ansichten bei der Darstellung zu kurz kommen: Erstens würden diejenigen, die sich auf institutionalisiertem Wege engagieren wohl eher ein liberales Staatsbürgerverständnis äußern. Zum zweiten ist es offen, wie diejenigen Staatsbürgerschaft definieren, die sich nicht politisch engagieren. Entweder verfolgen sie ein liberales Staatsbürgerverständnis oder aber ein Engagement wurde ihnen nicht ausreichend ermöglicht.

Im Rahmen dieser Arbeit war auch eine ausführliche Evaluation der drei neuen Modelle von Staatsbürgerschaft nicht möglich. Künftige Forschung könnte so daran ansetzen, die Ausgestaltung und Umsetzungsmöglichkeit dieser Ansätze zu behandeln. Interessant wäre sicherlich auch eine Rückspiegelung der in den Modellen dargestellten Alternativen an die Interviewpartner, um deren Bewertungen und mögliche Einwände zu analysieren. Dies würde eine Konkretisierung der Modelle erlauben. Weitere Untersuchungen könnten prüfen, ob ein ähnliches Verständnis bei Bewegungsteilnehmern außerhalb Deutschlands vorherrscht oder ob entsprechend der nationalen Situation andere Schwerpunkte gesetzt werden. Außerdem ist eine weitere Forschung zu den Kernbereichen der hier aufgezeigten Staatsbürgerkonzepte notwendig. Diese umfassen die Entscheidungsmacht des Bürgers, sein ziviles Verhalten und Leben in der Öffentlichkeit, eine starke Solidargemeinschaft und das mögliche Auflösen nationaler Grenzen.

Insgesamt kann diese Arbeit aufzeigen, dass die Rückkehr einiger Elemente des republikanischen Staatsbürgerverständnisses zumindest von den Teilnehmern der Occupy-Bewegung gewünscht ist. Am Deutlichsten wird, dass Moral, Solidarität und Teilhabe für den Bürger eine wichtigere Rolle spielen sollen als Partikularinteressen. Trotz dieser weitgehend republikanischen Auffassung werden Vorbehalte gegenüber Pflicht und Verantwortung geäußert, die dem Einzelnen bei seiner Suche nach Freiheit im Wege stehen könnten. Künftige Staatsbürgerkonzepte könnten so an dem Versuch anknüpfen, eine insgesamt moralische Kultur mit individueller Unverbindlichkeit zu verbinden.

Anhang

I1: Interview 1 mit Lionel am 14.03.2013

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10 **FM:** Vielleicht kannst du mal kurz umreißen, wie deine Teilnahme bei *Occupy*
11 aussah, also in welchem Ausmaß du mitgemacht hast. Beispielsweise, warst
12 du bei Demos dabei oder hast du auch am Camp teilgenommen?
13

14 **L:** Am Camp hab ich nicht teilgenommen. Ich hab drei Demos mit organisiert,
15 unter anderem die vom vergangenen 14. November. Da hatte ja der europäi-
16 sche Gewerkschaftsverbund zur Unterstützung der Generalstreikenden in Süd-
17 europa aufgerufen. Und die Kundgebung in München wurde von *Echte*
18 *Demokratie Jetzt* organisiert. Es haben sich daraufhin dann auch ein paar Ge-
19 werkschafter angeschlossen, aber von sich aus hätten die nichts organisiert.
20 Das hab ich dann gemacht. Ansonsten gestalte ich eine Sendung, habe einen
21 Sendeplatz auf Radio LoRa, das ist ein Lokalsender und da ist kommenden
22 Mittwoch...nein, Montag, den 25., haben wir da eine Stunde Sendung. Da geht
23 es um Vereinbarkeit oder Unvereinbarkeit von Kapitalismus und Demokratie.
24

25 **FM:** Spannend. Und kann man die sich auch online anhören?
26

27 **L:** Ja sicher, ich weiß jetzt aber nicht wie die Website heißt. Radio LoRa. Ja,
28 das findest du wenn du Radio LoRa München eingibst, das findest du. Aller-
29 dings kann man dann, da könnte ich dir auch einen Hinweis geben, wenn du die
30 später anhören willst ist die dann auf unserem Podcast. Auf unserer Website
31 *Echte Demokratie Jetzt München*, da kann man die nach hören.
32

33 **FM:** Also bist du jetzt sozusagen bei Echte Demokratie Jetzt gelandet?
34

35 **L:** *Echte Demokratie Jetzt* wurde von meinem Bruder gegründet in München.
36 Der war auch schon vor der ganzen Bewegung mit *Occupy* und *Demokratie*
37 *Jetzt* war er schon sehr aktiv und er hat immer wieder versucht Leute zu gewin-
38 nen, um eine Gruppe zu gründen. Aber, ja, er wurde immer so ein bisschen als
39 der Verrückte dargestellt. Und dann mit *Occupy* haben wir innerhalb von fünf
40 Minuten eigentlich die Gruppe ins Leben gerufen und hatten dann auch ab Ok-
41 tober 2011 ziemlich großen Zulauf. Und im Zuge dessen bin ich dann auch dazu
42 gestoßen.
43

44 **FM:** Ah okay, alles klar. Also so bist du zu Occupy gekommen, hast du ja jetzt
45 erzählt. Was waren da so deine Gründe dafür, wieso hast du dich entschlos-
46 sen, da mit zu machen?

47

48 **L:** Wieso habe ich mich entschlossen da mit zu machen? Nun, es liegt ja auf
49 der Hand, dass wir den Griffen der Finanzmärkte unterworfen sind, dass unsere
50 Politiker das Spiel der Finanzmärkte und Großindustrie spielen und die Bevöl-
51 kerung nicht mehr vertreten. Das ist offensichtlich, dass eine Kulisse von Armut
52 und Prekarität konstruiert wird, wahrscheinlich auch auf der Grundlage eines
53 politischen Willens, um Menschen zu isolieren und um den Kapitalismus, so wie
54 er jetzt ist, am Leben zu halten, weil für meine Begriffe ist er eigentlich schon
55 tot, sonst hätten wir ja nicht mit tausenden Milliarden die Banken retten müssen.
56 Also diese Ungerechtigkeiten, die an den Tag treten, eigentlich schon lange, a-
57 ber jetzt ganz extrem, die haben mich dazu bewegt, mich zu engagieren.

58

59 **FM:** Du sprichst schon an, dass es viel Ungerechtigkeit gibt in Deutschland.
60 Würdest du sagen, das macht die Menschen auch unfrei und unfähig, selbst-
61 bestimmt zu handeln?

62

63 **L:** Sie können nicht mehr selbstbestimmend handeln und dadurch, dass sie
64 sich isoliert fühlen - das merkt man auch in den Lokalwahlen und in den Bun-
65 destagswahlen wird man das feststellen, dass die Wahlbeteiligung zurück geht.
66 Weil viele sich fragen: Wofür überhaupt? Es ist egal, ob man jetzt links oder
67 rechts wählt, es kommt immer dasselbe raus. Die Leute, die dann in diese Pre-
68 karität gelangen, die Hartz 4 Empfänger, Ein-Euro-Jobs, Arbeitslosen, die sich
69 ja an der Tafel ihre Nahrungsmittel holen müssen, die haben sowieso grund-
70 sätzlich ein Gefühl der Scham und fühlen sich gar nicht mehr so richtig der Ge-
71 sellschaft zugehörig. Die müssen sich dann sogar noch anhören, dass sie ja gar
72 nicht so arm sind, wenn sie ein Handy haben oder irgendwie solche Dinge, ja.

73

74 **FM:** Und du hast auch schon kurz die geringe Wahlbeteiligung angesprochen,
75 die ja schon sehr auffällt und die für mich auch ein Grund war, diese Arbeit zu
76 schreiben, weil ich mich auch gefragt habe, inwiefern sollte der Staat seine
77 Bürger in den politischen Prozess integrieren? Was sollte da der Staat deiner
78 Ansicht nach noch machen, um die Bürger mit ins Boot zu holen?

79

80 **L:** Er sollte sich abschaffen. Das hört sich radikal an, ist aber so auch gemeint.
81 Das heißt, der Parlamentarismus, wie er heute besteht, ist für mich nicht mehr
82 tragfähig und repräsentiert auch nicht mehr die demokratischen Grundsätze, für
83 die unsere Väter und Großväter gekämpft haben. Damit die Leute sich viel be-
84 teiligen, brauchen wir natürlich eine Basisdemokratie. Das heißt, dass das Volk
85 wieder ermächtigt wird, Entscheidungen zu treffen und nicht der Willkür von ei-
86 ner Elite, die sich politisch nennt, ausgesetzt wird. Also, die Idee die auch bei
87 *Echte Demokratie Jetzt* entsteht ist zum Beispiel, dass man unserer demokrati-
88 schen Form eine vierte Säule hinzufügt. Wir haben ja bekanntermaßen die Le-
89 gislative, Exekutive, Judikative und wir bräuchten die Expertise. Das heißt also,
90 Entscheidungsträger wären nicht mehr Politiker, egal welchen Ranges, sondern
91 Experten. Unabhängige Experten, die gewisse Anliegen prüfen würden und

92 dann entscheiden würden, ob es machbar ist oder nicht.

93

94 **FM:** Würden die Experten dann auch Entscheidungen treffen?

95

96 **L:** Sie würden die Entscheidungen wahrscheinlich zur Debatte geben. Aber zu-
97 mindest wäre dann der Bevölkerung klar, was da eigentlich Sache ist. Als Bei-
98 spiel eben wieder Stuttgart 21. Stuttgart 21: Es gab eine Volksbegehrung, die
99 Leute waren eigentlich jetzt mehr oder minder für Stuttgart 21. Aber das Bünd-
100 nis gegen Stuttgart 21 ist im Begriff, den Kampf zu gewinnen und zwar deswe-
101 gen, weil natürlich die Grundlage der Volksbefragung eine Falsche war. Sie
102 gründete auf völlig falschen Expertisen. Die Gutachten, die erstellt wurden, wa-
103 ren zu 80% erlogen. Das hat, ein Expertenrat hat das nämlich überhaupt eruiert
104 und klargestellt. Also, deswegen, weißt du, wenn man sagt das Volk regiert -
105 wenn man dem Volk natürlich Unwahrheiten oder Halbwahrheiten vorlegt und
106 es soll dann entscheiden, wird das mit großer Gewissheit die falschen Ent-
107 scheidungen treffen. Ein Expertenrat, so wie in dem Beispiel Stuttgart 21, würde
108 genau aufzeigen, jetzt ganz konkret mit Stuttgart 21, dass der neue Bahnhof
109 überhaupt nicht Kapazitäten erfüllen würde, die man ihm zumutet. Der würde
110 sogar weniger Kapazitäten haben als der jetzige Bahnhof. Und es ist natürlich
111 gesetzwidrig, einen Bahnhof durch einen anderen zu ersetzen, der die Infra-
112 struktur verringert statt zu vergrößern. Das wäre so, als bräuchte man eigentlich
113 eine dritte Spur auf der Autobahn und man macht aber die, nur noch eine, ja.
114 Das entspricht nicht den Bedürfnissen an Infrastruktur und das ist eben gesetz-
115 widrig, also wird Stuttgart 21 ja wahrscheinlich auch nicht gebaut werden. Durch
116 einen Expertenrat könnte man alle Vorhaben der so genannten Politiker erst-
117 mal überprüfen.

118

119 **FM:** Aber die Politiker würden dann schon nach wie vor entscheiden?

120

121 **L:** Nein, sie dürften dann, sie dürften dann es in die Wege leiten, meinetwegen.
122 Und Politiker dürften, es dürfte keine, wenn es Berufspolitiker geben sollte, ei-
123 gentlich müssten die von heute auf morgen abgewählt werden dürfen, wenn sie
124 nicht den Willen des Volkes überhaupt durchsetzen. Sondern sich irgendwel-
125 chen Lobbies, Lobby Einflüssen, hingeben.

126

127 **FM:** Und welche Rolle hätte der Staatsbürger? Also kann der Staatsbürger
128 auch beeinflussen, wie gut eine Gesellschaft funktioniert und ein Staat?

129

130 **L:** Ja, ich meine in dem Moment wo der Staatsbürger die Politik maßgeblich
131 beeinflusst, gibt er natürlich auch maßgeblich die Richtung an, in die die Ge-
132 sellschaft sich hin bewegt. Das ist nicht unproblematisch, ich meine es gibt, bei
133 80 Millionen Menschen gibt es wahrscheinlich 80 Millionen verschiedene Mei-
134 nungen. Aber da müssen wir hin.

135

136 **FM:** Das heißt, der Staatsbürger sollte auch die Politik maßgeblich mitbestim-
137 men?

138
139 **L:** Das sollte er auf jeden Fall tun. Das wird nicht jeder tun wollen, weil die Leu-
140 te ja auch arbeiten. Aber grundsätzlich geht es nicht nur um das Maß von Politik
141 oder das Beeinflussen von Politik, sondern es geht im Grunde genommen um
142 den Wandel der gesamten Gesellschaftsstruktur, auch der Wirtschaft und der
143 Finanzen.
144
145 **FM:** Also würdest du sagen, da gehört auch sozialer Zusammenhalt dazu, zu
146 einem funktionierenden Staat?
147
148 **L:** Ja natürlich, auf jeden Fall. Sozialer Zusammenhalt kann im Gegensatz zu
149 dem was ich Eingangs gesagt habe, dass die Eliten heute versuchen, uns zu
150 isolieren. Wenn man isoliert ist, verliert die ganze Gesellschaft irgendwann mal
151 den Zusammenhalt. Der Zusammenhalt ist wichtig.
152
153 **FM:** Also braucht der Einzelne auch so ein bisschen die Gesellschaft, würdest
154 du sagen?
155
156 **L:** Nicht nur ein bisschen. Sondern grundsätzlich ist der Einzelne ein Glied der
157 Gesellschaft, ist eingebettet in die Gesellschaft und er braucht, das ist ein Mit-
158 einander. Die Gesellschaft besteht aus Individuen und jedes Individuum braucht
159 die Gesellschaft.
160
161 **FM:** Und würdest du sagen es gibt bestimmte Charakteristiken oder kann man
162 das irgendwie festmachen an bestimmten Eigenschaften, was einen guten
163 Staatsbürger ausmacht?
164
165 **L:** Nein, so ad hoc fällt mir da nichts ein. Ein guter Staatsbürger. (Pause) Ja gut,
166 ein guter Staatsbürger ist erstmal ein freier Staatsbürger.
167
168 **FM:** Inwiefern frei?
169
170 **L:** Frei, Entscheidungen zu fällen, die sein Leben betreffen.
171
172 **FM:** Okay, der Staatsbürger trifft Entscheidungen für sich, gesellschaftlicher
173 Zusammenhalt ist ganz wichtig, hast du gesagt. Ist es denn auch so, dass der
174 Staatsbürger sich ab und zu in den Dienst des Staates stellen sollte oder Auf-
175 gaben für den Staat wahrnehmen sollte?
176
177 **L:** (Pause) Diese Frage impliziert ja eigentlich, dass der Staat ein offenes Ge-
178 bilde ist ohne, also mit zum Teil unfesten Strukturen. Dass jeder Einzelne sich
179 einbringt. (Pause) Ja, es wäre schwer, es wäre schwer durchzusetzen. Es gibt
180 sowieso Leute, die sich von sich aus einbringen. Ich glaube, da kann man auch
181 jetzt nichts ändern, oder es wäre schwierig zu entscheiden, wer soll sich wann
182 einbringen. Irgendwann mal entsteht dann ein Zwang und der gute Staatsbür

183 ger ist derjenige, der frei entscheidet, ob er sich engagiert oder nicht.
184
185 **FM:** Also du würdest sagen es ist nicht so, dass jeder sich für die Politik ein-
186 setzen muss wenn ihn das nicht interessiert oder es für ihn nicht wichtig ist?
187
188 **L:** Ne, weil sonst müsste man sagen, dann muss jeder Sport treiben und dann
189 muss jeder Bio essen und dann muss jeder Fahrrad fahren. Das geht nicht.
190
191 **FM:** Du hast ja über gesellschaftlichen Zusammenhalt gesprochen und dass
192 der Einzelne im Prinzip nur innerhalb der Gesellschaft funktioniert, oder in die
193 Gesellschaft eingebettet ist. Sind da für dich Staat und Gesellschaft auch zwei
194 unterschiedliche Sachen? Würdest du sagen, unsere Gesellschaft und unser
195 Staat sind unterschiedlich?
196
197 **L:** Ja. Also die Gesellschaft hat verschiedene Aspekte oder Äste oder Beine, je
198 nachdem wie du das nennen willst oder sollst. Und ein Aspekt der Gesellschaft
199 ist der Staat. Der Staat ist für mich jetzt eine Untergruppierung von Gesell-
200 schaft, ein Unterpunkt. Und natürlich beeinflusst der Staat die Gesellschaft, a-
201 ber die Leute, die den Staat ausmachen, kommen ja aus der Gesellschaft he-
202 raus. Die erfinden sich ja nicht selbst, sondern sie sind ja das Produkt der Ge-
203 sellschaft. Es ist ein gegenseitiger Einfluss, natürlich. Grundsätzlich ist der
204 Staat nicht gleich wichtig wie die Gesellschaft, würde ich sagen. Ich denke mal
205 die Gesellschaft kann die Staatsformen auch ändern. Der Staat kann die Ge-
206 sellschaftsformen nur geringfügig ändern, indem er Unterdrückungen ins Leben
207 ruft oder, ganz extrem jetzt, ich meine wie im Dritten Reich. Nur das sind immer
208 so vorübergehende Momente. Die Gesellschaft wird, hat aber mehrere Säulen,
209 unter anderem eben auch Kultur und die Kultur kann das schon so beeinflus-
210 sen, dass auch der Staat dann über kurz oder lang, wenn er negative Einflüsse
211 hat, verschwindet.
212
213 **FM:** Also du hast ja vorher auch gesagt, dass der Staat sich abschaffen sollte.
214 Findest du dann, der Staat nimmt im Moment zu viele Aufgaben wahr?
215
216 **L:** So wie er heute besteht, nimmt er nämlich überhaupt keine Aufgaben wahr.
217 Außer der, dass Politiker die Lobbies und die Lobbyisten bedienen. Ich will nicht
218 sagen, dass es nur korrupte Politiker gibt, aber diejenigen die korrupt sind, die
219 beeinflussen heutzutage sehr stark den Weg, den wir eingeschlagen haben.
220
221 **FM:** Also sollte es eine Machtverschiebung geben vom Staat zum Bürger? O-
222 der zur Gesellschaft?
223
224 **L:** Der Bürger muss ermächtigt werden, auf jeden Fall.
225
226 **FM:** Okay, dann so zum Schluss, kannst du versuchen zu sagen, wer für dich
227 Staatsbürger ist? Also ist man für dich auch Staatsbürger schon ab der Geburt

228 zum Beispiel?
229
230 **L:** Natürlich. Ab der Geburt.
231
232 **FM:** Und findest du auch, jeder Mensch sollte Staatsbürger sein von dem
233 Land, in dem er lebt und dieses Recht bekommen?
234
235 **L:** Ja, aber sicher. Alleine schon die Tatsache, dass ich Franzose bin und dass
236 es in Frankreich auch de facto so abläuft, dass jeder der auf französischem Bo-
237 den geboren wird auch automatisch die französische Staatsbürgerschaft hat.
238
239 **FM:** Und hast du zum Beispiel auch die deutsche Staatsbürgerschaft jetzt?
240
241 **L:** Ne. Brauche ich nicht. Brauche ich nicht, weil es ist, tatsächlich engagiere ich
242 mich jetzt halbwegs politisch, bin aber mehr so in der spirituellen Szene auch
243 tätig. Das heißt, ich versuche das Ganze mit etwas Distanz zu betrachten. Viel-
244 leicht werde ich mich auch engagieren, also. Es könnte schizophren wirken, al-
245 so ist für manche nicht richtig leicht verständlich. Aber ich glaube, das würde
246 den Rahmen unseres Interviews jetzt sprengen.
247
248 **FM:** Ja, ich finde, das macht schon auch Sinn. Dann hätte ich noch eine letzte
249 Frage, die glaube ich auch schwer zu beantworten ist für jeden, den man so
250 fragt. Aber glaubst du denn, dass die *Occupy Bewegung* auch was verändern
251 wird oder auch bewirken wird auf lange Sicht?
252
253 **L:** Ja, natürlich.
254
255 **FM:** Was denkst du denn, was die Effekte sein werden davon?
256
257 **L:** Die Effekte werden sein, dass wir zu einer Gemeinwohlökonomie hin orien-
258 tieren. Die Gemeinwohlökonomie ist ja nicht, betrifft ja nicht nur die wirtschaftli-
259 chen Aspekte der Gesellschaft, sondern auch die politischen. Und das ist die
260 Basis von *Occupy* und *Echte Demokratie Jetzt*, das Gemeinwohl.
261
262 **FM:** Also würdest du auch sagen, jeder sollte sich fürs Gemeinwohl einsetzen
263 oder die Politik vor allem sollte das Gemeinwohl mehr betonen?
264
265 **L:** Also ich hab überhaupt kein Vertrauen mehr in die Politik, deshalb fällt es mir
266 schwer zu sagen, die Politik sollte das tun. Ich erwarte von der Politik gar nichts
267 mehr. Ich erwarte von der Politik, dass sie feststellt, dass diese Politiker, diese
268 Parteien, sich selbst abschaffen, mehr erwarte ich eigentlich nicht. Die sind
269 hoffnungslos, korrupt und blind und irreführend. Also ich erwarte mehr, dass
270 Bewegungen wie *Le Cinquistelle* in Italien und *Occupy* und *EDJ* und so weiter
271 mehr und mehr die Gesellschaft beeinflussen.
272

273 **FM:** Was müsste denn eigentlich passieren, dass du wieder Vertrauen fasst in
274 die Politik?
275
276 **L:** Dass die Eliten, so wie sie jetzt sind, verschwinden.
277
278 **FM:** Also es müsste ein komplett neues System geben oder komplett neue Ge-
279 sichter im System?
280
281 **L:** Also komplett neu. Ein komplett neues System, ja. Also falls es dich interes-
282 siert, ich werde in den nächsten Wochen und Monaten mein Konzept vorstellen
283 im Rahmen von *EDJ*. Das wird dann sicher auch auf unserer Website zu sehen
284 sein. Kannst ja mal rein klicken, oder ich kann dir kurz Bescheid geben wenn es
285 so weit ist.

I2: Interview 2
mit Thomas am 15.03.2013

1
2
3
4
5 **FM:** Kannst du erzählen, wie so deine Teilnahem erstmal nur bei *Occupy* aus-
6 gesehen hat? Hast du da bei Demos teilgenommen oder warst du auch im
7 Camp?
8

9 **T:** Also, ich habe das erste Camp am Anfang, die erste Demo, nicht mit organi-
10 siert. Sondern bin quasi mit der ersten Demo, 15. Oktober 2011, zu *Occupy*
11 gestoßen. Hab an dieser Demo teilgenommen, hab mir dann die nächsten Tage
12 erstmal angeguckt: Was sind das da für Leute, was machen die da, wie sind die
13 sortiert. Weil ich bin halt nicht der Mensch, der sich gerne vor irgendeinen Kar-
14 ren spannen lässt. Ja, und seit dem Donnerstag der ersten Woche auf die De-
15 mo hinfolgend, seitdem engagiere ich mich praktisch bei *Occupy*. Also ich habe
16 zusammen mit jemand anderes, wir haben uns ungefähr zwei Monate lang den
17 Info-Stand im Camp geteilt, da war ich also quasi sieben Tage die Woche von
18 vormittags bis abends. Ich habe nie im Camp geschlafen. Habe mich allerdings
19 durchaus auch in verschiedenen Arbeitsgruppen mit eingebracht, aber das führt
20 dann vielleicht auch zu weit ins Detail dann auch. Ja, also ich, wie gesagt, ich
21 bin bei und für *Occupy* aktiv seit 15. Oktober oder, sagen wir, seit der Woche
22 drauf.
23

24 **FM:** Und bei *Blockuppy*, kamst du da über *Occupy* dazu?
25

26 **T:** Ja, richtig. Und zwar es gibt ein lokales Bündnis, das *No-Troika Bündnis*. Und
27 die haben sich zusammen gefunden im November 2011 um zu überlegen, ob
28 oder wie man da konkret Widerstand vielleicht oder Demonstration auf breiterer
29 Ebene an die Öffentlichkeit tragen kann. Dann hat jemand anderes von *Occupy*,
30 quasi für *Occupy*, an dem Bündnis teilgenommen, allerdings nur bis etwa 20.
31 Januar hat er das gemacht und dann war ihm das zeitlich und arbeitstechnisch
32 zu aufwendig, das hat er halt nicht hingekriegt mit seinem Privatleben, die Verb-
33 indlichkeiten die man dann auch eingeht, wenn man in so einem Bündnis mit
34 tätig ist. Und seitdem bin ich quasi für *Occupy* dort tätig.
35

36 **FM:** Okay, und das *Blockuppy*, also ich habe mich da so ein bisschen eingele-
37 sen, weiß aber noch nicht so viel darüber. Das ist eine Aktion, die jetzt erst
38 noch geplant ist, oder?
39

40 **T:** Ne, wir haben ja letztes Jahr auch schon einige Aktionen gehabt.
41

42 **FM:** Und jetzt startet ihr aber wieder eine neue?
43

44 **T:** Richtig.
45

46 **FM:** Und was macht ihr da genau, wie sieht das aus?

47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67
68
69
70
71
72
73
74
75
76
77
78
79
80
81
82
83
84
85
86
87
88
89
90
91

T: Naja, also wir werden, wir rufen auf einmal am 31.5. wieder die EZB zu blockieren, am 1.6. große Demonstration und wir möchten gerne ein legales Camp auf wenige Tage hier in der Stadt errichten um halt Aktivisten von auswärts a) unterbringen zu können und b) auch politische Inhalte da vermitteln. Aber das Ganze auf wenige Tage angelegt, also nicht so wie jetzt *Occupy* oder so. Da geht auch gleich noch ne Pressemitteilung raus über die Camp-Geschichte, ich sitz da nämlich gerade dran. Also wenn du von der Pressestelle *Occupy Frankfurt* etwas möchtest, ja, dann musst du dich wenden an presse@occupyfrankfurt.de, ne. Bei *Blockuppy*, wir haben also mehrere Pressesprecher und da bin ich einer davon. Und nicht alle, die in der Pressegruppe arbeiten machen auch gleichzeitig die Sprechertätigkeit und normalerweise schicke ich dann auch keine Pressemitteilung raus. Da haben wir jemanden, der uns das immer professionell zuverlässig erledigt. Die Person hat allerdings heute frei und so trifft mich das gleich in ein paar Minuten auf den Knopf zu drücken, nachdem wir hier fertig sind.

FM: Okay alles klar, ja dann guck ich mir das auch mal an noch.

T: Ja, möchtest du denn die *Blockuppy* Pressemitteilung auch haben?

FM: Das wäre sehr nett, ja, dann könnte ich mich da nochmals ein bisschen besser reinlesen.

T: Ja, dann muss ich dich eigentlich nur darauf eintragen. Das ist kein Problem. Moment. (Interview wird unterbrochen)

FM: Super, vielen Dank.

T: Das ist kein Problem, das ist ja eine der Sachen wo ich gesagt hab: Okay ich setz mir den Hut auf, ich mach das mit. Wobei man auch sagen muss, im Bündnis ist es, also bei *Occupy* spricht im Prinzip jeder mit der Presse und jeder macht seine eigene Meinung, ja? Im Gegensatz dazu bei *Blockuppy* ist es so, das ist ein Bündnis, und da kann zwar jeder seine eigene Meinung vertreten aber, so wie eben *Occupy Frankfurt* Pressestelle die offiziellen Dinge verteilt von *Occupy Frankfurt*, so gibt's halt bei *Blockuppy* eben auch eine offizielle Pressestelle.

FM: Das heißt *Blockuppy* ist ein bisschen mehr organisiert?

T: Das ist ein Bündnis, ja. Da ist ja von Partei *Die Linke*, über *Friedens- und Zukunftswerkstatt*, *ver.di* Gruppen, alles mögliche. Also die Geschichte, die alle aufzuzählen ist mir müßig, ist sehr lang. Guck sonst nochmal auf der Website nach.

FM: Das mache ich. Vielleicht kannst du nochmal erzählen, was so deine

92 Gründe überhaupt waren bei Occupy mit einzusteigen, wieso du gedacht hast,
93 das guck ich mir mal an?
94
95 **T:** Hm, auf der einen Seite ist es so, dass ich auch sagen wir mal, vor gut 30
96 Jahren war ich schonmal politisch aktiv. In dem Alter hat man halt auch noch
97 nicht so den Überblick, was etwas bewegen kann. Also das, was wir damals
98 gemacht haben, das hat nicht wirklich was bewegt.
99
100 **FM:** Was hast du denn damals gemacht?
101
102 **T:** Ähm, ja, das ist. (Pause) Egal. Auf jeden Fall, es hat nicht wirklich etwas be-
103 wegt. Die Sache ist die, dass, ja, bei *Occupy* ist das erste Mal seit vielen Jah-
104 ren, dass ich sehe, dass *Occupy*, das es eine politische Bewegung ist, die auch
105 tatsächlich etwas bewegen kann. Ja, sie hat ja auch bewegt, wenn man über-
106 legt. Die öffentliche Diskussion hat sich verändert, es hat sich eine ganze Men-
107 ge verändert dadurch. Und das ist der Hintergrund warum ich sage okay, da
108 bring ich mich halt ein.
109
110 **FM:** Und was sollte es deiner Meinung nach bewegen? Also was sind für dich
111 gerade so die größten Fehler in unserem politischen System und in unserer
112 Gesellschaft?
113
114 **T:** Hoho. (lacht) Du möchtest in 20 Minuten den Inhalt von einem 20-Stunden-
115 Interview. (lacht)
116
117 **FM:** Ja, vielleicht kannst du kurz sagen, so was für dich am Wichtigsten ist, o-
118 der wo du wirklich sagst, das muss sich auf jeden Fall ändern.
119
120 **T:** Naja, also sagen wir mal so, ich bin auf jeden Fall ein Verfechter von Tran-
121 sparenz, ja. Ich meine, das man natürlich keine Transparenz machen kann bei
122 dem, was das BKA nächste Woche plant oder solche Geschichten, also aus
123 reinen echten Sicherheitsgründen, ja, das kann ich nachvollziehen, ja. Aber es
124 gibt viele Dinge, die sind völlig intransparent, wo ich es nicht nachvollziehen
125 kann warum nicht. Mal ein Beispiel: Die *PPP* Projekte. Sagt dir das was?
126
127 **FM:** Ja.
128
129 **T:** Ne, diese *Private-Public-Partnership* Projekte. So, da wird Steuergeld ausge-
130 geben, die Vertragsbedingungen werden nicht offen gelegt und man begründet
131 das mit dem Geschäftsgeheimnis der Firma, die Vertragspartner ist. So, aber
132 von wem ist diese Firma denn Vertragspartner? Die ist Vertragspartner von uns
133 allen. Und nicht von irgendeiner Landes- oder Ortsregierung oder wie auch im-
134 mer. Zwar de jure, aber de facto doch von uns allen. Also gibt es keinen Grund
135 für eine Geheimhaltung bei so was, zum Beispiel. Weil wenn man mit Ausnah-
136 me der echten Sicherheitsprobleme eine größtmögliche Transparenz herstellen
137 würde, dann denke ich würde einmal das politische Engagement der Bürger

138 wachsen, was vielleicht auch gar nicht gewollt ist. Und auf der anderen Seite
139 würden dann viele linke Geschichten, die da laufen, gar nicht mehr so laufen
140 können.

141
142 **FM:** Also du hast jetzt Privatisierung angesprochen, was ja doch so ein Trend
143 ist.

144
145 **T:** Ne ne ne, ich hab nicht Privatisierung angesprochen. Ich hab angesprochen,
146 dass die *Private-Public-Partnership* Projekte, dass die als Beispiel transparent
147 gemacht werden müssen. Privatisierung, wenn du dieses Thema ansprichst,
148 dann sind wir auf einer anderen Ebene. Und zwar bin ich der Meinung, dass
149 bestimmte Dinge, die sagen wir mal einen Einfluss auf die Gesamtgesellschaft
150 haben, dass die nicht privatisiert werden dürfen aus meiner Sicht. Also zum
151 Beispiel Bundeswehr kann man nicht privatisieren, Polizei nicht, ja. Strafvollzug
152 zum Beispiel bin ich dagegen, dass es private Gefängnisse mit privaten Wach-
153 mannschaften gibt, ja. Das ist für mich eine hoheitliche Aufgabe. Aber genauso
154 Wasserversorgung oder aus meiner Sicht auch die Stromversorgung, die Ener-
155 gieversorgung. Früher, wie ich klein war, da gab es keine privaten Anbieter in
156 dem Sinne, zumindest nicht bei der Versorgungsseite. Bei der Erzeugerseite ja,
157 aber nicht bei der Versorgung. Ne, und heute ist es ja so, dass viele Private E-
158 nergie direkt verkaufen.

159
160 **FM:** Genau. Das ist ja schon so ein bisschen ein Trend. Würdest du denn sa-
161 gen, dass der Staat sich wieder mehr Aufgaben zu eigen machen sollte, dass
162 er Aufgaben wahrnehmen sollte oder sollte er sich eher aus ein paar Sachen
163 auch raushalten?

164
165 **T:** Die Sache ist die, dass die großen Konzerne auf ihre Profite keine Steuern
166 zahlen und damit der Allgemeinheit Gelder verloren gehen. Werte, also Mög-
167 lichkeit, auch verloren gehen. Du musst mal gucken, es wird ja, es blutet ja alles
168 aus. Das soziale Netz wird kahl geschlagen, Bildung wird kahl geschlagen, und,
169 und, und. Die Liste ist endlos. Wenn ich mal gucke früher, wo die deutsche Post
170 noch zusammen mit Telefon und alles war ein Unternehmen. Da war der Brief-
171 verkehr mit Minus, die Telefongebühren haben Plus gebracht und jedes Jahr ist
172 ein fetter Milliardenbetrag ans Bundesfinanzministerium überwiesen worden,
173 ja? Und damit wurde zum Beispiel ein Teil des Minus der Bundesbahn ausgegli-
174 chen. So, die Bundesbahn ist zwar immer noch hundert Prozent bundeseigen,
175 aber ist eine rechtliche, eine eigenständige AG und eigentlich privatwirtschaft-
176 lich, wenn auch in Bundesbesitz. Ja, was aus meiner Sicht sowieso ein Unding
177 ist. Und die Preise, also man muss sich mal überlegen, ja?

178
179 **FM:** Ja, die sind sehr hoch, das stimmt.

180
181 **T:** Dann nehmen wir mal das nächste Ding. Zum Beispiel die Teuerungsrate, ja,
182 die Inflationsrate. Da werden die Leute von vorne bis hinten belogen mit. Weil
183 es gibt nur eine Statistik, die die selber gefälscht haben. Ja, und wenn ich dann

184 sehe von wegen die Teuerungsrate beträgt, was weiß ich, irgendwas 1,8 oder
185 2,1 Prozent, je nachdem welcher Monat, dann weiß ich, dass das ganz einfach
186 gelogen ist. Es sei denn, ich beziehe da auch mit ein irgendwelche schicken
187 Laptops oder Fernseher oder Luxusreisen, und, und, und. Was aber ja den
188 Normalbürger gar nicht betrifft.

189

190 **FM:** Also würdest du sagen, der Staat soll sich da wieder mehr einmischen,
191 der Staat soll mehr Aufgaben wieder wahrnehmen?

192

193 **T:** Ich, ich würde mal sagen, erstens mal sollen sich staatliche und Regierungs-
194 organe nicht zum Büttel von Industrie und Kapital machen lassen. Und das sag
195 ich dir als einer der wenigen überzeugten Kapitalisten in diesem Bündnis. Also
196 ich bin nicht Antikapitalist oder sonst was, sondern ich stehe öffentlich dazu,
197 dass ich ein überzeugter Kapitalist bin. Ich bin halt nur der Meinung, dass Kapi-
198 talismus ohne Moral ist es nicht wert, praktiziert zu werden.

199

200 **FM:** Du hast ja auch schon kurz gesagt, dass der ein oder andere vielleicht gar
201 nicht unbedingt das Engagement von Bürgern steigern möchte. Was findest
202 du denn soll der Staat tun, um die Bürger mehr in den politischen Prozess mit
203 einzubeziehen? Oder sollte er da überhaupt was tun?

204

205 **T:** Ja, also zum Beispiel, nur mal ein Beispiel, in Finnland beispielsweise gibt es
206 eine Wahlpflicht. So. Wenn da eine Wahl ist und du gehst nicht zur Wahl, zahlst
207 du eine Geldstrafe, es sei denn du bist tatsächlich krank oder senil oder, also
208 die Gründe, die objektiv dich an einer Wahl verhindern. Ja. Aber aus reiner Be-
209 quemlichkeit oder Desinteresse nicht zur Wahl zu gehen ist, finde ich, Zeit für
210 eine Strafe. Und ich bin der Meinung, dass so etwas wie eine Demokratie, so
211 etwas wie ein Wahlrecht auch eine Pflicht mit sich bringt. Und wenn ich das Sa-
212 gen hätte, ich würde glatt eine Wahlpflicht einführen. Ganz trocken, ein brutto
213 Monatseinkommen als Strafe, wer nicht zu einer Wahl geht. Natürlich Briefwahl
214 und ungültig machen, alles erlaubt. Also es muss nicht eine gültige Stimme ab-
215 gegeben werden. Aber auch eine ungültige Stimme abgeben ist ja zumindest
216 mal eine Meinungsansage.

217

218 **FM:** Ja, auf jeden Fall. Also würdest du schon sagen, es gibt auch bürgerliche
219 Pflichten und es gibt Dinge, die jeder Bürger erfüllen muss?

220

221 **T:** Ja, natürlich. (lacht) Natürlich gibt es auch Pflichten.

222

223 **FM:** Findest du denn dann auch, dass wie ein Staat funktioniert auch darauf
224 ankommt, wie die Staatsbürger so ihre Aufgaben wahrnehmen oder wie die so
225 sind?

226

227 **T:** Hmm. Ja, schon, aber die meisten Menschen sind ja gar nicht dazu in der
228 Lage, tut mir leid, dass ich das so trocken sage. Aber die meisten Menschen
229 sind gar nicht dazu in der Lage, wirklich zu entscheiden, dass sie etwas zu ent-

230 scheiden haben. Weil es läuft ja durch die Medien und von vorne bis hinten läuft
231 ja eine Gehirnwäsche bis zum Anschlag. Mal als Beispiel, gestern haben wir
232 wieder eine Kundgebung vor der Deutschen Bank gemacht, ja. Und da habe ich
233 mal Leute, die in die Bank reingegangen sind gefragt, also über Mikrofon und
234 Anlage, ob sie denn das übers Herz bringen, dass sie ihren kleinen Kindern da-
235 heim erzählen, dass sie für ein Unternehmen tätig sind, was durch Beteiligung
236 an Nahrungsmittelspekulation dafür mitverantwortlich ist, dass jeden Tag kleine
237 Kinder in der Dritten Welt elendig verrecken. Weil das ist einfach mal Fakt. So,
238 jetzt überleg dir mal, was für eine Gehirnwäsche die hausinterne Schulung da
239 sein muss, dass die Leute es auf der einen Seite ihren Kindern zuhause nicht
240 erzählen aber auf der anderen Seite tagtäglich so einen Job machen.

241
242 **FM:** Also findest du dann die Bürger in Deutschland sind dadurch weniger
243 frei?

244
245 **T:** Die sind völlig unfrei. (lacht) Diese Freiheit, die ist eine scheinwahre. Weil zu
246 dieser Freiheit gehört ja auch erstmal, dass man selber weiß, was man tut, dass
247 man frei entscheiden kann. Die meisten Leute können doch gar nicht frei ent-
248 scheiden.

249
250 **FM:** Und wie könnte man das ändern? Wie könnte man die Selbstbestimmtheit
251 den Bürgern zurück geben?

252
253 **T:** Tja, langer steiniger Weg. Ne. Weil Pflicht wäre ja zum Beispiel eine erste,
254 ein erster Schritt dahin. Weil dann müssten die Leute überlegen, wen wähle ich
255 denn. Jetzt überleg doch mal wie viel Prozent Nichtwähler wir haben. Das wür-
256 de aber auch die Parteien, die jetzt, die jetzt irgendwo Bundestag oder Landtag
257 oder sonst wo sind, ja. Es würde die richtig unter Zugzwang setzen weil im
258 Moment können viele Parteien davon ausgehen, na ja, es gibt so und so viel
259 Prozent Nichtwähler. So lange sie Nichtwähler sind, interessiert es uns auch gar
260 nicht, was die überhaupt wollen oder nicht wollen. So, wenn aber jetzt plötzlich
261 keine Nichtwähler mehr da sind, beziehungsweise mit einer Wahlpflicht und saftiger
262 Geldstrafe und dann halt die, die nicht wählen können aus verschiedenen
263 Gründen. Dann haben wir aber zumindest mal eine Wahlbeteiligung von über
264 90%. Ne. Weil jetzt überleg doch mal, wenn du weißt für jede Wahl wo du nicht
265 hingehst, nehme ich dir einen brutto Monatslohn weg. Ah, da gibt's aber keine
266 Wahl die du verpasst. Es sei denn du bist definitiv krank, wo es dich dann halt
267 auch nicht betrifft. Jetzt überleg mal, die ganzen Nichtwähler. Meinst du da hat
268 einer Bock auf das, was die *CDU* macht, auf das, was die *SPD* macht, auf das,
269 was die *FDP* macht, auf das was *Die Grünen* machen? Ja, die sagen sich, das
270 ist alles ein Einheitsbrei. Der *Linken* trauen sie nicht über den Weg, aufgrund
271 der Medienberichterstattung wird ja dann das oft so gemacht, als wenn die
272 Linkspartei irgendwie die DDR wieder aufleben lassen will oder völlig den Pri-
273 vatbesitz abschaffen möchte, oder, oder, oder. Um das jetzt mal krass zu über-
274 treiben. Und na ja. Da müssten dann die Parteien schon umdenken.

275

276 **FM:** Vielleicht um noch so einen anderen Aspekt reinzubringen: Findest du
277 auch, dass sozialer Zusammenhalt zu einem funktionierenden Staat dazu ge-
278 hört?
279

280 **T:** Sozialer Zusammenhalt gehört dazu. Aber ein sozialen Zusammenhalt wie-
281 der hinzubringen ist nicht ganz einfach. Ja, weil die Karre ist halt schon sehr
282 weit in den Dreck gefahren. Das dauert ein bisschen. Ja, nicht ganz einfach, ich
283 sag nicht unmöglich, aber es ist eben, wie gesagt, nicht ganz einfach.
284

285 **FM:** Ja. Empfindest du denn Deutschland auch als Gemeinschaft? Oder deine
286 Stadt?
287

288 **T:** Ähm. Also. Ich sehe, dass solange ich Steuern zahle, ja. Hat man kein Prob-
289 lem damit, wenn ich nahezu jeden hier in Deutschland auf nahezu jede üble Art
290 und Weise über den Tisch ziehe. Ja. Das ist etwas, was es eigentlich so gar
291 nicht geben darf. Ja. Da kann ich Beispiele bringen von hier bis dort. Und das
292 müssen noch nicht mal irgendwie keine ganz üblen, so genannte richtig üble
293 Machenschaften sein. Ähm, ich nehme nur mal das Beispiel Riester-Rente.
294 Beim Beispiel Riester-Rente haben wir folgende Geschichte. Wenn du jetzt zur
295 Bank gehst und sagst, du möchtest gerne riestern. Dann bietet dir die Bank mit
296 Sicherheit irgendetwas an. In dem Moment, wo du das, was sie dir anbieten,
297 nimmst, dann ist es noch die Frage, ob sich das überhaupt rechnet. Weil es ist
298 mal Fakt, dass das Einzige, was sich überhaupt rechnet, ist der sogenannte
299 Banksparrplan, den die meisten Banken gar nicht anbieten. So, und der Bank-
300 spar, wenn deine Bank dann tatsächlich diesen Banksparrplan anbietet, dann
301 rechnet er sich unter zweieinhalb tausend Einkommen im Monat gar nicht. Je-
302 der der weniger als zweieinhalb tausend im Monat hat, für den rechnet sich
303 Riester nicht. Und da wird die Öffentlichkeit auch wieder belogen und betrogen,
304 ja. Ich hab kein Problem damit, ich hab früher selber Kapitalanlagen verkauft.
305 Ich hab also kein Problem damit, wenn einer eh schon zehn oder 20 Häuser hat
306 und ich stell mich schlau genug an, dass ich dem ein Haus oder zwei wegneh-
307 me durch geschicktes Geschäft. Ja, wo ist das Problem? Aber wenn ich herge-
308 he und ich verschaffe eine Vertriebsstruktur wie es die Versicherungen und die
309 Banken haben, wo ich auch noch den Ärmsten der Armen irgendwelche 30 oder
310 50 Euro im Monat abnehme. Ja, und die ersten zwei Jahre da hauptsächlich
311 Provisionen von auszahle. Also es ist eine Sauerei, ist das. Ja, also ich meine
312 Raubrittertum sollte doch eigentlich seit dem Mittelalter abgeschafft sein, oder
313 sehe ich das falsch?
314

315 **FM:** (lacht) Ja, das stimmt. Das heißt, es geht dir irgendwie auch ganz schön
316 viel darum, Werte sich wieder bewusster zu machen?
317

318 **T:** Ja, ich meine, also ich komme selber aus einer kleinstädtischen Geschäfts-
319 familie gebürtig, ja. Und von beider Seiten Eltern ist jeweils über 100 Jahre eine
320 Firma in der Familie. So. Und ich komme aus einem Ort wo, nur weil ich aus
321 dieser Familie bin, kann ich in dem ganzen Ort quasi bargeldlos was immer ich

322 haben will einkaufen und wenn ich dann sage, hör zu ich komme morgen oder
323 ich komme nächste Woche gleich, dann glaubt man das. Und nicht weil unsere
324 Familie so reich ist. Sondern das hat was mit Anstand vor Ort zu tun, ja. Das hat
325 auch etwas damit zu tun, wie, zwar, es gibt immer noch solche Unternehmer,
326 aber leider immer weniger und bei den großen schonmal viel weniger, die halt
327 gucken, dass, ähm, wenn sie jetzt ein Plus machen aus der Arbeit ihrer Ange-
328 stellten, ihrer Arbeiter. Dass sie damit auch eine Verpflichtung haben. Ja. Und
329 es ist doch sehr oft so, dass, ja, wenn du nicht mehr ins Konzept passt, ja, dann
330 fliegst du gerade raus.

331
332 **FM:** Hast du früher denn auch mal in dem Betrieb gearbeitet oder was hast du
333 früher beruflich gemacht?

334
335 **T:** In welchem Betrieb? In einem Betrieb unserer Familie? Da habe ich auch
336 schonmal gearbeitet, ja.

337
338 **FM:** Vielleicht so als letzte Frage. Kannst du irgendwie festmachen, was für
339 dich einen guten Staatsbürger ausmacht? Ob es da bestimmte Eigenschaften
340 gibt?

341
342 **T:** Hoho. Das ist Thema für ein neues Interview. Ich verstehe ja deine Absicht an
343 der Geschichte, ja. Aber das geht nicht so schnell. Da bin ich nicht in der Lage,
344 dir in zwei Worten da einen schlüssigen Inhalt rüber zu bringen, wo ich sage,
345 okay, das kann man so publizieren. Das wäre alles sehr schlagwortartig und
346 das wird der Sache nicht gerecht. Weil diese Frage geht ja dann doch schon
347 sehr ans Eingemachte. Weil andere allgemeinere Fragen, da kann ich schon
348 sagen, okay, das ist vielleicht ein Aspekt dazu.

349
350 **FM:** Okay. Oder ansonsten gibt es vielleicht Eigenschaften, wo du sagen wür-
351 dest, die fehlen im Moment ein bisschen? Die würdest du noch gerne sehen in
352 den deutschen Bürgern?

353
354 **T:** Boah. Ich verstehe ja, was du meinst, aber wie gesagt, es ist, bei was einen
355 guten Staatsbürger ausmacht oder nicht, das geht alles über, über das hinaus,
356 was ich innerhalb von wenigen Worten erzählen kann. Also wirklich, das ist kein
357 böser Wille. Aber da ist das ein bisschen schwieriger dann.

358
359 **FM:** Okay. Aber glaubst du denn dass sich das verändert hat innerhalb der
360 letzten Jahre von wer Staatsbürger ist oder wer nicht?

361
362 **T:** Boah. Ich glaube, dass viele Menschen sich gar nicht groß Gedanken ma-
363 chen darüber. Ob überhaupt, was überhaupt ein guter Staatsbürger ist oder
364 nicht. Ich glaube, dass da viele Leute sich überhaupt gar keine Gedanken drü-
365 ber machen.

366
FM: Okay, ja. Und ist man für dich auch schon ab der Geburt Staatsbürger?

367
368 T: (lacht) Ja, natürlich! (lacht) Ja. Weil, wenn ich jetzt überlege, mal als Beispiel.
369 Ja, wenn man jetzt zum Beispiel hergeht und sagt, kleine Kinder sind noch
370 doof, die haben keine Ahnung. Dann bin ich der Meinung, dass das prinzipiell
371 schonmal nicht zutrifft. Ja, kleine Kinder wissen viel mehr und sehen viel mehr
372 als, als viele Leute überhaupt den Kindern zutrauen würden. Der Unterschied,
373 oder sagen wir mal so, im Grunde genommen (Pause, T muss eine dringende
374 Mail abschicken)
375 So, jetzt bin ich wieder bei dir. Also, der große Unterschied zwischen kleinen
376 Kindern und Erwachsenen, hauptsächlich hier in Deutschland, das trifft auf
377 manch andere Gesellschaft auf diesem Globus nicht zu. Die Erwachsenen sind
378 intellektuell geschult und emotional verödet. Die Kinder sind emotional wach
379 und intellektuell noch nicht geschult. Es gibt nicht umsonst im Deutschen das
380 Sprichwort *Kindermund tut Wahrheit kund*. Ja. Weil, was fair und was nicht fair
381 ist für die Menschen innerhalb einer Gesellschaft, das kann auch ein fünf-,
382 sechsjähriges Kind sehr gut artikulieren und sehen. Es kann halt natürlich nicht
383 Entscheidungen treffen darüber, ob jetzt beispielsweise irgendwo ein Krieg oder
384 eine kriegerischen Handlung wirklich wichtig wäre zu machen oder nicht zu ma-
385 chen. Ja, das ist ganz klar. Also, das heißt jetzt nicht, dass ich dadurch den
386 Krieg in irgendeiner Form gutheißen würde. Aber es gibt dann wirklich durchaus
387 Situationen, wo man drüber nachdenken müsste, ob es denn nicht so sein
388 müsste.

I3: Interview 3
mit Moritz am 19.03.2013

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46

FM: Du kannst ja vielleicht mal bisschen kurz erzählen, wie so deine Teilnahme bei *Occupy* aussah, also ob du an Demos hauptsächlich teilgenommen hast oder auch im Camp warst, wie das so aussah bei dir.

M: Okay, also ich habe erstmal bei der aller-, allerersten Demo oder Aktion vor der Börse teilgenommen, da war noch keine Demo, das war am 10. September in Frankfurt. War relativ zufällig. Und dann habe ich erstmal nicht mehr teilgenommen, bin dann erst in der zweiten Woche dazu gestoßen. Habe dann, ja, mich versucht da einzubringen. Wurde dann mit der Zeit so mehr. Habe angefangen, Pressearbeit zu übernehmen im Sinne der ganzen Gruppe, also wenn wir Gruppenaktionen machen, das beschreiben. Habe die Infrastruktur im Camp teilweise auch ganz machen müssen, also Wasser oder so einen Käse, oder Strom. Na ja, weil so ein paar Leute das halt machen mussten, weil der Rest keinen Bock hatte. (lacht) Da gibt es immer die Kümmerer und die Faulen, aber na ja. Und dann habe ich im Frühjahr 2012, ja, mich so mit den wirtschaftlichen Themen mich dann mehr auseinandergesetzt, also tiefgreifender. Und war dann irgendwann Camp-Anmelder, also habe dann auf Zetteln für das Camp bürgen müssen. Das heißt, du unterschreibst für die ganze Gruppe und musst dann halt aufpassen, so wie in der Jugendherberge oder so. Deswegen ist schon so ein bisschen von so einem Dorf, na ja egal. Und habe dann Demos mit organisiert und Flugblätter gemacht und bin sogar jetzt mittlerweile wissenschaftliche Texte am schreiben. Und, hm. Ich mache De-Eskalation mit komischer BSE-Bullerei, die aggro ist, die ich gerne schlagen will. (lacht) Und, was sonst? Ja, lauter solche Sachen. Also eigentlich alles mit gemacht so, das volle Programm.

FM: Also du hast auch dann wirklich im Camp gelebt?

M: Ich habe da gewohnt. Ich habe November 2011 meine Bude, eine Wohnung die ich da noch hatte, oder gefunden habe, die ein bisschen günstiger war, die habe ich dann aufgegeben und habe dann da im Camp gewohnt.

FM: Alles klar. Spannend. Und was war für dich so der Grund, dass du gesagt hast, da mache ich mit oder auch da bleibe ich dann dabei, später?

M: Ähm, ich habe vorher am Flughafen, ähm, Damme mit ausgebaut. Und habe die unglaublichen, also was da mittlerweile für unglaubliche Arbeitsbedingungen herrschen gesehen und das liegt alles an der neoliberalen Scheiße, oder sagen wir mal Doktrin, die immer mehr in allen Lebensbereichen so sich bemerkbar macht. Da habe ich gesagt, nö, du hast jetzt keine Lust mehr schon Miete zu zahlen weil es hier ein gänzlich unterschiedliches Mietspektrum gibt. Menschen die da Manipulation bei den Banken da verrichten, so dass Wohnen für normale Menschen nicht mehr bezahlbar ist. Und unter anderem wirst du dann halt aus-

47 gebeutet, in dem du Akkord arbeiten sollst für einen Hungerlohn. Da mache ich
48 nicht mehr mit und sage, ja, das System kann mich am Arsch lecken. Und ich
49 habe, das ging dann soweit so, ich bin nicht mehr krankenversichert gewesen
50 und so, egal. Es gibt ja nette Ärzte die einen so, also eine Operation jetzt nicht
51 gerade, aber eine Kleinigkeit das läuft. Das war so meine Einstellung 2012.

52

53 **FM:** Und die Schiene fährt du auch im Moment noch? Oder hat sich da was
54 verändert?

55

56 **M:** Nein, ich habe jetzt, jetzt gerade wieder eine Wohnung und bin, und bin
57 ganz normal, sagen wir mal, ähm, bürgerliches Leben. Ne, wie soll ich das sa-
58 gen. Ein normales Leben wieder führen, wieder zurück in die Zivilisation so.

59

60 **FM:** Und du hast ja auch gesagt, dass du dich bei *Occupy* so ein bisschen für
61 Kunst und Bildung engagierst. Deswegen wollte ich mal fragen, findest du
62 denn, dass der Staat auch eine Aufgabe hat, seine Bürger zu bilden? Und
63 macht er das auch im Moment auch oder macht er das gut?

64

65 **M:** Der Staat, ähm, ja er hat die Aufgabe weil er ja irgendwie über Steuermittel
66 verfügt und ja eigentlich auch die Zielsetzung. Aber gut, kümmern darum soll er
67 sich nicht, weil die Kultusminister sind alle Dummtrottel, die alle Ein-Euro-Jobs,
68 also ich glaube in eine Maßnahme von Ein-Euro Jobs gehören und, ja, vielleicht
69 mal Spargelstechen oder Erdbeeren pflücken sollten. Also das, wie es oben ge-
70 dacht wird, weil ich mein der Kopf, der Wasserkopf der Bildung und das, wie es
71 in der Fläche aussieht, widerspricht sich. Und, ja, da muss, da muss sehr stark
72 sich noch vieles fallen lassen. So, wie soll ich das sagen. Die Politik muss ganz
73 kleine Brötchen backen. Muss aufpassen, dass sie nicht dafür haftbar gemacht
74 wird am Ende oder wie auch immer. Weil der Staat sind ja wir. Die Politiker sind
75 nur die Schauspieler da.

76

77 **FM:** Und du hast irgendwie schon so, also man merkt schon so, dass du sehr
78 misstrauisch bist gegenüber Politikern. Würdest du denn sagen, das Problem
79 sind eher die Politiker, die Leute die an der Macht sind, oder das politische
80 System?

81

82 **M:** Ganz klar das politische System, was ein egomanes, narzisstisches Verhal-
83 ten fördert, ja, und Menschen eben, ja, Politik, Politik schafft, also macht Men-
84 schen zu einer Hure. Ich habe das jetzt selber gemerkt. Und weil man sich eben
85 von dem eigentlichen Sein entfernt und sich nur noch in irgendwelchen Blabla-
86 Diskussionen befindet, die mit der Realität nichts zu tun haben. Das kann so ein
87 Ding geben, der Mensch erbaut sich seine Fassaden und das führt dann eben
88 am Ende dazu, dass der Mensch nicht mehr er selbst ist, sondern nur noch ein
89 Produkt seines Umfeldes. Und wenn das Umfeld schädlich ist, sagen wir wenn
90 du mit lauter Lobbyisten oder Gewerkschaftsfunktionären, die halt, ja, kriminell
91 sind, beziehungsweise Drogen nehmen, dann färbt das ab. Also ich würde mir
92 das von psycho-sozialen Einflüssen von Menschen, die Politik erklären. Es geht

93 um Gruppenbildung und der freie Gedanke ist insofern nicht mehr gegeben.
94 Das ganz von Transparenz, und was da für viel, also, ja, das System ist dran
95 schuld. Man braucht für die, für die Beteiligung des Souveräns oder der Bevöl-
96 kerung andere Mittel. Man muss aber ganz klar auch Leuten, die da sitzen und
97 Scheiße machen, ob das jetzt der Innenminister von Hessen oder Deutschland
98 ist, oder ob das ein Wowereit ist der einfach so überfordert war. Muss man sa-
99 gen, dann setzen die da diesen Platzack hin, der halt schlauer ist als die ande-
100 ren, aber der soll es dann reißen. Das, äh, das ist reiner Aktionismus und aus
101 dieser Politik muss man raus. Also es fehlen da auch die Autoritäten. Das ist
102 schon auch von schlechten Leuten, aber ja. Ich will da nicht tiefer drauf einge-
103 hen.

104

105 **FM:** Wie findest du denn kann man es arrangieren, dass man den Bürger bes-
106 ser in den politischen Prozess integriert? Dass er teilhaben kann und so tat-
107 sächlich seine Rolle aus Souverän wahrnimmt?

108

109 **M:** Ähm, wie kann man ihn besser, ah. Bei gewissen Grundsatzentscheidungen.
110 Was man halt in den letzten, was weiß ich, in den letzten zwölf Jahren unserer
111 Geschichte könnte man jetzt schon Leute teilweise in zivilgesellschaftliche Dis-
112 kussionen mehr mit einbeziehen. Und eben auch den Mensch vor die Wahl stel-
113 len, was er will. Ja, wirklich vor die Wahl stellen. Also das große Problem ist
114 halt, dass unsere Gesetzgebung so dermaßen verklausuliert wird, dass immer
115 da steht: Wenn ein Gesetz dieses Gesetz aufhebt kraft des Grundgesetzes. Da
116 muss eine Grundsatzdebatte geführt werden, ja, weil das funktioniert so nicht
117 mehr. Alles ist auf einmal verfassungswidrig, selbst die Wahl. Also als politischer
118 Mensch kann ich nicht eine Wahl unterstützen, die verfassungswidrig ist. Weil
119 das ganze System einfach am Arsch ist. Und das sagt auch jeder jeden Tag und
120 es passiert nichts. Stattdessen werden Plastiktüten-Steuern gemacht. Ja. Na ja.

121

122 **FM:** Was meinst du jetzt genau mit verfassungswidriger Wahl?

123

124 **M:** Wir haben die Überhangmandate auf der Länderebene, die dazu führen,
125 dass am Ende 100 Leute mehr im Bundestag sitzen. Und das hat aber mit einer
126 gerechten und zulässigen Stimmverteilung nach dem Wahlgesetz gar nichts
127 mehr zu tun. Das Ganze ist verfassungswidrig, man kann es aber nicht ändern
128 weil die Länder nicht auf ihre Überhangmandate verzichten wollen. Ja, das ist
129 ein strukturelles Problem. Da ist der Föderalismus irgendwie schief. Oder ko-
130 misch, genau.

131

132 **FM:** Vielleicht eine Sache, die ich ganz spannend fand, die du in deiner Mail
133 geschrieben hast, war dass du dich identifizierst mit dem griechischen Modell
134 der Demokratie.

135

136 **M:** Das mit der Agora, dass man in kleinen Gruppen, also zumindest sagen wir
137 mal in deinem Umfeld, in einem Dorf, oder was weiß ich wo, eine Gruppe etwas
138 beschließt und öffentlich auch. Also es gab die früher auch, dass man früher

139 den ersten Dorfvorsteher oder was, irgend so ein Dorf-Dingsbums, der hat das
140 dann erzählt und die Leute konnten dann da drüber auch, ja, so dass sie eine
141 Entscheidungsmöglichkeit hatten, direkt beim Menschen. Das ist zuweilen, was
142 heißt, schwierig. Nicht immer sinnvoll, aber es kommt immer darauf an, was
143 man macht. Wenn es jetzt um Kleinigkeiten geht, wie soll jetzt irgendwas aus-
144 sehen, wie wird was gebaut oder so. Na ja, da, da gehen die Meinungen ja
145 stark auseinander, aber im Endeffekt ist es ja ähnlich zu dem, was sich vorher
146 irgendein Planer gedacht hat mit ein bisschen Erfahrung. Aber jetzt bei wirklich
147 politischen Entscheidungen, ja, da muss man dann gucken. Also die Frage
148 könnte man ganz, ganz anders diskutieren, wenn man das auch täte auf der
149 Straße mit den Leuten, die das wollen. Aber das ist nicht gewollt, weil eine ab-
150 gekoppelte, eine, ja wie soll ich das sagen. Eine, eine Fraktion der Wegschau-
151 enden sitzt, die, die das nicht interessiert. Die das lieber tot schweigen. Und
152 deswegen finde ich das mit der *Asamblea*, mit der Agora so wichtig, weil man
153 da eben genau die Sachen aufs Tableau bringen kann, wo es den anderen
154 dann schlecht wird. Und wenn jetzt ein Innenminister nur Nazi-Scheiße erzählt,
155 ja dann fährt der halt mit dem Krankenwagen nach Hause weil er ein paar Stei-
156 ne in die Fresse bekommen hat. Dann wäre das dem Verdienst nach richtig.

157
158 **FM:** Wieso das?

159
160 **M:** Weil da, da wird dann was passieren. Ich bin nicht radikal, um Gottes Willen,
161 ich bin nicht radikal oder so. Aber gewisse Sachen, gewisse Rassismen und so
162 weiter finde ich nicht gut. (lacht) Ich meine nur, machmal muss man leider Feu-
163 er mit Feuer bekämpfen. Und so sind wir nicht, wir wollen einen friedlichen Pro-
164 zess ohne das Ganze. Aber so die aller-, aller schlimmsten, dümmsten muss
165 man schon verurteilen können auch.

166
167 **FM:** Und da ist es ja schon auch so, dass das Bürgersein mit vielen Verpflich-
168 tungen verbunden ist. Findest du das sollte in Deutschland auch so sein, dass
169 es bürgerliche Pflichten gibt oder dass die mehr wahrgenommen werden?

170
171 **M:** Bürgerliche Pflichten? Ähm. Hm. Na ja, der Mensch ist grundsätzlich faul.
172 (murmelt) Ja, es gibt bürgerliche Pflichten aber die meisten Menschen sind rela-
173 tiv, relativ mir doch egal. Es sollte eine Pflicht sein eigentlich, wählen zu gehen.
174 Aber da die Wahl eben nicht gegeben ist bei der grauen Partei, kann ich verste-
175 hen, dass Leute nicht hingehen wollen. Aber eigentlich müsste es eine regel-
176 rechte Wahlpflicht geben, ja. Also dass man also sich an politischen Prozessen
177 verpflichtet. Ich kann keinen zwingen, dass er sich mit Prozeduren und tralalala
178 eines parlamentarischen Systems auseinandersetzt, aber (Interview wird unter-
179 brochen) Ja aber die bürgerliche Pflicht, ist schwierig. Also im Endeffekt ist die
180 Demokratie immer so stark wie ihre Mitglieder und, ja. Die Leute sind halt poli-
181 tikverdrossen auf der einen Seite und auf der anderen sind sie, sind sie blöd
182 manchmal. Ja. Aber das darf man ja nicht verallgemeinern, die haben auch vor
183 allen Dingen Angst. In diesem Land haben sehr, sehr viele Leute Angst. Die
184 trauen sich nämlich nicht. Und das ist das, was man eigentlich ändern muss

185 und ändern kann vor allem.

186

187 **FM:** Okay. Und eine Sache, die wir noch nicht angesprochen haben vielleicht
188 ist, ob du auch findest, dass sozialer und gesellschaftlicher Zusammenhalt
189 wichtig für einen funktionierenden Staat ist?

190

191 **M:** Ach so, ja, ganz wichtig! Also Vereinzeln und gegeneinander aufhetzen
192 und Sexismus sind alle scheiße. Kollektiv, Kollektivismus wie in China ist auch
193 schwierig. Aber manche Sachen, da muss man sozial zusammen stehen und
194 sich als Gesellschaftskreis, als Mensch und nicht als schwarz weiß, Bauer, Arzt
195 oder sonst was.

196

197 **FM:** Ja. Findest du denn, dass Deutschland so eine Gemeinschaft ist? Oder
198 deine Stadt zum Beispiel?

199

200 **M:** Hm. An erster Stelle bin ich ja erstmal mit meinem Freundeskreis. Der ir-
201 gendwo so was, da bilde ich eine Gemeinschaft. Ähm. Ja, eine Gemeinschaft.
202 (Interview wird unterbrochen) Nee, wir sind so eine Gemeinschaft, bloß durch
203 die Idee des *higher is higher* und *race of the fittest*, dem Sozialdarwinismus sa-
204 ge ich mal haben wir gewisse Sachen, als die Welt noch ein bisschen, also das
205 Leben noch ein bisschen einfacher ablief, als es noch nicht diese verschiede-
206 nen Schichten gab, haben die Menschen noch mehr zusammen gehalten. Ja
207 heute, tun sich, die Leute haben das verlernt. Aber vielleicht, also der Mensch
208 merkt vor allem, also ein großer Punkt ist der Mensch ist jetzt überbevormundet
209 teilweise und die Leute regen sich langsam schon auf, sagen so, das ist jetzt
210 aber zu viel des Guten an Regelungen und so weiter. Wir müssen da wieder als
211 Menschen mehr zusammen kommen. Da tut sich was. Und die ganze, die in-
212 terne Kack, der ist ja innerhalb der letzten zwanzig Jahre extrem zurück gegang-
213 en sage ich mal in gewisser Weise. Diese ganz bescheuerten, blöden Nazi-
214 kack-Sprüche, ich glaube die höre ich jetzt nicht mehr so oft. Aber sozialer Zu-
215 sammenhalt, der ist glaube ich ein bisschen weniger geworden. Kann aber
216 auch nicht mit irgendwelchen blöden Debatten à la, wie heißt der jetzt nochmal,
217 Seehofer zu tun haben. Der jetzt irgendwie auf Hartz IV Leuten rumhackt oder
218 auf den blöden Ausländer Typen, weiß ich nicht. Der Zusammenhalt, das ist ja,
219 irgendwie der Kick ist so ein bisschen gegangen. Also jeder tut sich mehr in
220 seiner Subkultur mehr verstecken.

221

222 **FM:** Findest du auch der Staat nimmt zu viele Aufgaben im Moment wahr weil
223 du von Überbevormundung gesprochen hast?

224

225 **M:** Ja. Also der Staat, das System an sich, der Staat ist relativ. Also das, was
226 halt den Staat repräsentiert mit den Amtsorganen und das wird immer schlim-
227 mer. Also wir haben immer mehr Gesetze, die sich widersprechen, das ist wi-
228 dersinnig oder schwachsinnig. Man kann da irgendwie viel sagen, jetzt mit der
229 Wahlgesetzgebung, das geht aber viel, viel weiter und tiefer. Die Leute, wo sind
230 sie überbevormundet? Na ja, sagen wir mal aus kapitalistischen Gründen fängt

231 es beim Auto an, die Bevormundung, hört aber beim Hintergarten und so weiter
232 nicht auf. Wie deine Kinder das und das zu tun haben. Weil das ist ja, früher
233 hieß es du musst für die Turnhalle Hallenschuhe haben. Ja, heute, ich weiß
234 nicht, heute ist das ganz komisch, ich finde das wird in der Pädagogik ganz ko-
235 misch betont. Diese ganze Bevormundung, dass man den Mensch als Perso-
236 nal, als reine Konsumenteneinheit abrichtet finde ich ein bisschen schwierig,
237 wenn man es mal ganz überzogen darstellt.

238
239 **FM:** Mhm, okay. Und dann so als vorletzte Frage vielleicht erstmal. Du hast ja
240 schon so ein paar Werte von *Occupy* angesprochen, die für dich wichtig sind.
241 Findest du denn, dass manche Werte von *Occupy* auf die deutsche Gesell-
242 schaft übertragen werden sollten?

243
244 **M:** Ähm, ja. Also so, ich glaube ich habe es ja da reingeschrieben, die Grund-
245 werte. So mehr zuhören, weniger Ego, eine, eine, ein respektvoller Umgang
246 miteinander. So, sagen wir mal Kinder waren früher gegenüber Älteren noch
247 respektvoll, das sind die heute nicht mehr so. Weiß ich jetzt nicht, ob du das so
248 annehmen kannst. Na ja, vielleicht ist das jetzt ein doofer Spruch. Aber so, dass
249 man dieses in der Gesellschaft halt vermehrt fördert, also ein ordentliches Mit-
250 einander. Und, ja, die Frage der Transparenz. Und eben nicht irgendwelche
251 Seilschaften zu fördern. Deshalb auch ein Rotationsprinzip, es gibt eine Hierar-
252 chiefreiheit. Was übrigens in vielen, vielen Firmen in der Privatwirtschaft, wird
253 so was schon seit längerer Zeit angewendet. Wird bloß durch die Leute teilwei-
254 se, durch ihr Studium und so weiter gar nicht in der Lage sind, so eigenverant-
255 wortlich arbeiten. Das mit dem eigenverantwortlichen Arbeiten hinzubekommen.
256 Also die Ansätze sind schon da und es wird schon gemacht. Nur in der Politik
257 sträubt man sich davor weil man Angst vor Macht oder Einflussverlust hat.

258
259 **FM:** Also so ein Rotationsprinzip für die Politik oder fürs Parlament würdest du
260 vorschlagen?

261
262 **M:** Ja, in so der Basis. Wenn man Bürgerkonvente oder so was hat. Wenn so
263 die Delegierten gehen aus einem Pool, also du kannst so Leute in den Pool
264 reinwählen weil die einfach cool sind oder die können auch auch, wenn sie ein-
265 fach so gut sind, sich selber da reinwählen, weiß ich nicht. Also so in der Art
266 müsste man das irgendwie machen, dass es fair zurecht geht. Ja? Nicht, dass
267 da irgendwie eine Gruppe, weil sie irgendwie der Links-Verein ist oder so, do-
268 minieren kann. Darf auf gar keine Fall passieren. Weil dadurch die Qualität ext-
269 rem zurück geht, das wäre ganz, ganz schlecht. Ja, jedenfalls, ja das könnte
270 man schon machen, also ich glaube eher die Politik hat da Angst davor weil
271 man dann zuweilen mit gewissen Handelspartnern nicht mehr handeln kann,
272 weil die Leute das nicht wollen. Oder aber, ja. Die halt in den Knast müssten
273 oder so, also ich bin da relativ realistisch mittlerweile. Das ist alles, es wird im-
274 mer schwierig gemacht, ist es aber nicht. Und die politische Theorie lässt das,
275 ich weiß nicht ob Politologie oder sonst woher, hat ja mit den echten Prozessen
276 teilweise wenig zu tun. Also wenn die UNO Konventionen, die waren die Tage

277 hier und haben Fundraising gemacht, wenn die alle angewendeten würden,
278 dann wären wir in einer sehr, sehr schönen Welt. Wir sind auch nicht anti-euro-
279 päisch oder so. Ne, anti-europäisch sind nur diese komischen New-Age Nazis
280 mit ihren Eso-Sachen. (lacht) Oder die sind sehr, sehr so gestimmt, die D-Mark
281 und so. Genau. Ähm, ja. So für die nächste Zeit, ich habe mir mal vorgenom-
282 men so das Positive und Lustige und das so mit Spaß verbinden mehr in die
283 Welt reinzutragen. Und Leute bei sich selber abzuholen, weil das ist das Einzi-
284 ge, was du erreichen kannst. Du kannst die Menschen bei sich selbst abholen,
285 bei ihren Problemen und der Frage: Wie können wir es denn für dich ein biss-
286 chen besser machen? Weil das gibt dann auch den Anspruch oder die Wirklich-
287 keit, den Menschen so (sucht etwas und murmelt) Ich probiere das jetzt mal
288 aus, da sind ja auch andere Menschen die so und so denken, kann ja gar nicht
289 so scheiße sein. Das nimmt dann die Angst. Genau. Aber frag du ruhig, ich bin
290 hier am Monolog führen. Ich mache eineinhalb Jahre diesen Kram so. Ach so!
291 Wa ich noch ganz toll finde, durch dieses Ganze mit dem *Occupy*, wie das so
292 funktioniert, hat sich ja diese Frau, wie heißt sie, Klein, Naomi Klein ausgedacht
293 hat, was ja schon dann wieder elitär ist. Dass sich die Transparenz, die man
294 anstrebt, man gar nicht sich so, also ich kann jetzt, ich werd dir nicht alles sa-
295 gen. Aber ich kann doch weitestgehend frei sprechen und habe nicht diesen
296 Fraktionszwang und kann schon teilweise im Sinne der Gruppe und teilweise
297 persönliche Meinungen sagen.

298
299 **FM:** Was hat die Naomi Klein genau gemacht?

300
301 **M:** Die Naomi Klein, die hat bei *The Nation* den Aufruf zu *Occupy* verpasst. Also
302 ich kann dir auch noch Bücher schicken, wenn du Bock hast, die sind auch
303 nicht so dick. Kann dir was da senden an Texten, wenn du magst. Es gibt voll
304 die coolen Sachen. Aus der Staatstheorie ergeben sich auch noch Sachen, die
305 werden dann aber ganz neu sein. Weil da, *Die Linke* gibt da gar nichts her und
306 die, ich weiß nicht, man muss da woanders gucken bei Staatstheorie. Aber da
307 kommen auch noch Sachen.

308
309 **FM:** Ja das wäre super. Vielleicht kannst du da nochmal...

310
311 **M:** Du bist aus Kiel oder was?

312
313 **FM:** Ich bin aus Friedrichshafen, genau das andere Ende von Deutschland.

314
315 **M:** Ach, da unten! Da wo die Trommler ihre Trommeln weggenommen bekom-
316 men?

317
318 **FM:** Die Trommeln?

319
320 **M:** Du meinst doch Bodensee oder? Ja, hier die Leute in Freiburg kriegen, die
321 Trommler die ich da kenne, die kriegen die Trommeln abgenommen, weil die
322 Trommeln gefährlich sind, Waffen. Ja der Staat ist schon ein bisschen bekloppt,

323 das ist schon lustig. Ach so, im Süden, okay.
324
325 **FM:** Ne, Friedrichshafen ist auch eine relativ kleine Stadt und auch so ein biss-
326 chen bürgerlich eher.
327
328 **M:** Okay. Wie viele Einwohner hat denn das?
329
330 **FM:** So 40.000 glaube ich.
331
332 **M:** So klein! Okay, das ist ja echt klein. Aber der Name ist nicht unbekannt.
333
334 **FM:** Ja, weil das so ein Ferienort ist. Aber wir sind auch nur eine kleine Uni.
335
336 **M:** Ja, da wohne ich ja hier schon in der Großstadt. Das ist ja jetzt auch klein,
337 aber wir haben schon eine Szene, die ist schon ausreichend. Wir haben mehre-
338 re Szenen, ja? In Friedrichshafen gibt es, so wenn, eine.
339
340 **FM:** Ah, in Friedrichshafen gibt es schon so die Studenten und die Friedrichs-
341 hafener, die sind schon unterschiedlich. (lacht) Ja.
342
343 **M:** Oh, jetzt muss ich mich beeilen.
344
345 **FM:** Ja okay, dann stelle ich auch nur noch eine letzte Frage und dann kannst
346 du dich in Ruhe auf den Weg machen! Meine letzte Frage wäre: Glaubst du
347 denn, dass die *Occupy* Bewegung was verändern wird und wenn ja, was wäre
348 das?
349
350 **M:** Ach so, also jetzt im großen Maßstab. Also es ist schonmal klar, dass die
351 Medien freier wieder schreiben können. Wegen der Zensur. Das ist in Deutsch-
352 land ganz schwierig mit der Zensur. Aber da musst du mal ein paar Ältere fra-
353 gen, die können dir das genauer erklären. Aber ja, so diese Grundkultur, dass
354 man ein bisschen respektvoller miteinander umgeht und diese blöden Doktrinen
355 mal fallen lässt. Und mal aufhört hier immer, Marx, Marx. Oder keine Ahnung
356 oder sonst was propagiert wird. Das Zusammenleben, das hat schonmal, die
357 Leute zusammenbringen, das gibt einen Erweiterungsprozess. Die differenzier-
358 tere Analyse der inhaltlichen Diskussion. Ja. Und damit vielleicht auch, vielleicht
359 bilden sich dann auch irgendwie neue Lager, ich weiß es nicht, also so politi-
360 sche Lager. Quasi der Aufgeklärten, Vernünftigen und der Dummen, Dreisten,
361 die halt immer polemisch rumlabern so. Ich kann es jetzt noch nicht so genau
362 sagen, also da, was passiert.
363
364 **FM:** Ja ich glaube das kann keiner so genau wahrscheinlich.
365
366 **M:** Ja und es gibt ja *Blockupy* und alles mögliche. (lacht)
367
368 **FM:** Aber ihr arbeitet das jetzt wissenschaftlich auch auf hattest du gesagt?

369

370 **M:** Ja, klar. Das, ich meine der erste Trick bei *Occupy* war *act like your enemy*,
371 ja. Oder so, arbeite, nutze die gleichen Mittel wie dein Feind. Also weil, der ist ja
372 erfolgreich, also die Mittel die erfolgreich sind. Ja und nicht irgendwie mit komi-
373 schen, alten Dingen, die die schon tausend Mal probiert haben. Was war jetzt
374 nochmal deine Frage?

375

376 **FM:** Ne, hast du schon beantwortet! Ja. Cool, ja dann war es das eigentlich
377 auch schon von meiner Seite. Ich fand es auf jeden Fall sehr spannend, vielen
378 Dank dass du dir die Zeit genommen hast trotz Aufbruch.

379

380 **M:** Also was noch ganz wichtig ist. Wir sind auch kein Verfassungsfeind. Ja, wir
381 wollen den Staat und die Verfassung schützen. Vor den kriminellen Vereinigun-
382 gen sage ich mal, ja, Lobbyisten, Politiker, was auch immer die machen. Dass
383 man da sozusagen, also da auch manche Sachen im Prozess begründet. Das
384 ist noch ein anderes Thema, aber das gehört auch dazu. Weil das geht um Re-
385 spekt. Wir ärgern uns jetzt nicht mit der hessischen CDU-Kacke rum oder so,
386 weil die sind sowieso nur für ein paar Tage gewählt und dann sind sie weg. Ja,
387 wenn sie so weiter machen, dann gehen sie auch zur Sau oder kriegen auf die
388 Schnauze. (lacht) Also das geht schon ein bisschen weiter auch, in die Zukunft
389 gedacht, also jetzt nicht so auf vier Jahre.

I4: Interview 4
mit Dirk am 20.03.2013

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46

FM: Vielleicht kannst du kurz beschreiben was du bei *Occupy* gemacht hast? Also hast du bei Demos teilgenommen...

D: Ja, ich bin ja noch dabei, also es ist ja. Was habe ich denn alles gemacht, gute Frage. Was ich jetzt aktuell mache oder die Geschichte? Den Zeitraum oder den Zeitpunkt jetzt?

FM: Du kannst gerne auch von Anfang anfangen und so erzählen, wie du dazu gekommen bist.

D: Ja ich meine das war ja schön, ich meine, das hatte ja Mobilisierungskraft, wurde auch von der Presse angenommen. Wann war denn das, irgendwann vor einem Jahr, ne? Oktober irgendwas, 26. Oktober, liege ich da richtig? Da wo die, wo das überschwappte, wo die ersten Demonstrationen waren. Ach, das ging ja überall durch, Presse, Radio. Also im Oktober, Domradio Köln hat morgens noch dazu aufgerufen, da doch mal am nachmittag hinzugehen und ich meine, wenn Domradio Köln was sagt, ne, also dann muss man da hingehen, ja ne. Und, ja, und dann, na ja, dann halt es halt nicht geklappt irgendwie, weil, weil dieses Konzept hat in den Staaten geklappt, aber leider nicht hier. Das war jetzt, was hab ich denn da jetzt gemacht? Na gut, ich war auf der Demo, dann auf den ersten Versammlungen, die total schief gelaufen sind und nebenher hab ich dann so Flashmobs organisiert, aber das gehört jetzt nicht dazu, nur unter dem Rahmen *Occupy*, also ja, das ist jetzt schwierig abzuschätzen. Nee, das war auch *Occupy*, das ist ja ein label. Nee, unter dem label dann auch schon. Also Banken verschmotzen und so, sits gemacht, also so, so symbolisch, ne. Symbolisch-radikal war das eigentlich nur. Oder mal so ganz, ich sag mal eine Bank hatten dann schick angezogen damit wir da durchflutschen, da so in so eine Investitions-, ne, Investitionsfiliale. (Pause) Ich mach mal Punkte, ne, Stichpunkte. Was? Flashmobs. Ja, an den Demos teilgenommen, Kundgebungen teilgenommen. Also geht es jetzt um was, oder geht es um Inhalt?

FM: Nein, das ist super! Das ist super so. So passt. Warst du auch im Camp?

D: Diese, diese, open mic oder *human mic* hieß das. Das war ja auch cool. So. Und was bin ich jetzt geworden? Website habe ich jetzt. Mailinglisten mach ich. Was ist noch da, ja und auch Organisation, so Veranstaltungsorganisation, ne, das gehört jetzt auch dazu. Ob wir jetzt mit *Arschhuh* in Köln, weißt ja, also das ist, das ist ja gut, das ist ein Entscheidendes, also das hat ja *Occupy* nicht alleine gemacht und dann hab ich halt angestoßen mit ein paar Leuten unter dem Label von *Occupy*, ja. Und, und dann sind halt hier die Bürgerhäuser und Bürgerzentren und so weiter einfach drauf gesprungen, aufs Boot. Auf die kleine Nusschale, die wir da hatten, na ja gut zwei Kabarettisten immerhin. Und dann

47 wurde aus der Nussschale auf einmal mit der Spitzenzug von *Arschhuh*, ich
48 weiß nicht ob du *Aschhuh* kennst in Köln, das ist ein ziemlich, das sagt dir gar
49 nichts ne?

50
51 **FM:** Nein, das sagt mir nichts.

52
53 **D:** Musst mal googlen. Also das ist, ist also die größte bekannte linke Kultur-
54 gröÙe in Kön, ja. *Arschhuh*, das ist wie *Millowitsch*. *Millowitsch*, sagt dir das
55 was? Der hatte, der hat doch so ein Volkstheater gemacht, so ein Büttens-Thea-
56 ter.

57
58 **FM:** Ja, habe ich schonmal gehört, aber ich bin nicht aus dem Rheinland.

59
60 **D:** Aha. Also, die hatten, '82 war das glaube ich, hatten die das mal angeleiert
61 wegen dem ganzen, wegen diesen Asylantenhäusern, die da gebrannt haben
62 und die hatten, fast '82 war das glaube ich, ja, und die hatten, was weiß ich,
63 angeblich wären es 100.000 gewesen die auf die Straße gegangen sind, das
64 war also, das waren schon 10.000 so, denke ich so. Das ist natürlich für eine
65 Stadt ein riesen Erfolg, ja.

66
67 **FM:** Mhm, okay. Aber im Camp hast du nicht gelebt?

68
69 **D:** Bitte? Gab es ja gar nicht in Köln, also die Kölner, die campen doch dann,
70 das ist ja so ein komischer, so eine Arte Mulde hier, ne, dann ist das immer
71 nass und feucht. Also der Kölner an sich campst nicht gerne in Köln. Da gab es
72 zwar ein Zelt, was so ein Info-Zelt wohl ist, aber ein Camp, nee. Hier in Düssel-
73 dorf haben die das gemacht und da ja die Ganzen. War ja katastrophal habe ich
74 gehört, mhm. Nee, habe ich nicht. Da gab's aber auch nichts zu campen, also.
75 Es wurde aber in Unterbrunn, da waren da so zwei, drei die wollten tatsächlich
76 ein Zelt aufschlagen da an diesem 26. Oktober aber haben die Polizisten schon
77 aufgepasst und die gleich weggeschickt. (lacht) Das bräuchten wir jetzt hier
78 nicht.

79
80 **FM:** Okay, das klingt ja spannend, da hast du viele Sachen gemacht. Was war
81 denn für dich der Grund, dass du gesagt hast, ich mache da mit bei *Occupy*
82 und bleibe dabei?

83
84 **D:** Ja, das war so, weil es ein label war, was, was ja am Anfang auch von der
85 bürgerlichen Presse unterstützt wurde und somit auch relative Erfolgchancen
86 hatte. Mhm. Das klingt jetzt so, so...

87
88 **FM:** Das klingt sehr rational auf jeden Fall.

89
90 **D:** Ja! Was willst du mit einem label anfangen, das war ja futsch. Ich meine,
91 Coca Cola futsch, Pepsi futsch, auch alles weg, was weiß ich. Also wenn du
92 jetzt Wartburg hast, ja, kannst ja vergessen ne, hm. Oder *NSU*, *NSU* kann man

93 auch nicht mehr machen, ne? Weil das ist ja so, *NSU*, wie hieß das noch? *NSU*,
94 diese kleinen Wagen, die kennst du nicht mehr, ne? Die *NSU* ist jetzt ja anders
95 schon belegt, ne. Ja, kann man da auch nichts machen. So meine ich das halt.
96 So Marketing hier, hast du doch auch gehabt oder, hattet ihr kein Marketing?
97

98 **FM:** Ja, hatte ich auch, hatte ich auch, genau.
99

100 **D:** Ach, super! Ja, schön, ne? Ich meine das ist auch nichts anderes als Marke-
101 ting, Politik ist halt gleich, du musst was verkaufen, ne. Ist ja nunmal so, wir le-
102 ben in einer Warengesellschaft, da muss man halt was verkaufen. Gut.
103

104 **FM:** Also findest du der Staat ist eher so ein Dienstleister?
105

106 **D:** Ja, das wäre ja schön, ne. Brauche ich nicht mehr zu arbeiten, kann zuhau-
107 se bleiben. Ja, sofort! Bin ich dafür. (lacht) Ja, man braucht ja irgendwelche
108 Strukturen. Geht ja nicht ohne, denke ich mal. Irgendwelche soziale Sicherung
109 braucht man ja auch, wenn man die ganze Zeit keine Lust hat und so. (lacht)
110 Nee, das ist natürlich ein ernstes Thema. Sicherlich muss, muss, quasi Dienst-
111 leistungen von sozialer Sicherung, nehme ich an? Oder auch Verkehrsregeln
112 und so?
113

114 **FM:** Also die Frage ist so findest du der Staat gleicht beispielsweise mehr ei-
115 nem Unternehmen heute?
116

117 **D:** Inwiefern denn, dass er was verkaufen will?
118

119 **FM:** Ja, das hattest du ja gesagt. Oder dass er den Bürgern Leistungen ent-
120 gegenbringt, die sie dann entgegen nehmen und aber keine Leistungen zu-
121 rück geben von sich aus oder geben können?
122

123 **D:** Ja, das ist ja das Prinzip der Versicherungen. Man schließt eine Versiche-
124 rung ab und wenn es dann schief geht, dann wird man aufgefangen. So Versi-
125 cherung heißt ja nicht, dass man jetzt, dass man dann jetzt irgendwie, keine
126 Ahnung. Die Versicherung abschließt und sich dann, wenn dann nichts passiert,
127 sich das auszahlen lässt oder was. Das geht ja nicht. Also ich verstehe jetzt die
128 Frage nicht. Ja, geht das jetzt in Richtung soziale Hängematte oder was? Ich
129 weiß es nicht.
130

131 **FM:** Nee, vielleicht kannst du mal so allgemein sagen was du im Moment fin-
132 dest, was Fehler in der Politik sind. Wieso findest du sollte man protestieren?
133

134 **D:** Na ja, das ist ja nicht die Politik, die entscheidet. Das ist ja, das ist ja, ja, wie
135 soll man das ausdrücken. Ja, wer die finanzielle Macht hat, der, der entschei-
136 det. Also kann man jetzt, ähm, das, das die, diejenigen, die. Ja wir können ja
137 ruhig mal Richtung *Occupy*, da die 1% von mir aus, ne. Die gucken schon, dass
138 das die Richtigen sind, die dann in der, in der, auch nach oben gepusht werden.

139 Und natürlich dann auch ihre Interessen vertreten. Ja, kann man so sagen, ne.
140 Das passt doch, das ist doch schön, das ist doch richtig *Occupy*. Vertritt die In-
141 teressen der Reichen. Ja, so was? Passt, oder?
142
143 **FM:** Ja, stört dich das denn auch?
144
145 **D:** Das ist runter gebrochen eigentlich. Ich meine, man kann da jetzt tiefer ge-
146 hen. Das ist runter gebrochen eigentlich.
147
148 **FM:** Stört dich das denn, dass das so ist?
149
150 **D:** Finanzmärkte und so. Ob mich das stört? Ja, ich denke halt, ähm, ja was
151 heißt stören, ich meine das hat halt jetzt schon lokale Auswirkungen. Ich meine
152 das ist in Köln jetzt so, dass hier die ganzen Bürgerhäuser und -zentren von der
153 Schließung bedroht sind, wobei die da irgendwie, was weiß ich, da zweihundert
154 Millionen im Jahr einsparen wollen, weil es angeblich nicht vorangeht, weil die
155 Schuldenbremse eingebaut wurde. Na ja, also sicherlich stört das, ich mein
156 wenn ich kein Bürgerhaus mehr hab, dann komm ich nicht mehr zum *Escht-Ca-*
157 *barret*, dann kann ich nicht mehr hier den, ähm, Dieter Bechmann sehen, ja si-
158 cher ist das störend. Klar, mich selber trifft es jetzt nicht so hart, ich bin am ar-
159 beiten, da bin ich jetzt so von der sozialen Stütze nicht so drauf angewiesen,
160 aber stören tut mich das schon. Und natürlich, klar, ich meine das ist natürlich
161 auch, ich meine, man will ja auch nachts noch in Köln über die Straße ohne
162 Angst zu haben, dass man da eine auf die Rübe kriegt und das Portemonnaie
163 weg ist. Ich meine, sicher, das sehe ich schon. Oder weißte weil, ja, und natür-
164 lich auch die Leute, die betroffen sind, die haben es natürlich auch nicht schön,
165 ne. So.
166
167 **FM:** Also du hast ja vorher gesagt nicht der Staat entscheidet, sondern derje-
168 nige, der die finanzielle Macht hat.
169
170 **D:** Genau, um das so runter zu brechen in einem Satz.
171
172 **FM:** Und wer sollte dann entscheiden deiner Meinung nach?
173
174 **D:** Also du fragst mich. Gute Frage, nächste Frage. (lacht) Ja, das ist jetzt
175 schwierig, weil ich meine das ist natürlich, ich meine mir ist das im Prinzip egal.
176 Hauptsache das ist irgendwie eine Richtung die, ja *Occupy*-mäßig kann ich das
177 beantworten. Dass also die 99% mehr haben von, von, von, ja Leistung, die sie
178 erbringen, worauf eben das System aufgebaut ist. Oder? Und ich meine, pff, ja.
179 Wie war jetzt die Frage? (lacht) Ach, wer entscheiden soll? Ja, das ist schwie-
180 rig. Das weiß ich auch nicht. Weil korrumpieren lässt sich wiederum jeder, also.
181 Und ich muss sagen jetzt in der *Occupy* Bewegung sind da manche, die möchte
182 ich gar nicht an der Macht haben, weil die noch nicht mal eine Kultur haben.
183 (lacht) Obwohl ich das doch hier im Rechtssystem habe. Ja, das ist das Prob-
184 lem in einer Bewegung, weil dann erstmal, weil man dann erstmal die ganzen

185 Ausgegrenzten anzieht und die Ausgegrenzten haben nicht unbedingt jetzt, jetzt
186 eine Universitätsausbildung genossen und haben auch nicht unbedingt eine
187 demokratische Kultur. Aber das sind ja ganz andere Lebensverhältnisse, eine
188 ganz andere Sozialisation, die die da haben. Das ist halt wirklich das große
189 Problem hier in Protestbewegungen. Passt jetzt nicht zu der anderen Sache,
190 aber na ja.

191

192 **FM:** Nein, das ist eigentlich sogar ganz spannend, weil würdest du denn dann
193 sagen, die Bürger sollten mehr einbezogen werden beim Treffen von Entschei-
194 dungen oder ist das auch ein Hindernis?

195

196 **D:** Haben die da die Zeit für? Also ist schwierig, ne. Also selbst wenn man stu-
197 diert hat man keine Zeit mehr, glaube ich, früher war das, da hatte man Zeit. Ja,
198 ich meine man bräuchte natürlich erstmal die Zeit dafür, ist ja auch wie die
199 Franzosen halt. (unverständlich) Ich kann kein Französisch. Also 35-Stunden
200 Woche muss erstmal. Jeder muss erstmal Zeit haben, ja man muss ja erstmal
201 entstresst werden, bevor man sich mit so was befassen können, das wäre ja
202 erstmal der erste Schritt. Und wenn sie dann entstresst sind und Zeit haben und
203 sich mal ein paar klare Gedanken machen können, dann kann man sie sicher-
204 lich einbeziehen. Aber das ist ja immer, das ist ja immer, dass das was hier als
205 Mehrheitsmeinung gilt oder, oder weiß ich nicht. Ist schwer also. Du meinst ob
206 sie die Fähigkeit haben? Ich mein warum nicht, ich mein ja. Das weiß ich nicht,
207 das ist, ich weiß es nicht.

208

209 **FM:** Mhm. Aber du hast gesagt, die Leute haben gar nicht so die Zeit zu ent-
210 scheiden. Findest du denn die...

211

212 **D:** Ja, ich meine das ist ja eher so, wenn ich eine Entscheidung treffe, dann
213 muss ich ja auch wissen worum es geht und, und um das zu wissen, dann
214 muss ich mich da rein arbeiten. Ja, und das braucht sehr viel Zeit für so ein
215 Studium. Da muss ich mich dann wirklich für ein paar Tage lang oder Wochen
216 lang mit einem Thema beschäftigen. Also du kannst, du hast ja nicht die Zeit
217 dich wenigstens in ein Thema einzuarbeiten, und da. Ich meine was man ma-
218 chen kann, dann muss man halt delegieren, wie es halt immer so ist im Leben,
219 ne? Ich meine, ne, Kaffee kochen morgens macht man ja auch nicht selber,
220 macht die Frau und, ähm, also geht man dann hin und muss dann eben eine
221 Vertrauensperson finden wo man sagt, die vertritt in dem Moment die Meinung,
222 so wenn der das sagt, dann find ich das auch oder so. Also man kann nicht al-
223 les entscheiden, wie soll denn das gehen? Ohne Arbeitsteilung geht hier doch
224 gar nichts mehr. Das ist halt auch das Problem von *Occupy* gewesen, dass oh-
225 ne, dass das geht nicht, da will jeder dazwischen und die Themen mitbestim-
226 men, da kommt man doch zu nichts mehr.

227

228 **FM:** Okay. Und würdest du denn sagen, dass man in Deutschland mehr sozia-
229 len Zusammenhalt braucht?

230 **D:** Ja, natürlich braucht man, also ich weiß nicht. Ja das ist halt schwierige Fra-
231 gen. Ja ohne sozialen Zusammenhalt ist das Leben doch nicht ganz so ange-
232 nehm oder? Kann man doch so sagen, das ist doch in der Familie schon so.
233 Wenn da immer nur Knatsch ist, oh weja. Ist ja immer nur Stress.
234

235 **FM:** Und findest du in Deutschland ist das so zur Zeit...
236

237 **D:** Wir sind doch alle eine große Familie, schreib mal. (lacht) Das ist doch
238 schön oder? Wie die Waltons, kennst du die Waltons noch? Das war vor deiner
239 Zeit. Ach, das ist so eine amerikanische Serie und die haben immer alles geteilt.
240 (lacht) Aber gut, das ist jetzt eine andere Geschichte, weiter geht's.
241

242 **FM:** Doch, das sagt mir jetzt was. Aber findest du denn, das Deutschland auch
243 eine Gemeinschaft ist, empfindest du das so?
244

245 **D:** Na ja, noch, noch bestehen ja gewisse soziale Sicherungssysteme und das
246 ist ja wie, Familie ist ja auch ein soziales Sicherungssystem, ne. Also Gemein-
247 schaft ist ja auch irgendwie, dass man sich gegenseitig absichert, das heißt
248 dass man sich unterstützt wenn einem irgendwas passiert oder dass man dann
249 auch mal einen, der nicht so richtig will, nicht so richtig kann trotzdem nicht
250 gleich vor die Tür setzt, sagen wir mal so, ne? Und das ist doch wichtig, ja, na-
251 türzlich gibt es noch Strukturen, die existieren schon noch, nur die werden immer
252 weiter abgebaut. Ja.
253

254 **FM:** Und das findest du nicht so gut?
255

256 **D:** Na ja, wenn, wenn, dann haben wir ja, dann haben wir ja, da sind wir ja was
257 weiß ich. Wo landen wir denn da? Die Macht des Stärkeren oder was, auf der
258 Straße, oder wie? Nee. Also man will ja irgendwie so ein bisschen dann auch
259 sich nicht direkt um seine eigene Sicherheit da irgendwie beschäftigen oder?
260 Ich meine das ist doch schön wenn man irgendwie überall frei rumlaufen kann.
261 Was man ja zum Beispiel da, in anderen Ländern gar nicht mehr kann. In Grie-
262 chenland, ne, gleich am ersten Tag Brieftasche weg, ne. Das musste auch noch
263 bringen, das ist wichtig. Kommen wir da an, vom Flugzeug mit der S-Bahn nach
264 Athen rein, ausgestiegen, zum Hotel, zack war die Brieftasche weg. So was
265 passiert einem hier nicht oder?
266

267 **FM:** Achso. Ja das ist natürlich doof direkt am Anfang vom Urlaub.
268

269 **D:** Ja gut, das kann überall passieren, aber wenn natürlich keine soziale Si-
270 cherheit ist, dann passiert es natürlich öfter, ne.
271

272 **FM:** Ja, auf jeden Fall. Und soziale Sicherung ist ja was, was vom Staat garan-
273 tiert ist. Und findest du allgemein der Staat sollte mehr Aufgaben wahrnehmen,
274 als er das im Moment tut oder eher weniger?
275

276 **D:** Das ist jetzt, kommt drauf an für was, ne? Also soziale Sicherheit auf alle
277 Fälle. Da muss er ja, irgendeiner muss es ja machen. Und wenn, und wenn
278 nicht der Staat, wer sonst? Ja.
279

280 **FM:** Und gibt es auch was, wo du sagen würdest da soll der Staat weniger
281 machen?
282

283 **D:** Das ist eine Frage. Weniger Ampeln. Ich bin dafür, dass hier in Köln die Häl-
284 te der Ampeln gekürzt werden.
285

286 **FM:** (lacht) Also findest du denn es gibt zu viele Regulierungen zum Beispiel?
287

288 **D:** Nee, also Regulierungen sind ja dazu da damit eigentlich irgendwie, ähm,
289 ein System existiert womit alle zufrieden sein können. Wenn das im System drin
290 ist, dann sind Regulierungen sicher angebracht.
291

292 **FM:** Okay, ja. Und wer ist denn findest du dafür verantwortlich, dass jeder Ein-
293 zelne ein freies und selbstbestimmtes und glückliches Leben führen kann?
294

295 **D:** Na ja, um das zu, dafür braucht man ja erstmal gewisse Rahmenbedingun-
296 gen. Es müssen erstmal gewisse Rahmenbedingungen erfüllt sein, um das ma-
297 chen zu können und wenn die Rahmenbedingungen vorhanden sind, und das
298 sind sie ja im Moment nur für Wenige, sagen wir mal so. Ähm, da muss man
299 dann nochmal gucken, wie es dann aussieht. Ob dann manche sagen, jetzt
300 mach ich gar nichts mehr oder ob sie Spaß an der Arbeit haben. Also, ich geh
301 mal davon aus, dass man da eigentlich doch, weil nur rumlungern auch lang-
302 weilig ist, oder?
303

304 **FM:** Ja, denke ich auch. Und ist man für dich auch schon ab der Geburt
305 Staatsbürger?
306

307 **D:** Ja, Weltbürger, sagen wir mal.
308

309 **FM:** Weltbürger? Was verstehst du darunter?
310

311 **D:** Ja, das man hier halt auf dieser Welt lebt. Und, ja, kommt man rum, weit
312 kommt man dann nicht. (lacht) Weiß ich jetzt nicht. Dass Nationalstaaten natür-
313 lich ein Relikt von vorgestern sind, ja, das würde ich schon so sagen. Weil ich
314 meine wenn, das ist doch schon, schon Marx hat doch schon was von internati-
315 onal, also man muss international agieren und man muss, da so die Arbeiter-
316 klasse, ne? Ne, Internationale hat er ja geschaffen. Und wer hat's gemacht?
317 Das Kapital hat's gemacht, das Kapital ist jetzt international. Das hat gemerkt, ja
318 national, dass die sich dann gegenseitig bekriegen, das bringt nichts, ne, das ist
319 zu risikobehaftet, da verliert man oder wird noch erschossen oder was, das
320 macht keinen Sinn. Und jetzt ist es, jetzt agiert es international und das wird ja
321 wohl klappen. So warum noch in Zypern einmarschieren, wenn man ihnen da

322 sagen kann, wie sie ihre Schnapspolitik betreiben sollen, das geht doch we-
323 sentlich besser oder? Oh, jetzt hab ich die Frage wieder vergessen.
324

325 **FM:** Nee, ich hatte dich gefragt was du unter Weltbürger verstehst. Aber du
326 findest eigentlich...
327

328 **D:** Keine Nationalstaaten war das.
329

330 **FM:** Genau. Empfindest du eigentlich auch nicht so wirklich eine Verbindung
331 zu Deutschland, sondern sagst du ich bin eher Bürger der Welt?
332

333 **D:** Hm. Na ja, ist die Frage wie man jetzt Deutschland definiert. Als, als, als
334 Sprachgruppe oder was? Na klar, da bin ich zugehörig. Ich meine als Gruppe
335 gehör ich da automatisch dazu. Und ansonsten, da wo ich lebe muss ich mich
336 auch ein bisschen zugehörig fühlen, oder? Sonst ist ja ganz doof, oder nicht?
337 Nee, das geht nicht.
338

339 **FM:** Und wenn du so sagst jeder wird geboren als Weltbürger, wie stellst du dir
340 dann einen guten Weltbürger vor?
341

342 **D:** Einen Guten? Der nicht nervt, der nicht stresst und nicht meine Briefftasche
343 klaut. Ja, war jetzt alles negativ. (lacht)
344

345 **FM:** Ja, macht aber Sinn, Das kann ich nachvollziehen. Also würdest du lieber
346 in einem System auch leben, wo es keine Nationalstaaten gibt?
347

348 **D:** Ja, wir leben ja schon in einem System wo es keine Nationalstaaten mehr
349 gibt, nur ist dieses System halt, ähm, jetzt sage ich so einen, ja, *Occupy* Slogan
350 da. Das System, das wo es keine Nationalstaaten mehr gibt, ist ja bereits, aber
351 das ist halt leider von den 1% okkupiert. Und die Bürger, nach *Occupy*, fallen da
352 hinein. Bisschen noch Macht zum Abschluss, oder? (lacht) Ja genau, 99%, und
353 ich hab die Frage schon wieder vergessen, Entschuldigung.
354

355 **FM:** Das ist schon okay. Ich hab auch nur noch eine letzte Frage. Und zwar,
356 glaubst du denn, dass die *Occupy* Bewegung was verändert hat oder noch
357 was verändern wird?
358

359 **D:** Ja, also, ob das label *Occupy* noch was nutzt, keine Ahnung, also in den
360 Staaten hat es ja geklappt. Die konnten sich ja wirklich als Bewegung auch
361 durchaus manifestieren und hatten doch da in Boston sogar irgendwas besetzt,
362 ne, hab ich mal gehört. Irgendwelche Häfen oder so. Also die und, ach und
363 dann machen die jetzt da kaufen sie da irgendwelche kaputten Pfandbriefe auf.
364 Der das dann für 10 Cent kriegt und geben es dann demjenigen zurück, von
365 dem sie dann noch, was weiß ich, 100.000 Dollar oder was für sein Häuschen
366 haben wollen. Das find ich ja nett. Also in den Staaten scheint das zu funktionie-
367 ren, hier in Köln, wie gesagt ist es im Moment auch ganz gut wegen den lokalen

368 Haushaltskürzungen, das liegt aber halt daran, weil hier in Köln die linke Kultur-
369 szene jetzt richtig auf die Beine ging. Weil die ja auch damals, das ist ja die Ge-
370 neration, die in den 80er Jahren dann die Bürgerzentren da quasi erkämpft hat,
371 sagen wir mal, in Führungsstrichen. Ja, also da wurden dann alle leerstehen-
372 den Gebäude besetzt und, äh ne, also da wurde schon eine Heiden-Arbeit rein-
373 gesteckt. Und jetzt sind sie, ne durch unsere linke Kulturszene, so eine Kultur-
374 szene hat halt auch Gewicht in der Stadt, vor allem wenn das jetzt weitergeht
375 wie mit *Arschuh*. Und wir durften jetzt bei dieser Veranstaltung auf dem Neu-
376 markt, ne wir hatten das jetzt so angeleiert mit ein paar Leutchen und da durften
377 wir dann sogar hin und an die Bühne dann auch so ein *Occupy* Banner ma-
378 chen. Kann es dir ja nochmal schicken den Link, sieht wunderschön aus, ne.
379 Und *Arschuh* hat jetzt auch dazu aufgerufen, gegen die Haushaltskürzungen
380 gewettert und so und ich meine, wenn, wenn man da die Verbindung mit Lokali-
381 tät, das geht ja nur wenn diese ganze Kleinkriegerei aufhört, dann hast du Zer-
382 splitterung. Und dann ist es ja egal ob das *Occupy* ist oder wie das sonst heißt.
383 Die Presse, die Presseberichte hat das besorgte Bürger genannt. Das fand ich
384 schön, ne? Toller Begriff. Waren auf dem Neumarkt und haben gegen Haus-
385 haltskürzungen protestiert, besorgte Bürger. Richtig schön der Begriff.

386
387 **FM:** Ja, auf jeden Fall.

388
389 **D:** Das ist doch toll, ne? Besorgte Bürger sind wir doch alle. (lacht) Ja, außer
390 die Banker, die sind auch ein bisschen besorgt, aber die haben ja genug Geld.
391 (lacht) Okay. Das ist halt nur ein Label. Das war doch auch, das war früher *At-*
392 *tac*, ne. *Attac* war ja vor zehn Jahren so eine Welle, die wurde dann ja auch so
393 ein bisschen durch die Medien unterstützt und gehyped halt. Und dann waren
394 sie wieder weg von der Bildfläche. Ach ja und *Piraten*, das nächste Beispiel.
395 Haben sie hochgepusht und haben sie dann wieder runter gepusht. Also was
396 die Medien machen ist ja bestimmend. Die sind die Darstellenden in den Augen
397 der Bürger. Das sieht man an den *Piraten*. Erst konnten sie 12% haben und
398 jetzt sind sie auf einmal anders dargestellt. Ich meine die Artikulation ist da. A-
399 ber da kann man nicht viel machen, die Macht hat man gar nicht. Da bräuchte
400 man viel Geld, ne. Haben wir nicht. Und wenn man kein Geld hat, kann man
401 auch kein, kein, ich meine das label ist dann nicht mehr in den eigenen Händen.

402
403 **FM:** Aber glaubst du dass sich das ändern wird?

404
405 **D:** Dass man selber Gegenöffentlichkeit schaffen kann? Man kann es, aber das
406 ist alles noch so ein bisschen in den Anfängen. Ja, sicher muss man dran arbei-
407 ten und klar. Schöne Zeitungen machen. Ich hab da grade so ein schönes Pro-
408 jekt am Laufen, kann ich dir ja mal schicken. Das sieht aus als wäre es jetzt ei-
409 ne ganz normale Zeitung, so eine Internet Zeitung von einem kleinen Städt-
410 chen. Dann ist das, da sind immer Nachrichten drin wie da ein Autounfall, da
411 wird einer vermisst und so. Und dann aber auch immer so Artikel, so Artikel jetzt
412 hier über die, was weiß ich da, die den Prozess hier in Köln gegen Haushalts-
413 kürzungen rein. (lacht) Das ist schön. Man muss ja gucken. Wenn man jetzt so

414 eine Gegenöffentlichkeit macht und du wirst sofort in irgendeine Ecke gescho-
415 ben, ne, hast du schon wieder einen Stempel drauf. Aber zumindest hat man da
416 mal die Chance mit relativ einfachen Mitteln einen Artikel zu schreiben und rein-
417 zusetzen und dann kommt es natürlich drauf an, wie bekannt das wird. Ich mei-
418 ne das ist auch die Übermacht der bürgerlichen Medien insgesamt, ist natürlich
419 klar. Aber na ja.

15: Interview 5
mit Barbara am 25.03.2013

1
2
3
4
5 **FM:** Du hattest ja schon gesagt, dass du von Anfang an dabei warst bei
6 *Occupy*. Hast du denn so, vielleicht kannst du es mal kurz erzählen, an was für
7 Sachen du so teilgenommen hast. Ob du bei den Demos warst oder auch im
8 Camp gelebt hast. Wie das so aussah.
9

10 **B:** Also, zuerst war ich bei der ersten großen Demo, die am 15. Oktober 2011
11 stattfand, da war ich in Berlin. Ich war mit meinem Mann zusammen da, weil wir
12 hatten irgendwie gedacht, in Hamburg ist wahrscheinlich eh nichts los. Sind
13 dann nach Berlin gefahren und waren da auf einer Demo und am nächsten Tag
14 haben wir dann auf Facebook gesehen, dass ein paar Leute auf dem Gerhardt-
15 Hauptmann-Platz in Hamburg waren und haben dort Zelte aufgebaut und haben
16 da ein Camp errichtet. Wir haben das gelesen und haben sofort unsere Zelte
17 eingepackt und sind mit einem Freund zusammen dorthin gefahren und haben
18 unsere Zelte auch dort aufgebaut. Das ist am 16. Oktober 2011 gewesen.
19

20 **FM:** Und du hast dann auch die ganze Zeit, wo es das Camp gab, dort gelebt
21 oder nur ab und an?
22

23 **B:** Ne, also am Anfang war ich relativ viel da und also auch den Winter über
24 und da war ich dann meistens drei, vier Nächte im Camp und den Rest der Zeit
25 zu Hause und im Augenblick lebe ich nicht mehr oft im Camp, seit ein paar Mo-
26 naten. Bin aber häufig da und mach eben auch von zu Hause aus die Internet
27 Geschichten, also Homepage und Post und so was. Ich versuche, regelmäßig
28 beim Plenum dabei zu sein, also einmal in der Woche und bin einfach relativ
29 häufig da bei etlichen Aktionen oder wir machen was zusammen. Ich war jetzt
30 gerade mit einigen Leuten aus dem Camp gerade in Berlin bei der *Refugee*
31 Demo. Ja, aber also Aktionen, die wir mitgemacht haben, wir haben ein paar
32 Demonstrationen selber organisiert, dann haben wir häufig Aktionen, wo man
33 also häufig so Störaktionen, also dass wir zum Beispiel bei Herrn Ackermann
34 dabei waren. Herr Ackermann hat ne Rede gehalten vor Publikum und dann
35 sind wir mit 20 Leuten oder so aufgetaucht und haben die Rede unterbrochen
36 mit einem *Mike-Check*, also haben laut gerufen und haben ihn gestört. Dann
37 waren wir bei der Frau Merkel mal, als die eine Wahlkampfredede gemacht hat für
38 Schleswig-Holstein. Den Apple Store haben wir mal besetzt, das war auch rela-
39 tiv weit verbreitet. Also bei politischen Aktionen, wenn da was war, da war ich
40 praktisch immer dabei.
41

42 **FM:** Ah okay, das klingt ja sehr umfangreich auf jeden Fall.
43

44 **B:** Ja, also im Augenblick ist es etwas weniger, ich muss halt, also der Winter
45 macht uns echt zu schaffen, also im Camp ist es einfach sehr, sehr kalt und vie-
46 le kämpfen darum, das Camp überhaupt noch zu erhalten und mein Mann und

47 ich waren jetzt gerade auch erst im Urlaub für vier Wochen auf Kuba und seit
48 Anfang des Jahres ist nicht wirklich viel gelaufen. Ich hoffe, das wird jetzt wieder
49 ein bisschen anders, wenn es einfach wieder wärmer wird. Das sind so ein paar
50 Probleme mit denen irgendwelche Parteien oder irgendwelchen Organisationen
51 sonst wenig zu tun haben. Es gibt so ein paar Sachen gerade echt ein bisschen
52 eingefroren, im wahrsten Sinne des Wortes.

53
54 **B:** Aber ihr seid so das letzte Camp eigentlich in Deutschland?

55
56 **FM:** Ja, also sogar fast weltweit. Soweit wir wissen gibt es nur noch ein *Occupy*
57 Camp auf Honolulu in Hawaii. Zu denen haben wir auf Facebook mal ein biss-
58 chen Kontakt gehabt. Aber dafür gibt's in Berlin nun auch dieses *Refugee-*
59 *Camp*. Das ist von der Struktur eigentlich ganz ähnlich und, also da waren wir ja
60 gerade und sieht auch ein bisschen ähnlich aus wie unser Camp, ein bisschen
61 größer sogar und das hat so ganz ähnliche Strukturen. Ich denke, es wird so
62 dahin gehen, dass es neue Formen von Besetzung geben wird, die sich dann
63 vielleicht nicht *Occupy* nennen, die aber irgendwie alle miteinander vernetzt
64 sind.

65
666 **FM:** Hat sich dieses *Refugee-Camp* in Berlin auch so ein bisschen aus *Occupy*
7 entwickelt?

68
69 **B:** Also, ich glaube nicht, wir haben da keine Leute getroffen, die jetzt gesagt
70 haben, wir waren vorher bei *Occupy*. Also ich glaube das war schon selbststän-
71 dig. Ähm, aber vielleicht war zumindest so ein bisschen die Idee da, oh man
72 kann ja auch einen Platz besetzen und da Zelte aufbauen und es hat schonmal
73 geklappt und wir machen das auch, oder so. Aber es sind, glaube ich, nicht die
74 gleichen Leute. Hab ich so nicht mitbekommen.

75
76 **FM:** Spannend, okay. Und was waren denn für dich so die Gründe bei *Occupy*
77 mitzumachen, was hat dir da so den Anstoß dazu gegeben?

78
79 **B:** Ja, eigentlich gerade, dass, dass ich eben keine Lust hatte auf Parteien. Also
80 ich hab tatsächlich mal überlegt, ob ich irgendwie bei den Linken mitmache. A-
81 ber mir ist Parteipolitik insgesamt so zuwider, also überhaupt irgendwelche
82 hierarchischen Strukturen und, und, ja, diese ganzen Karrieregeschichte, die in
83 der Politik immer eine Rolle spielen. Und ich fand Politik irgendwie schon immer
84 ziemlich verlogen. Und andererseits hat mich in letzter Zeit vieles einfach wirk-
85 lich sehr bewegt, was ich an Ungerechtigkeiten gesehen habe. Also ich komme
86 ursprünglich eher so ein bisschen aus der pazifistischen Ecke und in den 80er
87 Jahren auf Friedensbewegungen und so, wobei ich da eigentlich auch nur Mit-
88 läuferin war. Also ich war bei den Demos und ich war bei den großen Ostermär-
89 schen und so was, aber ich hab da nie so richtig was aktiv gemacht. Und hatte
90 aber lange schon das Bedürfnis. Ich hab dann allerdings ziemlich früh am An-
91 fang meines Studiums zwei Kinder bekommen und dann war ich eigentlich 20
92 Jahre damit beschäftigt, irgendwie Studium, Arbeit und Kinder unter einen Hut

93 zu kriegen und hatte ganz schlecht, nicht die Zeit mich dann noch politisch zu
94 engagieren. Aber ich hab immer sehr viel gelesen und mich informiert und,
95 ähm, durchs Internet einfach auch noch viel mehr als früher. Früher hab ich Zei-
96 tung gelesen und hab immer so das Gefühl gehabt, irgendwie stimmt da vieles
97 nicht. Und seit ich mich auch übers Internet viel über Politik informiert hab und
98 so, war da schon auch immer mehr so Bedürfnis, ja, selber aktiv zu werden. A-
99 ber ich wusste nie, wie und das war dann irgendwann so eine ganz spontane
100 Entscheidung. Das ist es jetzt. Und vielleicht auch gerade weil das eben nicht
101 hierarchisch ist vom Prinzip her fast schon ein bisschen anarchistisch. und das
102 hat mir mehr zugesagt.

103
104 **FM:** Okay. Wieso sind dir denn Parteien zuwider? Findest du irgendwie da gibt
105 es andere Möglichkeiten, wie der Staat wirklich sagen sollte: So integrieren wir
106 die Bürger in den politischen Prozess auf anderen Wegen noch als das mo-
107 mentan passiert?

108
109 **B:** Also ich finde erstmal das freie Mandat in der Politik völlig verfehlt. Und da-
110 rauf baut nunmal die ganze Parteipolitik auf, also ein Politiker darf Wahlverspre-
111 chen machen und ist hinterher nichtmal daran gebunden. Und Menschen wäh-
112 len also eine Partei oder Politiker und wissen überhaupt nicht was eben in den
113 vier Jahren mit der Stimme, die dann gegeben wurde, gemacht wird. Oder, vor
114 allem, man wählt auch immer so ein Gesamtpaket. Man wählt eine Partei weil
115 die vielleicht in ein paar Dingen mit einem übereinstimmt und in anderen Positi-
116 onen machen die dann was völlig anderes. Also mir ist es halt mit den Grünen
117 so gegangen, dass ich die gewählt habe und auch ein stilles Mitglied war eine
118 Zeit lang, weil die früher mal eine Anti-Kriegspartei waren. Und irgendwann wa-
119 ren sie es überhaupt nicht mehr und haben die Agenda 2010 mit durchgefoch-
120 ten und haben immer nur noch so ein, ja so kleine Kompromisse gemacht für
121 hier und da ein bisschen Umweltpolitik. Und das war mir irgendwann total zuwi-
122 der inklusive der Personen, die dann da hochgekommen sind. Da hatte ich
123 ganz oft das Gefühl das sind keine, ja ehrbaren Leute, wie man hier in Hamburg
124 so schön sagt. Sondern die sind häufig auf ihre eigene Karriere hauptsächlich
125 aus und machen halt nicht das wofür sie gewählt wurden.

126
127 **FM:** Und findest du da sollte es Alternativen geben für Bürgerbeteiligung, insti-
128 tutionalisierte auch?

129
130 **B:** Ähm, also ich habe ein Problem insgesamt mit Institution. Ich bin von meiner
131 Grundtendenz sehr stark anarchistisch, deswegen pass ich auch ganz gut zu
132 Occupy. Und damit meine ich, dass es viele Lebensgemeinschaften geben soll-
133 te, die sich selber verwalten, die sich mit anderen vernetzen und natürlich ir-
134 gendwo auch an, an Gesetze und so was von oben gebunden sind, aber an
135 sich erstmal frei bestimmen können. Auf einem ganz demokratischen Prinzip
136 und wo alle in dieser Gemeinschaft gleichberechtigt sind und gemeinsam ent-
137 scheiden können, was für sie das Beste ist, ohne dass es von oben bestimmt
138 wird. Und, oder, ich fände es gut wenn solche Gemeinschaften sich immer mehr

139 ausbreiten könnten und, ja, dafür braucht es keine Institution um denen diese
140 Kraft zu geben. Man muss die im Gruden einfach nur in Ruhe lassen und nicht
141 irgendwie behindern. Und, also, im Sinne der Graswurzel Revolutionen. Alles,
142 was von unten kommt und sich dann entwickelt und sich ausbreitet, wo Men-
143 schen selber entscheiden können ob sie daran teilnehmen oder nicht. Das ist
144 eine Form, Politik zu machen oder eine Gesellschaftsgestaltung, die ich richtig
145 finde.

146

147 **FM:** Mhm, okay. Findest du denn auch der Staat nimmt zu viele Aufgaben wahr
148 im Moment?

149

150 **B:** Ähm. Ich bin da ein bisschen zwiespältig. Einerseits denke ich schon, der
151 Staat sollte den Markt deutlich mehr regulieren. Im Augenblick habe ich das Ge-
152 fühl, der Markt übernimmt am meisten Aufgaben und die Politik ist eher dazu
153 da, um der Wirtschaft zu dienen. Und da wäre ich sehr dafür, dass der Staat e-
154 her eingreift und ja, seine soziale Verantwortung übernimmt. Bis, bis das eben
155 möglich ist, dass die Leute das selber machen können. Weil, wenn die dann
156 genug Mittel und genug Macht haben um ihre Schulen selber zu gestalten, um
157 ihre soziale Infrastruktur selber zu gestalten. Aber im Augenblick haben wir nur
158 die Alternative entweder übernimmt das die Wirtschaft und die macht das immer
159 mehr, die übernimmt das Gesundheitssystem, die übernimmt die Schulen, die
160 übernimmt Verkehr und Wasser, alles, alles was so die Grundbedürfnisse sind.
161 Und die Politik, ja, dient dieser Wirtschaft. Und da wäre ich dafür, dass der
162 Staat eher regulieren soll. Aber auf Dauer finde ich es sinnvoll, wenn der Staat
163 sich dann zurückziehen würde.

164

165 **FM:** Also geht es mehr darum, die Macht der Wirtschaft zu nehmen und dann
166 diesen einzelnen Gemeinschaften zu geben.

167

168 **B:** Ja, genau.

169

170 **FM:** Also geht es dir dabei auch um Selbstbestimmtheit des Einzelnen so ein
171 bisschen?

172

173 **B:** Ja, ja ganz klar. Die Selbstbestimmtheit des Einzelnen ist das, was ich für
174 absolut wichtig halte. Aber eben das tatsächlich auch weltweit, das ist natürlich
175 was, was ein einzelner Staat erst mal nicht übernehmen kann, aber da ist für
176 mich dieses *Refugee* Thema auch wieder mal ganz wichtig, also das darf jetzt
177 nicht nur für Deutsche sein. Also die Selbstbestimmtheit des Einzelnen ist ei-
178 gentlich das, was die Menschenrechte ausdrücken und die darf man eben nicht
179 nur auf seinen eigenen Staat begrenzen. Sondern das muss ganz klar sein,
180 wenn man Menschenrechte sagt, dann müssen alle Menschen gemeint sein.

181

182 **FM:** Das heißt, ist da Deutschland für dich gar nicht so ein Bezugsrahmen?

183

184 **B:** Das ist halt zufällig, wo ich geboren wurde und wo ich immer noch lebe und

185 möglicherweise, wenn hier die Graswurzelbewegungen und die ganzen ver-
186 netzten Widerstandsbewegungen, wenn die es schaffen, hier etwas Neues zu
187 kreieren und eine neue Gesellschaft zu kreieren, dann wäre es natürlich schön,
188 wenn so ein Impuls von Deutschland ausgehen könnte und sich weiter verbrei-
189 ten könnte. Aber ich glaube, in vielen anderen Ländern gibt's das natürlich auch
190 schon.

191

192 **FM:** Aber identifizierst du dich so ein bisschen auch mit Deutschland?

193

194 **B:** Ne, also wie gesagt, ich bin zufällig in Deutschland geboren und das ist mei-
195 ne Sprache und ich hab natürlich ganz viel von der Kultur hier mitgekriegt,
196 komme so ein bisschen aus der Bildungsbürger-Ecke und hab natürlich meinen
197 Goethe und meinen Schiller gelesen und so. Also geprägt bin ich ganz sicher-
198 lich von Deutschland, aber für mich ist das letztendlich ein Konstrukt. Die Gren-
199 zen wurden irgendwann mal künstlich gezogen und ja, Deutschland bedeutet
200 mir nicht unendlich viel.

201

202 **FM:** Und gesellschaftlicher Zusammenhalt, würdest du sagen, das ist wichtig
203 für einen funktionierenden Staat oder für ein funktionierendes Staatssystem?

204

205 **B:** Ja, auf jeden Fall. Viele Gesellschaften, die untereinander vernetzt sind und
206 die sich gegenseitig wieder unterstützen.

207

208 **FM:** Also würde dein Zukunftsbild eher so aussehen, dass man sich in Gesell-
209 schaften organisiert statt in Staaten?

210

211 **B:** Ja, genau. Gesellschaften, die offen sind, also ohne Grenzen auf jeden Fall,
212 die sich gegenseitig unterstützen und aufbauen. Aber ich kann mir vorstellen,
213 dass wenn man sich irgendwo nicht wohl fühlt, weil bei Mehrheitsentscheidun-
214 gen, die man nicht tragen kann, dann ist man frei, irgendwo anders hin zu ge-
215 hen.

216

217 **FM:** Wer ist denn dann für dich eigentlich Staatsbürger? Kannst du das an ir-
218 gendwelchen Kriterien festmachen oder Eigenschaften?

219

220 **B:** Staatsbürger. Hm. Sollte das Staatsbürgertum abgeschafft werden, erstmal.
221 Also ich möchte eigentlich gar keinem Staat angehören, einer freien Wähler-
222 gruppe angehören, die ich auch jederzeit wieder verlassen oder auch wieder
223 verändern kann. Staatsbürgertum ist für mich eigentlich etwas, was schon wie-
224 der überholt ist und was wir eigentlich nicht mehr brauchen.

225

226 **FM:** Glaubst du, dass ist auch ein Konzept für die Zukunft, glaubst du, es wird
227 irgendwann keine Staatsbürger mehr geben in dem Sinne?

228

229 **B:** Das hoffe ich sehr, aber ich glaube, dass wir dafür noch so zwei, drei Gene-
230 rationen brauchen werden. Wenn alles gut geht überhaupt. Staaten sind bisher

231 ja, wenn ich mir angucke, wo Grenzen gezogen wurden, das ist teilweise so
232 willkürlich, also in welchem Breitengrad erstmal oder verschiedene Staaten ha-
233 ben. Ich überlege, wo jetzt eine Grenze sein soll. Das ist doch diese ganze Ge-
234 schichte des Kolonialismus. Wenn man sich überlegt, wie Afrika aufgeteilt wur-
235 de. Da haben ein paar europäische Mächte zusammengesessen und haben
236 willkürlich Grenzen gezogen, die überhaupt nichts mit den Konturen oder Spra-
237 chen der einzelnen Menschen zu tun hatten. Deshalb hoffe ich, dass diese
238 künstlichen Konstrukte irgendwann überflüssig werden und Menschen einfach
239 nur sagen, ich komme aus der und der Landschaft oder ich spreche die und die
240 Sprache und ich kann aber auch noch ne andere Sprache und da kann ich mich
241 auch gut verständigen.

242
243 **FM:** Siehst du, dass es im Moment schon Änderungen gibt in dieser Idee von
244 Staatsbürgerschaft oder in dieser Idee, ich bin Staatsbürger?

245
246 **B:** In den Köpfen der Menschen schon von Institutionen gibt's da noch keine.
247 Änderungen. Dieses Staaten-Gebilde ist immer noch ein ganz zentraler Punkt
248 der Politik und der Wirtschaft und des Handels.

249
250 **FM:** Worin siehst du da die Änderungen in den Köpfen der Menschen, wo
251 glaubst du ändern sich da die Einstellungen?

252
253 **B:** Die Menschen, die ich so kennengelernt habe über *Occupy* und andere Be-
254 wegungen, die sind einfach viel offener und vorurteilsfreier. Ich selber reise e-
255 ben auch sehr viel seit einigen Jahren und bin einfach froh, wenn ich als
256 Mensch gesehen werde und nicht so sehr als Deutscher. Ich merk das schon, in
257 einem Camp sind eben ganz viele Nationen und die Barriere ist höchstens die
258 Sprache, jedenfalls nicht der Ausweis, von wo man kommt. Das spielt hier ü-
259 berhaupt keine Rolle. Das find ich schon mal sehr angenehm.

260
261 **FM:** Ja, spannend. Und wenn du sagst, Staatsbürger ist nicht so deine Be-
262 zugsgroße, kannst du dann vielleicht sagen, was für dich ein gutes Gesell-
263 schaftsmitglied ausmacht?

264
265 **B:** Ach, als ich im *Refugee*-Camp war, da hat mir jemand gesagt, Anarchie be-
266 deutet, dass man weiß, wie man seinen eigenen Teller abspült. Also damit
267 meinte der einfach, ja man soll jetzt Menschen nicht einfach ausnutzen, für sich
268 arbeiten lassen, sondern sehen, wo man gebraucht wird, wo man mit anpacken
269 kann. Halt in dem Sinne, jeder macht das, was nötig ist und was er gut kann.
270 Aber nicht in dem Sinne von Leistung muss sich lohnen. Man soll nicht dafür mit
271 Geld belohnt werden, dass man mehr arbeitet als andere sondern jeder sollte
272 so viel arbeiten, wie er kann und wie es gebraucht wird auch. Also wirklich ein
273 solidarisches Arbeiten eben.

274
275 **FM:** Würdest du sagen, es gibt irgendwelche Werte von *Occupy* oder Ideale,
276 bei denen du sagen würdest, die sollten auf Deutschland übertragen werden

276 oder auf unsere Gemeinschaft übertragen werden?
277
278 **B:** Werte, Werte?
279
280 **FM:** Ja Werte oder Ideale oder auch Prozesse, falls dir da welche einfallen
281 würden.
282
283 **B:** Ja, ich glaube, wo wir immer wieder drauf zurückgekommen sind, sind eben
284 tatsächlich die Menschenrechte und das ist einerseits wahnsinnig allgemein,
285 also auch wenn wir sagen, klar Frieden ist sicherlich so das Wichtigste und So-
286 lidaritat, aber vieles gründet sich ja auch auf so Schriften wie das Empört Euch
287 von Stéphane Hessel und auch da ging es immer wieder darum einerseits da-
288 rum, dass man selber ein gutes Leben hat, aber dabei nie die anderen aus den
289 Augen zu verlieren. Also Solidarität mit allen anderen Menschen und auch Ge-
290 rechtigkeit. Ja, ich glaube, das ist auch was ganz Zentrales, weil die Leute, die
291 sich mit *Occupy* verbunden haben, die waren meistens vor allem empört dar-
292 iber, dass es so viele Ungerechtes gibt. Das fing dann an mit dieser Bankenkritik,
293 worauf *Occupy* immer gerne reduziert wird von den Medien. Aber das ist nat-
294 urlich so ein Symptom, zu sehen, irgendwelche Leute bereichern sich extrem
295 und, und wenn sie dann aber Verluste machen wird das von der Gesellschaft
296 und von vielen Einzelnen wieder ausgearbeitet. Und das finden die meisten
297 Leute eben einfach ungerecht. Und, also Gerechtigkeit, Solidarität und Freiheit
298 auch. Freiheit das tun und lassen zu können, was man macht, wenn man, ja
299 solange man nicht anderen schadet damit. Sehr große Worte jetzt.
300
301 **FM:** (lacht) Ja, aber das soll ja auch so sein, das war ja auch ein bisschen eine
302 visionäre Frage. (lacht)
303
304 **B:** Ja, das, das ist eben oft so ein bisschen unser Vorteil gegenüber irgendwel-
305 chen Kommunalpolitikern, die, die, die können jetzt nicht Freiheit fordern, die
306 können nur fordern, dass die Straße um das Dorf herum gebaut wird und nicht
307 mittendurch oder so. (lacht) Also wir haben eben auch so den ganz großen Vor-
308 teil, wir dürfen auch die großen und schönen Forderungen stellen.
309
310 **FM:** Ah ja, ja. Ja, auf der anderen Seite habt ihr ja aber dann irgendwie immer
311 wieder so euch anhören müssen, es gibt keine konkreten Vorschläge oder
312 nichts wirklich handfestes.
313
314 **B:** Ja, ja genau. Das ist aber dann letztendlich auch viel schwieriger das letzt-
315 endlich zu konkretisieren. Also seit ein paar Wochen arbeiten wir so ein biss-
316 chen daran. Und wir hatten ja mal so dieses Manifest geschrieben, wo drin
317 steht was wir alles nicht wollen, haben dann auch schon immer, ja da steht nat-
318 urlich auch drin, was wir wollen. Wenn wir sagen wir wollen keine Kriege, dann
319 bedeutet das wir wollen, wir wollen Frieden oder so. Oder wir wollen keine
320 Massentierhaltung, das heißt wir wollen Respekt vor tierischem Leben auch,
321 und das, das ist dann natürlich immer impliziert. Aber wir haben eben nicht so

322 diese ganz konkreten Forderungen wie zum Beispiel jetzt mit Transaktionssteuer
323 oder, ähm ja, irgendwelche konkreten Gesetzesentwürfe oder so. Und, in den
324 letzten Wochen haben wir halt mal versucht das so ein bisschen zu formulieren.
325 Aber es ist unheimlich schwierig, weil dann kommen wir schon immer wieder an
326 einzelne Themen, ähm wo, wo wir dann vielleicht an unsere Grenzen stoßen.
327 Wenn es oft eben nicht so eine pauschale Lösung gibt. Das können die Parteien
328 wieder besser. (lacht) Die haben oft irgendwelche pauschalen Lösungen, die
329 wissen ganz genau wo es lang geht, das wissen wir nicht. Das ist einerseits unsere
330 Stärke und andererseits unsere Schwäche.

331
332 **FM:** Ja. Wie stellst du dir das denn vor wenn es dann, also anhand dieser Basisdemokratie,
333 wenn so Entscheidungen erzeugt würden in diesen Gemeinschaften, wie da diese Entscheidungsfindung
334 verläuft? Glaubst du, das ist schon möglich auch?
335

336
337 **B:** Ja, also was es eben nicht sein darf sind reine Mehrheitsentscheidungen.
338 Natürlich ist eine Mehrheitsentscheidung erstmal wichtig, aber wenn 51% eben
339 wofür stimmen, sind möglicherweise 59, äh 49% da, ja, die ausgeschlossen
340 werden oder die eben nicht das kriegen, was sie wollen. Deswegen statt jetzt
341 einfach irgendwelche Abstimmungen und Mehrheitsentscheidungen, finde ich
342 es ganz wichtig, dass bei wichtigen Entscheidungen eben wirklich ein Gespräch
343 stattfindet. Wir üben das im kleinen bei unseren Plenarsitzungen und so was,
344 wo wir eben wirklich versuchen einen Konsens zu finden. Manchmal geht's
345 nicht, manchmal muss dann abgestimmt werden wenn es um eine konkrete
346 Entscheidung geht und dann greifen wir auf, ja auf die Mehrheitsentscheidung
347 zurück. Aber es muss dann eben immer noch einen Minderheitenschutz geben
348 und, und das was sozusagen überstimmt wurde muss zumindest mit berücksichtigt
349 werden, dass die Leute die da gerade überstimmt wurden sich trotzdem
350 mit dem anderen noch identifizieren können. Also das ist jetzt vielleicht ein bisschen
351 abstrakt, aber ja, also vor allem eine Kompromissfähigkeit. Und aber in, in
352 ja Graswurzel Bewegungen ist es dann eben auch so, wenn man sich irgendwo
353 dann wirklich gar nicht mehr wohl fühlt, dann muss eben auch die Offenheit da
354 sein, dass man woanders hingehen kann. Dass ist eine offene, also eine grenzenlose
355 Gesellschaft, ja.

356
357 **FM:** Okay, okay, ja. Du hast gerade dieses Manifest angesprochen von
358 *Occupy*, kann man das irgendwo auch online finden?
359

360 **B:** Ja, also bei *occupyhamburg.org*. Das ist unsere Homepage und irgendwo in
361 der oberen Leiste steht dann Wer sind wir und dann steht da die Erklärung, genau,
362 da ist dieses Manifest drin, die Hamburger Erklärung. Das war schon so
363 ziemlich vom Anfang, also noch Oktober oder November 2011, da haben wir
364 das mal zusammen geschrieben.

365
366 **FM:** Ah ja, okay, das habe ich ja noch gar nicht gesehen, das ist ja auch
367 schön. Cool, dann habe ich noch zwei letzte Fragen, eine ist jetzt mehr ir-

368 gendwie aus Interesse. Weil es haben sich bei mir irgendwie relativ viele Män-
369 ner gemeldet, aber echt gar keine Frauen, deswegen hatte ich das ja bei euch
370 dann nochmal nachgefragt. Ist das so auch einfach, dass mehr Männer mit-
371 machen?

372

373 **B:** Ich weiß nicht, ne, ich würde mal nicht sagen. Ich frag mal meinen Mann. (In-
374 terview wird unterbrochen) Ja, bisschen mehr, vielleicht so, ja 60: 40 oder so
375 was. (lacht) Warum das so ist, weiß ich auch nicht.

376

377 **FM:** Ah okay, voll gut. Das ist vielleicht einfach geschlechtsspezifisch oder so
378 (lacht) Gut, dann würde ich zuletzt nochmal so, also du hast eigentlich schon
379 angedeutet, dass du siehst, wie sich *Occupy* jetzt weiterentwickelt und die Ar-
380 beit auch weitergeht. Glaubst du denn, dass die Bewegung langfristig auch
381 was verändern wird?

382

383 **B:** Also da wir ja jetzt das letzte Camp und auch die letzte Gruppe sind die ir-
384 gendwie aktiv ist, wir hoffen jetzt natürlich ganz schrecklich sehr darauf, dass
385 endlich der Frühling kommt und, und wir ja wieder ein bisschen aktiver sein
386 können. Ansonsten sehe ich die Zukunft bei uns von *Occupy* hauptsächlich in
387 der Vernetzung. Und es kann sein, dass der Name *Occupy* dann immer weniger
388 auftaucht, ich glaub der ist eben auch gar nicht so wichtig. Aber ich sehe gera-
389 de, dass es unheimlich viele Widerstandsbewegungen gibt, die, die teilweise
390 bestimmte Themen sich vornehmen, also Umweltschutz oder Anti-Atomkraft o-
400 der, ähm, dann eben sich so was wie die *Refugee* Bewegung, Anti-Kriegsbewe-
401 gung und so was. Und letztendlich sehe ich das als eine große Bewegung an
402 und, dann ist es relativ egal wie die sich nennen. Ich hoffe dass sie es schaffen,
403 sich zu vernetzen und sich nicht untereinander zu bekriegen. Das gibt es natür-
404 lich auch immer mal, dass irgendwelche Linken sagen ihr seid aber nicht links
405 genug, oder irgendwie zu links und so was, also dass die Kleinkriegerei unter-
406 einander bloß nicht überhand nimmt. Und dass das letztlich einfach ganz deut-
407 lich wird, es gibt ganz viele menschen die sich wehren gegen das kapitalisti-
408 sche System so wie es jetzt ist und da ist es immer wichtig, dass irgendwann
409 diese sogenannte *critical mass* erreicht wird. Es gibt ja so die Theorie von,
410 wenn erstmal wirklich 10% sagen, Leute ihr wisst alle nicht, wo es lang geht a-
411 ber wir haben eine Lösung oder wir haben zumindest eine Vision oder eine Ide-
412 e. Wenn man diese 10% erreicht, dann kann was kippen und dann kann sich
413 wirklich etwas daraus entwickeln. Und wir sind noch ziemlich weit von diesen
414 10% entfernt, aber von der Stimmung her denke ich sind genug Leute da die
415 sagen, ja wir wollen was verändern und wir wissen nur noch nicht wie. Und de-
416 nen muss man es auf jeden Fall, ja, auch schmackhaft machen, dass es sich
417 lohnt was zu verändern und dass es eine gute Sache ist. Und dass es Spaß
418 macht.

Interviewleitfaden

Schritt 1: Aufwärmphase

In dieser Phase soll etabliert werden, dass der Interviewpartner der Experte im Gespräch ist, es um seine Ansichten und Meinungen geht und er damit immer Recht hat. Außerdem soll eine erste Vertrauensbasis und gute Gesprächsatmosphäre geschaffen werden.

Schritt 2: Klären der Umstände und Bedingungen

Im Folgenden soll der Interviewpartner (noch einmal) den Gegebenheiten des Interviews und der Verwendung des Materials zustimmen.

Schritt 3: Interview

3.1. Abfragen der Soziodemographika und Grunddaten

- Wohnort
- Alter
- Beruf
- Mitgliedschaft in Parteien oder Verbänden
- Umfang der Teilnahme an Occupy

3.2. Einstiegsfragen

- Erzähl doch mal, wie kamst Du dazu, bei Occupy teilzunehmen?
- Wie sah Deine erste Teilnahme aus?
- Inwiefern bist Du noch heute im Netzwerk aktiv?

3.3. Inhaltliche Fragen

Die folgenden Fragen sind lediglich Möglichkeiten für das Lenken des Gesprächsverlaufs. Es soll versucht werden, dass jeder Teilbereich zumindest einmal kurz zur Sprache kommt.

Teil A: Staatsbürgerdefinition

- Wer ist für Dich Staatsbürger und warum?
 - Ist man Staatsbürger schon ab der Geburt?
 - Sollte jeder Mensch Staatsbürger eines Landes sein?
 - Muss man sich das Staatsbürger-Sein irgendwie verdienen?
- Was macht einen guten Staatsbürger aus?
 - Was für Rechte muss man vielleicht achten?
 - Hat man weitere Verpflichtungen gegenüber Politik oder Gesellschaft?
- Sollte man sich überhaupt bemühen, ein guter Staatsbürger zu sein?
 - Wie ist das denn bei dir, findest du, dass du ein guter Staatsbürger bist?
 - Lohnt sich das?

Teil B: Kapazität und Qualität des Staats

- Kommt es auch auf die Staatsbürger an, ob ein Staat funktioniert oder nicht?
- Ist der Staat dafür verantwortlich, gute Bürger hervorzubringen?
 - Ist es eine Aufgabe vom Staat, seine Bürger zu erziehen oder zu bilden?
 - Sollte der Staat bestimmte Werte, Ideen oder sogar Ideologien auf jeden Fall vermitteln?
- Schulden wir dem Staat etwas?
 - Das heißt, gibt es etwas wozu wir gegenüber dem Staat verpflichtet sind?
 - Was hat der Staat denn für dich getan? Was vielleicht nicht?
- Muss der Staat eher mehr oder eher weniger Aufgaben wahrnehmen, als er es momentan tut?
- Gibt es Bedingungen dafür, dass du die Gesetze oder politischen Entscheidungen der Regierung in Deutschland akzeptierst?
- Inwiefern sollte der Staat seine Bürger in den politischen Prozess integrieren?

Teil C: Individuelle Freiheit und Erfüllung

- Sind Deiner Meinung nach die Staatsbürger der Bundesrepublik Deutschland grundsätzlich frei?
- Wo liegen die Grenzen eines selbstbestimmten Lebens des Einzelnen? Wie wichtig ist es für Dich, dass jeder ein selbstbestimmtes Leben führen kann?
 - Inwiefern sollte jeder auch ein Stück weit tun und lassen können, was er will?

- Wodurch sollte ein Mensch in seine Grenzen gewiesen werden? Durch den Staat? Oder gibt es da noch andere Instanzen?
- Wen hältst du dafür verantwortlich, dass alle Staatsbürger ein gutes Leben führen können? (Welche Hilfestellung sollten dem Einzelnen vom Staat gegeben werden um ein erfülltest Leben zu führen?)

Teil D: Gesellschaft und Identifikation

- Was sind Deiner Meinung nach die größten Fehler im politischen und gesellschaftlichen System der Bundesrepublik Deutschland?
- Wie kann der Einzelne zu einer funktionierenden Gesellschaft am besten beitragen? Sollte er das überhaupt?
- Ist sozialer Zusammenhalt für das Funktionieren eines Staates notwendig?
- Braucht das Individuum eigentlich die Gesellschaft?
- Empfindest du Deutschland als Gemeinschaft? Gibt es eine andere Gemeinde/ Gruppe, mit der du dich (auch) identifizierst?
- Gibt es Werte von Occupy, die du schätzt? Findest du, die sollten auf den ganzen Staat übertragen werden?

3.4. Abschlussfragen

- Glaubst du, dass sich die Staatsbürgerschaftsdefinition innerhalb der nächsten Jahre verändern wird?
- Glaubst du, dass die Occupy Bewegung etwas verändern wird, und wenn ja was?

Schritt 4: Dank, nächste Schritte und Verabschiedung

Zum Abschluss wird dem Interviewpartner für seine Teilnahme gedankt. Es wird vereinbart, dass die Stellen, an denen er zitiert wird, ihm noch einmal im Kontext zugesandt werden, so dass er sie validieren kann.

Außerdem wird dem Interviewpartner das Zusenden der gesamten Arbeit angeboten.

Literaturverzeichnis

- Abowitz, Kathleen Knight, & Jason, Harnish.** (2006). Contemporary Discourses of Citizenship. *Review of Educational Research*, 76(4), 653-690.
- Allman, Dwight D.** (2005). Religion, Soulcraft and Education in Locke's Liberalism. *American Political Science Association*, 1-21.
- Appadurai, Arjun.** (2003). *Modernity at large: cultural dimensions of globalization / Arjun Appadurai*: Minneapolis, Minn. [u.a.] : Univ. of Minnesota Press, 2003. 6.
- Aristoteles.** (1995). *Philosophische Schriften Band 4* (E. Rolfes, Trans. Vol. 4). Hamburg: Felix Meiner.
- Barber, Benjamin R.** (2003). *Strong democracy: participatory politics for a new age / Benjamin R. Barber*. Berkeley, Calif. [u.a.]: Univ. of California Press, 2003. 20th anniversary ed.
- Becker, Wibke.** (2012, 20.05.2012). Das Camp: Occupy von Innen, Erfahrungsbericht, *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*.
- Brunngräber, Achim.** (2012). Ein neuer Bewegungszyklus. *Neue Soziale Bewegungen*, 25(1), 42-50.
- Buchstein, Hubertus.** (2009). *Demokratie und Lotterie. Das Los als politisches Entscheidungsinstrument von der Antike bis zur EU*. Frankfurt am Main: Campus.
- Carter, Stephen L.** (1999). *Civility : manners, morals, and the etiquette of democracy / Stephen L. Carter*. New York : Harper Perennial, 1999. 1st ed.
- Christman, John.** (2004, 2004/04/14 Annual Meeting, Chicago, IL). *Public Reason and the Autonomous Citizen*.
- Cohen, Mitchell.** (2010). T.H. Marshall's "Citizenship and Social Class". *Dissent*, 57(4), 81-85.
- Crick, Bernard.** (2007). Citizenship: The Political and the Democratic. *British Journal of Educational Studies*, 55(3), 235-248.
- Crouch, Colin.** (2008). *Postdemokratie* (Vol. 745). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

- Dahrendorf, Ralf, & Polito, Antonio.** (2003). *Die Krisen der Demokratie: ein Gespräch mit Antonio Polito / Ralf Dahrendorf; aus d. Ital. übers. von Rita Seuss*: München: Beck, 2003. 1. Aufl.
- Dalton, Russell J.** (2008). *Citizen Politics. Public Opinion and Political Parties in Advanced Industrial Democracies*. Washington DC: CQ Press.
- Damico, Alfonso J.** (2002, 2002/08/28 Annual Meeting, Boston, MA). *Reasonably Priced: The Costs of Subscribing to Liberalism*.
- Eurostat.** (2012). *Arbeitslosenquote des Euroraums*. Eingesehen unter: <http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/europa/70606/arbeitslosigkeit-2011> am 01.04.2013; 15:00h.
- Eurostat.** (2013). *Youth Unemployment. Statistics Explained*. Eingesehen unter: [http://epp.eurostat.ec.europa.eu/statistics_explained/index.php?title=File:Youth_unemployment_2012Q4_\(%25\).png&filetimestamp=20130418091546#](http://epp.eurostat.ec.europa.eu/statistics_explained/index.php?title=File:Youth_unemployment_2012Q4_(%25).png&filetimestamp=20130418091546#) am 15.04.2013; 10:00h.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung.** Dann machen es die Bürger eben selbst. Die Occupy-Bewegungen sind mehr als nur Protest. (2011, 17.10.2011). Frankfurt: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*.
- Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung:** Im Porträt: Der Occupy Aktivist. Der Maskenmann. (2011, 11.12.2011). Frankfurt: *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung.** Nach Gerichtsentscheid: Polizei räumt Occupy-Camp in Frankfurt. (2012, 06.08.2012). *FAZ.net*. Frankfurt: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung:** Occupy-Camp kaum noch politischer Protest. (2012, 12.04.2012). Frankfurt: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung.** Occupy Wall Street. Die Protestwelle erfasst alle Kontinente. (2011, 10.03.2013). *FAZ.net*. Frankfurt: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung.** Occupy zahlt Rechnungen nicht: Besetzer haben 22.000 Euro Schulden. (2012, 20.07.2012). Frankfurt: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*.

- Frankfurter Allgemeine Zeitung:** Weitere Proteste gegen Banken: Attac, DGB und Occupy organisieren Demonstration. (2011, 21.10.2011). Frankfurt: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung:** Zeltlager in Washington geräumt: Occupy Bewegung in den Vereinigten Staaten beendet. (2012, 06.02.2012). Frankfurt: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*.
- Frazer, Elizabeth.** (2007). Depoliticising Citizenship. *British Journal of Educational Studies*, 55(3), 249-263.
- Frede, Dorothea** (Ed.). (2001). *Aristoteles Politik* (Vol. 23). Berlin: Akademie.
- Geisler, Stephan; Braun, Alexander.** (2012). Die verstimmte Demokratie - Moderne Volksherrschaft zwischen Aufbruch und Frustration. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Gerbaudo, Paolo.** (2012). *Tweets and the streets: social media and contemporary activism* / Paolo Gerbaudo: London: Pluto Press, 2012.
- Habermas, Jürgen.** (1994). Three Normative Models of Democracy. *Constellations: An International Journal of Critical & Democratic Theory*, 1(1), 1.
- Habermas, Jürgen.** (2011, 04.11.2011). Rettet die Würde der Demokratie, *FAZ.Net*. Frankfurt: Frankfurter Allgemeine Zeitung.
- Hauser, Jan.** (2012, 20.02.2012). Occupy Frankfurt. Campen zwischen Hoffen und Banken, *FAZ.net*. Frankfurt: Frankfurter Allgemeine Zeitung.
- Helfrich, Silke.** (2012). *Commons : für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat* / Silke Helfrich u. Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.): Bielefeld : transcript-Verl., 2012. 1. Aufl.
- Hessel, Stéphane.** (2013). *Empört Euch!* (S. Crossmann Ed. 24 ed.). Berlin: Ullstein.
- Josephson, Peter.** (2004, 2004/09/02 Annual Meeting, Chicago, IL). *The Gentleman and the Philosopher: Aristotle and Locke on the Limits of Political Education*.
- Kahane, David J.** (1998). Chapter 6: Liberal Virtue and Citizen Education. *Citizenship After Liberalism*, 12, 103-125.
- Kalu, Kalu N.** (2003). Of Citizenship, Virtue, and the Administrative Imperative: Deconstructing Aristotelian Civic Republicanism. *Public Administration Review*, 63(4), 418-427.

- Klein, Naomi.** (2008). *The shock doctrine: the rise of disaster capitalism / Naomi Klein*: London[u.a.]: Penguin Books, 2008.
- Klein, Naomi.** (2011). The Most Important Thing In the World (Vol. 293, pp. 8-10): Nation Company, L. P.
- Koch, Moritz.** (2011, 31.12.2011). Wir gegen die, unten gegen oben, *Süddeutsche Zeitung*.
- Kraushaar, Wolfgang.** (2012). *Der Aufruhr der Ausgebildeten : vom Arabischen Frühling zur Occupy-Bewegung / Wolfgang Kraushaar*. Hamburg : Hamburger Ed., 2012. 1. Aufl.
- Ku, Agnes S.** (2002). Beyond the Paradoxical Conception of Civil Society without Citizenship. *International Sociology*, 17(4), 529-548.
- Leggewie, Claus; Schneider, Jan.** (2009). Demokratie in Gefahr? Wie man Beteiligungskompetenz zurückerobert. Sozialwissenschaftlicher Fachinformationsdienst soFid. *Politische Soziologie*, 2009/2, 35-46.
- Liebermann, Sascha.** (2006). Selbstbestimmung durch politische Vergemeinschaftung. Sozialwissenschaftlicher Fachinformationsdienst soFid. *Politische Soziologie*, 2006/2, 9-26,
- Locke, Stefan.** (2012, 13.10.2012). Occupy-Bewegung. Wo sind die 99 Prozent?, *FAZ.net*. Frankfurt: Frankfurter Allgemeine Zeitung.
- Lunghi, Alessio.** (2012). *Occupy everything! : reflections on why it's kicking off everywhere / ed. by Alessio Lunghi*: New York : Autonomedia, [2012].
- Maak, Niklas.** (2012, 07.01.2012). Zukunft der Protestbewegung: Mehr Occupy wagen, *FAZ.net*. Frankfurt: Frankfurter Allgemeine Zeitung.
- Mai, Manfred.** (2012). Die politischen Dimensionen der Zivilgesellschaft. *Sozialwissenschaften & Berufspraxis*, 35(2), 233-248.
- Matheson, P. E.** (1897). Citizenship. *International Journal of Ethics*, 8(1), 22-40.
- Mayring, Philipp.** (2003). *Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken.* (8 ed.). Weinheim: Beltz
- Mörtenböck, Peter; Mooshammer, Helge.** (2012). *Occupy : Räume des Protests*. Bielefeld: Transcript, 2012.

- Müller, Jan-Werner.** (2009). The triumph of what (if anything)? Rethinking political ideologies and political institutions in twentieth-century Europe. *Journal of Political Ideologies*, 14(2), 211-226.
- Murray, Georgina.** (2007). Who Is Afraid of T. H. Marshall? Or, What Are the Limits of the Liberal Vision of Rights? *Societies Without Borders*; Jun2007, 2 (2). p222-242.
- N-TV** (Produzent). (2011, 20.02.2013). Wir können etwas bewegen. Occupy-Proteste gehen weiter. [Reportage] Eingesehen unter:
<http://www.n-tv.de/politik/10-000-protestieren-gegen-Banken-article4594416.html>
 am 20.03.2013 um 18:00h.
- Neufeld, Blain.** (2005). Civic respect, political liberalism, and non-liberal societies. *Politics, Philosophy & Economics*, 4(3), 275-299.
- Occupy Wall Street.** (Stand: 2013). Eingesehen unter:
<https://www.facebook.com/Gilded.Age?fref=ts> am 20.04.2013 um 20:00h.
- Occupy Deutschland** (Produzent). (<http://www.occupydeutschland.de/bilder.html>, 10.04.2013). Poster und Bilder. Eingesehen unter:
<http://www.occupydeutschland.de/bilder.html> am 20.04.2013 um 11:00 h.
- Oekom e.V. - Verein für Ökologische Kommunikation** (Hrsg.) *Bürgerbeteiligung 3.0: zwischen Volksbegehren und Occupy-Bewegung*. Mithrsg. vom Wissenschaftlichen Beirat des BUND. (2011). München : Oekom-Verl., 2011.
- Oldfield, Adrian.** (1990). Citizenship: An unnatural Practice? *Political Quarterly*, 61(2), 177-187.
- Perkinson, Henry J.** (1965). Rousseau's Emile. Political Theory and Education. *History of Education Quarterly*, 5(2).
- Reese-Schäfer, Walter.** (2007). *Klassiker der politischen Ideengeschichte. Von Platon bis Marx*. München: Oldenbourg.
- Riederer, Bernhard.** (2006). Passive BürgerInnen? Staatsbürgerschaftsverständnis, Partizipation und Demokratie. *SWS-Rundschau*, 46, 4, 373-399.
- Röbke, Thomas.** (2008). Zwischen Graswurzelbewegung und geordneten Strukturen. Lokale Engagementpolitik am Beispiel Nürnberg. *Neue Soziale Bewegungen*, 21 (2), pp. 99-107.

- Roth, Roland.** (2012). Vom Gelingen und Scheitern sozialer Bewegungen. *Neue Soziale Bewegungen*, 25(1), 21-31.
- Rousseau, Jean-Jacques.** (1977). *Politische Schriften, Band 1*. Paderborn: Schöningh.
- Rousseau, Jean-Jacques.** (2007). *The Social Contract and Discourses*. Thousand Oaks: BN Publishing.
- Rüb, Matthias.** (2011, 6.10.2011). Occupy Wall Street, *FAZ.net*. Frankfurt: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*.
- Sunstein, Cass R.** (1988). Beyond the Republican Revival. *The Yale Law Journal*, 97(8), 1539-1590.
- Susen, Simon.** (2010). The transformation of citizenship in complex societies. *Journal of Classical Sociology*, 10(3), 259-285.
- Thierse, Wolfgang.** (2008). Veränderungsprozesse in der politischen Kultur in Deutschland. *Neue Soziale Bewegungen*, 21(3).
- Tilly, Charles.** (1997). A primer on citizenship. *Theory & Society*, 26(4), 599-602.
- Van De Haar, Edwin.** (2009). Classical Liberalism and International Relations. (Vol. 25, pp. 35-38).
- Vodovnik, Žilga.** (2011). Rethinking Democracy: A Discourse on Municipalised Democracy and Translocal Citizenship. *Lex Localis - Journal of Local Self-Government*, 9(2), 163-178.
- Spiegel.** Erfolgreiches Volksbegehren: Studiengebühren in Bayern vor der Abschaffung. (2013, 31.01.2013). Hamburg: *Spiegel Online*.
- Statistisches Bundesamt:** *Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen seit 1949 nach Ländern.* (2012). (W/31411100-OS0201). Eingesehen unter: http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/downloads/bundestagswahlergebnisse/btw_ab49_wahlbeteiligung.pdf am 30.01.2013 um 8:00h.
- Süddeutsche Zeitung.** Das Grundgesetz gilt auch in Frankfurt. (2012, 19.05.2012). München: *Süddeutsche Zeitung*.
- Süddeutsche Zeitung.** Defensive Revolutionen. (2012, 31.12.2012). München: *Süddeutsche Zeitung*.
- Watt, Nicolas.** (2013, 23.01.2013). EU referendum: In-out choice by end of 2017, Cameron promises, *The Guardian*. Eingesehen unter:

<http://www.guardian.co.uk/politics/2013/jan/22/eu-referendum-2017-david-cameron>
on am 02.04.2013 um 14:00h.

Wilke, Helmut. (2009). *Governance in a Disenchanted World - The end of moral society*. Cheltenham: MPG Books Group.

Wokler, Robert. (1999). *Rousseau*. Freiburg im Breisgau: Herder.

Zaschke, Christian. (2012, 29.02.2012). Die Macht einer Idee. München: *Süddeutsche Zeitung*.

Zeit: Kretschmann gesteht Niederlage der S-21-Gegner ein. (2011, 27.11.2011). Hamburg: *Zeit Online*.

Ehrenwörtliche Erklärung

Hiermit erkläre ich ehrenwörtlich, dass ich die vorliegende Arbeit

**Alle Macht geht vom Volke aus - Stößt die Occupy-Bewegung ein neues Staatsbürger-
verständnis in Deutschland an?**

selbstständig verfasst und keine anderen als die zulässigen Hilfsmittel benutzt habe.

Die Übernahme wörtlicher Zitate sowie die Verwendung der Gedanken anderer Autoren habe ich an den entsprechenden Stellen der Arbeit kenntlich gemacht. Ich bin mir bewusst, dass eine falsche Erklärung rechtliche Folgen hat.



Friedrichshafen, den 25.04.2013

Gez. Franziska Maier